



VAL-YOU

Europäische Werte greifbar machen

Inge Sieben & Quita Muis
Fakultät für Soziologie
Jean-Monnet-Exzellenzzentrum für
europäische Werte
Universität Tilburg



**Kofinanziert von der
Europäischen Union**

Von der Europäischen Union finanziert. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen jedoch ausschließlich denen der Autorinnen und Autoren und spiegeln nicht zwangsläufig die der Europäischen Union oder der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die EACEA können dafür verantwortlich gemacht werden.

Inhalt

1	Was sind europäische Werte	Seite 4
2	Europäische Werte im Wandel der Zeit	Seite 14
3	Demokratie	Seite 38
4	Pluralismus	Seite 56
5	Freiheit	Seite 74
6	Gleichheit	Seite 90
7	Solidarität	Seite 104
8	Gerechtigkeit	Seite 122
9	Europäische Werte in der Demokratiebildung	Seite 136

Was sind europäische Werte?

Kapitel 1





Zusammenfassung

Werte sind tief verwurzelte Motivationen, Prinzipien oder Orientierungen, die bestimmte Einstellungen, Normen, Meinungen, Überzeugungen und Wünsche leiten, steuern, kanalisieren oder erklären, die wiederum menschliches Handeln – oder zumindest einen Teil davon – bestimmen. Werte sind entscheidend, um Gemeinschaften wie die Europäische Union zusammenzuhalten.

Die sechs zentralen europäischen Werte, die in diesem Bericht behandelt werden, sind Demokratie, Pluralismus, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Diese europäischen Werte sind sehr schwer zu messen, da sie abstrakte Konzepte sind. Um sie greifbarer zu machen, untersuchen wir Werte indirekt, indem wir betrachten, wie Menschen Ereignisse, Verhaltensweisen oder Ergebnisse in ihrer Umgebung bewerten.

1.1 Einführung

Auch wenn das Wort Werte relativ neu ist, reichen die Ideen dahinter weit zurück. In der antiken griechischen Philosophie sprachen Denker wie Platon und Aristoteles über Tugenden – Eigenschaften wie Weisheit oder Mut –, die als wichtig für ein gutes und sinnvolles

immer fest oder universell sind, sondern sich zwischen Personen und Kulturen unterscheiden können. Anders als Tugenden, die sagen, was „gut“ ist, wurden Werte als neutral verstanden: Sie zeigen nicht den richtigen Weg, sondern prägen Verhalten (Halman & Sieben, 2020).

Soziolog:innen wie Durkheim und Parsons (1960) wiesen darauf hin, dass gemeinsame Werte für den Zusammenhalt einer Gesellschaft entscheidend sind. Ohne grundlegende Übereinstimmung droht Zerfall. Forschende versuchten daher, Werte wissenschaftlich zu erfassen, doch das erwies sich als schwierig. Wie Werte entstehen oder Verhalten tatsächlich beeinflussen, ließ sich kaum belegen (z. B. Spates, 1983; Kohn, 1969; Rokeach, 1973). Deshalb flaute das wissenschaftliche Interesse zeitweise ab (Hechter, 1993; Spates, 1983).

In jüngerer Zeit wächst das Interesse wieder. Themen wie Ungleichheit, künstliche Intelligenz, kul-

tureller Wandel und die Zukunft der Demokratien zeigen, dass Werte weiterhin entscheidend sind (z. B. Craglia et al., 2018; Etzioni, 2008; Hechter, 1992; Kriesi, 1998; Miles, 2015; Putnam, 1993). Sie helfen uns, zu bestimmen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen – und welche Menschen wir sein möchten.

Deshalb hat die Europäische Union ihre zentralen Werte im Vertrag über die Europäische Union festgelegt (Europäi-



Leben galten. Diese Tugenden wurden Teil der christlichen Lehre und dienten über Jahrhunderte dazu, zu bestimmen, was richtig oder falsch war (Halman & Sieben, 2020). Damals bezogen sich Werte vor allem auf persönlichen Charakter und moralische Orientierung.

Im 19. und 20. Jahrhundert verschob sich der Fokus. Philosoph:innen wie Nietzsche und Soziolog:innen wie Weber stellten traditionelle Moralvorstellungen in Frage. Sie betonten, dass Werte nicht



sche Union, 2007a). Bevor wir uns diesen grundlegenden Prinzipien zuwenden, die auch Teil demokratischer und zivilgesellschaftlicher Bildung in Europa sein sollten, müssen wir zuerst die alte Frage stellen: Was sind Werte?

1.2 Definition von Werten

Bis heute gibt es keine eindeutige Antwort auf die Frage, was Werte genau ausmacht. Ein Grund dafür ist, dass Werte nicht direkt sichtbar sind: Sie sind geistige Konstrukte, die nur aus dem, was Menschen sagen oder tun, abgeleitet werden können (Hechter, 1993). Viele Forschende haben versucht, Werte präziser zu definieren und sie von verwandten

Konzepten wie Normen, Einstellungen, Überzeugungen und Meinungen abzugrenzen (z. B. Kluckhohn, 1959; Rokeach, 1973; Van Deth & Scarbrough, 1995).

Eine verbreitete Auffassung ist, dass Werte grundlegender sind als diese anderen Konzepte: Sie liegen tiefer, im Kern unseres Seins, und haben eine stärker leitende Funktion. Sie helfen uns zu entscheiden, was gut oder schlecht, richtig oder falsch, wichtig oder unwichtig ist (Ester et al., 2006; Haidt, 2012; Halman, 1991; Miles, 2015; Rokeach, 1968). Auf diese Weise beeinflussen sie das Verhalten von Menschen, auch wenn sie selbst nicht immer klar erkennbar sind.

Zusammenfasst lassen sich Werte wie folgt definieren:

"Werte sind tief verwurzelte Motivationen, Prinzipien oder Orientierungen, die bestimmte Einstellungen, Normen, Meinungen, Überzeugungen und Wünsche leiten, steuern, kanalisieren oder erklären und so menschliches Handeln – oder zumindest Teile davon – beeinflussen."

(Halman & Sieben, 2020: 3)

Obwohl Wissenschaftler:innen sich weitgehend über die Kernelemente dieser allgemeinen Definition einig sind, untersuchen verschiedene Disziplinen Werte auf unterschiedliche Weise. Psycholog:innen sehen sie etwa als persönliche Motivationen, während Ökonom:innen den Wert als Nutzen von Produkten oder Dienstleistungen verstehen. Soziolog:innen betrachten Werte hingegen als gemeinsame kulturelle Maßstäbe, die soziales Verhalten leiten und Gesellschaften prägen. Geteilte Werte gelten dabei als entscheidend für das Überleben von Gemeinschaften (Almond & Verba, 1965; Etzioni, 2008; Parsons, 1960; Tocqueville, [1848] 1998).

Diese zentrale Bedeutung gemeinsamer Werte wird auch von der Europäischen Union anerkannt, wie die Präambel der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zeigt: „Die Völker Europas

sind entschlossen, eine friedliche Zukunft auf der Grundlage gemeinsamer Werte zu teilen“ (Europäische Union, 2000: 8). Im Folgenden werden wir genauer betrachten, was diese gemeinsamen Werte ausmacht.

1.3 Grundlegende europäische Werte

Bei der Bestimmung der grundlegenden Werte der europäischen Gemeinschaft stößt man sofort erneut auf die Schwierigkeit, Werte zu definieren: In verschiedenen EU-Dokumenten werden leicht unterschiedliche zentrale Werte genannt. Die ausführlichste Beschreibung findet sich in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (Europäische Union, 2007a: 5):

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschen-

würde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nicht-Diskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

In dieser Definition werden grundlegende Werte gemeinsam mit zentralen Prinzipien wie Pluralismus und Solidarität aufgeführt. Bei der Darstellung der Ziele und Werte der EU werden diese Prinzipien jedoch nicht ausdrücklich genannt, sondern nur indirekt beschrieben. So verweist etwa das Ziel, „ihre reiche kulturelle und sprachliche Vielfalt zu achten“, auf den Pluralismus (Europäische Union, o. D.). In anderen Dokumenten, etwa in der Charta der Grundrechte, werden Prinzipien wie Solidarität wiederum als Werte beschrieben (Europäische Union, 2000: 8).

In Anlehnung an die oben erläuterte Definition von Werten umfasst dieser Bericht schließlich die folgenden sechs europäischen Werte: **Demokratie, Pluralismus, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit**. Dies sind zentrale Prinzipien, die Europäer:innen auf eine friedliche Zukunft hinführen sollen.

Die Entscheidung, Menschenwürde und Menschenrechte nicht als Werte aufzuführen, beruht auf zwei Überlegungen: Erstens wird die Menschenwürde von der EU als „(...) nicht nur ein Grundrecht an sich, sondern (...) die eigentliche Grundlage der Grundrech-

te“ bezeichnet (Europäische Union, 2007b) und von den Vereinten Nationen als „(...) die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt“ (Vereinte Nationen, 1948: 1). Da die Menschenwürde somit als Grundlage aller EU-Werte gilt, betrachten wir sie nicht als eigenen Wert, sondern als Fundament, aus dem alle europäischen Werte hervorgehen. Zweitens werden Menschenrechte als „universell anwendbare Rechtsnormen“ definiert, die dazu dienen, unsere gemeinsamen Werte zu



schützen (Rat der Europäischen Union, 2012: 1). Sie sind daher eher als Instrument zu verstehen denn als Wert – ähnlich wie der Rechtsstaat, der eng mit dem Wert der Gerechtigkeit verbunden ist.

Da nun die Kernwerte der Europäischen Union festgelegt sind, ist das Ziel dieses Berichts, diese abstrakten europäischen Werte greifbarer zu machen, damit sie in der demokratischen Bildung von Schüler:innen in weiterführenden Schulen genutzt werden können. Wie lässt sich das erreichen?

1.4 Messung europäischer Werte

Auch wenn Werte schwer direkt zu messen sind, haben Forschende verschiedene Methoden ausprobiert – von Befragungen zu persönlichen Wertvorstellungen über die Analyse von Reden

oder Medieninhalten bis hin zu groß angelegten Umfragen (Rokeach, 1973; Kluckhohn, 1959; Lowenthal, 1944; Inglehart, 1997; Schwartz, 1992). Dabei ist ein funktionaler Ansatz erforderlich, der davon ausgeht, dass das Vertreten eines bestimmten Wertes bedeutet, zu einem bestimmten Verhalten zu neigen. Werte beeinflussen also, **wie Menschen auf Situationen reagieren und Entscheidungen treffen** (Halman, 1991; Ester et al., 2006; Van Deth & Scarbrough, 1995).

Dieses Verständnis konzentriert sich weniger darauf, was Werte sind, sondern vielmehr darauf, was sie bewirken. Dadurch lassen sich Werte indirekt untersuchen – etwa indem analysiert wird, wie Menschen Ereignisse, Verhaltensweisen oder Ergebnisse in ihrer Umgebung bewerten (Halman & Sieben, 2020: 3).

Projekte wie die European Values Study und der World Values Survey folgen



diesem Ansatz und haben unser Verständnis dafür vertieft, wie sich Werte zwischen Ländern unterscheiden und im Laufe der Zeit verändern (Hagenaars et al., 2003; Inglehart, 2018). Diese Studien zeigen, dass Werte sowohl durch persönliche Erfahrungen als auch durch größere gesellschaftliche Kräfte wie Globalisierung, Modernisierung und politische Konflikte geprägt werden (Halman & Gelissen, 2019; Norris & Inglehart, 2019).

1.5 Schlussfolgerung

In diesem ersten Kapitel haben wir gelernt, dass Werte leitende Prinzipien sind, die unsere Normen, Einstellungen und Verhaltensweisen steuern. Sie sind wesentlich für die Bildung von Gemeinschaften wie der Europäischen Union. Die EU gründet auf mehreren Prinzipien, die wir zu sechs zentralen Werten zusammengefasst haben: Demokratie, Pluralismus, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Da Werte sehr abstrakt sind, fällt es Wissenschaftler:innen schwer, sie direkt zu messen. Daher erfassen sie, wie Menschen Ereignisse, Verhaltensweisen und Ergebnisse bewerten, die diese Werte widerspiegeln. Dieser Forschungsansatz hat uns geholfen, Unterschiede in den Wertvorstellungen zwischen Menschen, Ländern und Zeiten besser zu verstehen.

Im nächsten Kapitel werden wir diese Wertetrends in Europa näher erläutern. Dies wird aufzeigen, warum es wichtig ist, europäische Werte in der Schule zu vermitteln. Der restliche Bericht bietet anschließend praktische Instrumente für den Unterricht in weiterführenden Schulen, um diese Werte greifbarer zu machen.

Literaturverzeichnis

Almond, G.A. & Verba, S. (1965). *The Civic Culture*. Princeton: Princeton University Press.

Council of the European Union. (June 25, 2012). *EU Strategic Framework and Action Plan on Human Rights and Democracy* [press release]. Retrieved from https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/foraff/131181.pdf

Craglia, M. (ed.), Annoni, A., Benczur, P., Bertoldi, P., Delipetrev, P., De Prato, G., Feijoo, C., Fernandez Macias, E., Gomez, E., Iglesias, M., Junklewitz, H., López Cobo, M, Martens, B., Nascimento, S., Nativi, S., Polvora, A., Sanchez, I., Tolan, S., Tuomi, I. & Vesnic Alujevic, L. (2018). *Artificial Intelligence – A European Perspective*. Luxembourg: Publications Office.

Ester, P., Mohler, P. & Vinken, H. (2006). "Values and the Social Sciences: A Global World of Global Values?" In Ester, P., Braun, M. & Mohler, P. (eds.), *Globalization, Value Change, and Generations*. Leiden, Boston: Brill, 3-29.

Etzioni, A. (2008). *The Denial of Virtue*. *Society* 45(1):12-19.

European Union. (n.d.). *Aims and Values* [webpage]. Retrieved from https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/principles-and-values/aims-and-values_en

European Union. (2000). *Charter of Fundamental Rights of the European Union* (2000/C 364/01). *Official Journal of the European Communities*, C 364, 1–22.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:C:2000:364:TOC>

European Union. (2007a). Treaty of Lisbon amending the Treaty on European Union and the Treaty establishing the European Community (2007/C 306/01). Official Journal of the European Union, C 306, 1–271. Retrieved from <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:C:2007:306:TOC>

European Union. (2007b). Article 1 - Human dignity [webpage]. Retrieved from <https://fra.europa.eu/en/eu-charter/article/1-human-dignity>

Hagenaars, J., Halman, L. & Moors, G. (2003). "Exploring Europe's Basic Values Map". In Arts, W., Hagenaars, J. & Halman, L. (eds.), *The Cultural Diversity of European Unity: Findings, Explanations and Reflections from the European Values Study*. Leiden and Boston: Brill, 23-58.

Haidt, J. (2012). *The Righteous Mind*. London: Allen Lane.

Halman, L. (1991). *Waarden in de Westerse wereld (Values in the Western World)*. Tilburg: Tilburg University Press.

Halman, L. & Gelissen, J. (2019). Values in Life Domains in a Cross-National Perspective. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Socialpsychologie* 71 (1): 1-25.

Halman L., & Sieben I. (2020). Values. In: R. List, H. Anheier & S. Toepler (Eds.), *International Encyclopedia of Civil Society* (pp. 1-9). Springer, Cham.

Hechter, M. (1992). Should Values Be Written out of the Social Scientist's Lexicon? *Sociological Theory*, 10(2): 214-230.

Hechter, M. (1993). Values Research in the Social and Behavioral Sciences. In Hechter, M., Nadel, L. & Michod, R.E. (eds.), *The Origin of Values*. New York: Aldine de Gruyter, 1-28.

Inglehart, R. (1997). *Modernization and Postmodernization*. Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, R. (2018). "Modernisation, Existential Security and Cultural Change: Reshaping Human Motivations and Society". In Gelfand, M., Chiu, C., & Hong, Y. (eds.), *Handbook of Advances in Culture and Psychology*, Volume 7, Oxford: Oxford University Press.

Kluckhohn, C. (1959), "Values and Value-Orientations in the Theory of Action: An Exploration in Definition and Classification". In T. Parsons & Shils E.A., *Toward a General Theory of Action*. Cambridge: Harvard University Press, 388-433.

Kohn, M. (1969). *Class and Conformity*. Chicago: University of Chicago Press.

Kriesi, H. (1998). The transformation of cleavage politics. The 1997 Stein Rokkan lecture. *European journal of political research*, 33(2), 165-185.

Lowenthal, L. (1944). "Biographies in Popular Magazines". In Lazarsfeld, P.F. & Stanton, F., (eds.), *Radio Research 1942-43*. New York: Columbia Univ. Bur. Appl. Soc. Res.

Miles, A. (2015). *The (Re)genesis of Va-*

lues: Examining the Importance of Values for Action. *American Sociological Review*, 80(4): 680-704.

Norris, P. & Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge: Cambridge University Press.

Parsons, T. (1960). *Structure and Process in Modern Societies*. Glencoe: Free Press.

Putnam, R. (1993). *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Rokeach, M. (1968). *Beliefs, Attitudes and Values*. San Francisco: Jossey-Bass Inc. Publishers.

Rokeach, M. (1973). *The Nature of Human Values*. New York: Free Press.

Schwartz, S. (1992). "Universals in the Content and Structure of Values. Theoretical Advances and Empirical tests in 20 Countries". In Zanna, M. (ed.), *Advances in Experimental Social Psychology*. New York: Academic Press, 1-66.

Spates, J. L. (1983). The Sociology of Values. *Annual Review of Sociology*, 9: 27-49.

Tocqueville, A. de ([1848] 1998). *Democracy in America*. Ware, Hertfordshire: Wordsworth.

United Nations. (1948). Universal Declaration of Human Rights. Retrieved from <https://www.un.org/en/about-us/universal-declaration-of-human-rights>

Van Deth, J.W., Scarbrough, E. (1995). "The Concept of Values". In van Deth, J.W. & Scarbrough, E. (eds.), *The Impact of Values*, Oxford: Oxford University Press, pp. 21-47.

Dieses Kapitel basiert weitgehend auf dem Kapitel „Values“ von Loek Halman und Inge Sieben (2020) aus der *International Encyclopedia of Civil Society*. Wir haben einige neue Elemente hinzugefügt und die Literatur aktualisiert. ChatGPT wurde mit der Eingabeaufforderung verwendet: "could you please improve this text to make it more accessible for democracy and civic education in secondary schools."

Europäische Werte im Wandel der Zeit

Kapitel 2





Zusammenfassung

Die Modernisierungstheorie besagt, dass langfristige Wertemuster in Gesellschaften durch die materiellen Bedingungen geprägt werden, die Menschen in ihren prägenden Jahren erfahren. Ältere Generationen legen in der Regel mehr Wert auf Ordnung, Stabilität und wirtschaftliches Wachstum, während jüngere Generationen Selbstverwirklichung, Autonomie und demokratische Werte stärker betonen. Durch den Generationenwechsel haben sich europäische Gesellschaften zunehmend in Richtung postmaterialistischer, emanzipatorischer Werte entwickelt.

Neben der wirtschaftlichen Lage tragen viele weitere Mikro- und Makrofaktoren dazu bei, welche Werte Menschen wichtig sind – etwa individuelle Lebenserfahrungen, kulturelle Traditionen, institutionelle Rahmenbedingungen oder regionale Umwelten. Aufgrund dieser komplexen Zusammensetzung lassen sich Werte nicht leicht verändern. Sorgen über stark wachsende Wertespaltungen oder extreme Polarisierung sind daher oft übertrieben.

Allerdings nimmt die affektive Polarisierung – also die emotionale Abgrenzung gegenüber Menschen mit anderen Ansichten – zu und kann unsere Toleranz gegenüber jenen schwächen, mit denen wir (vermeintlich) nicht übereinstimmen. Dies kann dazu führen, dass demokratische Prinzipien weniger stark gelebt werden.

Zudem zeigt sich ein kultureller Backlash sowohl bei älteren als auch bei jüngeren Generationen: Ältere Kohorten fühlen sich in Bezug auf etablierte Werte und Identitäten verunsichert, während jüngere mit den „vier D’s“ kämpfen – distrust (Misstrauen), dealignment (Entfremdung), deprivation (Benachteiligung) und destruction (Zerstörung).

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sollten Schüler:innen lernen, kritisch über ihre eigenen Werte zu reflektieren und sich in respektvolle Dialoge mit anderen einzubringen. So entwickeln sie die Fähigkeiten, ihre europäische Gemeinschaft zu verteidigen, zu verbessern oder zu erneuern.

Wir stellen zwölf Unterrichtsstrategien vor, die helfen können, die Kompetenz des kritischen Reflektierens über Werte zu fördern: 6-Fragen-Methode, Schachbrettmethode, Kreisgespräch, Vier-Ecken-Methode, Kopf-Herz-Hand, Markierlese-Methode (INSERT), Meinungslinie Schneeball, Spinnennetz-Diskussion, Denken–Austauschen–Vorstellen, Wertekompass und Wertequadrant.

2.1 Einführung

In den letzten Jahren haben europäische Werte zunehmend Aufmerksamkeit erhalten – nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch im öffentlichen Diskurs und in politischen Debatten. Fragen nach europäischer Identität, Integration und Einheit werden immer häufiger in Begriffen von Werten formuliert: Was verbindet uns? Was trennt uns? Und wie verändern sich unsere gemeinsamen Werte im Laufe der Zeit?

Die zentralen europäischen Werte – Demokratie, Pluralismus, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit – sind zwar im Vertrag über die Europäische Union verankert (Europäische Union, 2007), doch viele Menschen befürchten, dass diese Werte an Bedeutung verlieren.

Prozesse wie Modernisierung, Globalisierung und Individualisierung haben traditionelle soziale Strukturen und Lebensweisen verändert und damit Sorgen über den Verlust von Bürgersinn und sozialem Zusammenhalt ausgelöst (Joas, 2000; Fukuyama, 2000). In einer Welt, die von schnellem Wandel und wachsender Komplexität geprägt ist, fürchten manche, dass wir uns in Richtung Egoismus, politischer Apathie und moralischer Unklarheit bewegen. Angesichts dieser Entwicklungen wird es umso wichtiger, zu verstehen, wie Werte entstehen und sich im Laufe der Zeit verändern.



2.2 Woher kommen Werte?

Eine der einflussreichsten Theorien zur Entstehung von Werten ist Ingleharts **Modernisierungstheorie** (1977; 1997). Im Mittelpunkt dieser Theorie stehen zwei Mechanismen: die Knappheits-hypothese und die Sozialisationshypothese. Die Knappheitshypothese besagt, dass Menschen jene Werte priorisieren, die ihnen helfen, mit den dringendsten Bedrohungen in ihrer (sozioökonomischen) Umgebung umzugehen. In Zeiten der Knappheit sind „materialistische“ Werte, die Ordnung, Autorität und Überleben betonen, am wichtigsten. In wohlhabenderen und sichereren Kontexten verschiebt sich der Fokus hin zu „postmaterialistischen“ Werten wie Autonomie, Selbstverwirklichung und Mitbestimmung. Ergänzend dazu geht die **Sozialisationshypothese** davon aus, dass die Werte, die Menschen in ihren prägenden Jahren erwerben, im Laufe ihres Lebens weitgehend stabil bleiben. Zusammen betonen diese Hypothesen den generationellen Wertewandel: Wenn ältere Generationen sterben und durch jüngere Kohorten ersetzt werden, die unter anderen sozioökonomischen Bedingungen aufgewachsen sind, verschieben sich die dominanten Werte in der Gesellschaft allmählich. Dieser Prozess wird als „Silent Revolution“ bezeichnet und hat zum Aufstieg emanzipatorischer, postmoderner Werte in weiten Teilen Europas geführt (1977; 1997).

Modernisierung ist jedoch kein einheitlicher Prozess. Sie umfasst mehrere miteinander verbundene Entwicklungen wie steigende Einkommen, höhere Bildungsniveaus, Urbanisierung und wachsende gesellschaftliche Komplexität. All diese Veränderungen fördern Werte

wie Freiheit und Pluralismus (Welzel et al., 2003). Kritiker:innen weisen jedoch darauf hin, dass Modernisierung allein die Vielfalt der Wertesysteme innerhalb und zwischen Ländern nicht vollständig erklären kann (z. B. Gundelach, 1994; Eisenstadt, 2000). Eine wachsende Zahl von Studien betont daher die Wechselwirkung zwischen **Mikro- und Makrofaktoren**: individuelle Lebenserfahrungen, kulturelle Traditionen, institutionelle Kontexte und regionale Umwelten spielen alle eine Rolle bei der Herausbildung von Werten (Inglehart & Baker, 2000; Arts, 2011; Halman & Gelissen, 2019). Werte sind somit nicht nur das Produkt wirtschaftlicher Entwicklung oder des Generationenwandels, sondern auch in Institutionen eingebettet und von politischen, sozialen und kulturellen Faktoren beeinflusst. Diese Komplexität zu erkennen, ist entscheidend, um zu verstehen, wie sich europäische Werte im Laufe der Zeit entwickelt haben.

2.3 Kontinuität oder Polarisierung?

Entgegen der weit verbreiteten Erzählung einer zunehmenden Wertespaltung in Europa zeichnet die empirische Forschung ein differenzierteres Bild (z. B. Mau et al., 2023; Muis, 2024). Zwar gibt es Unterschiede zwischen Ländern und Bevölkerungsgruppen, doch groß angelegte Umfragedaten – etwa aus der European Values Study – zeigen, dass keine echte **Wertepolarisierung** stattfindet: zentrale emanzipatorische Werte bleiben weithin anerkannt. Die Sorge, dass sich die Gesellschaft in extreme, homogene und gegensätzliche Lager aufspaltet, ist daher oft übertrieben.

Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine Herausforderungen gibt. Trotz stabi-

ler Wertunterschiede zeigen viele Menschen in Europa zunehmend stärkere Sympathien für die eigene Gruppe und wachsende Ablehnung gegenüber anderen Gruppen – ein Phänomen, das als **affektive Polarisierung** bezeichnet wird (Harteveld, 2019; Reiljan, 2020; Wagner, 2020). Diese Form der Polarisierung erschwert konstruktive politische Diskussionen. Debatten sind zunehmend von Misstrauen und Feindseligkeit geprägt (Somer & McCoy, 2018; 2019; Stavrakakis, 2018; Svolik, 2019). Anstelle eines gesunden demokratischen Meinungsaustauschs entstehen Formen der Polarisierung, die Vertrauen und Zusammenarbeit untergraben. In einem solchen Klima können selbst kleine Wertunterschiede zu tiefen Spaltungen führen, und das „Andere“ wird als Feind statt als legitime Gegenposition wahrgenommen (Mouffe, 2014).

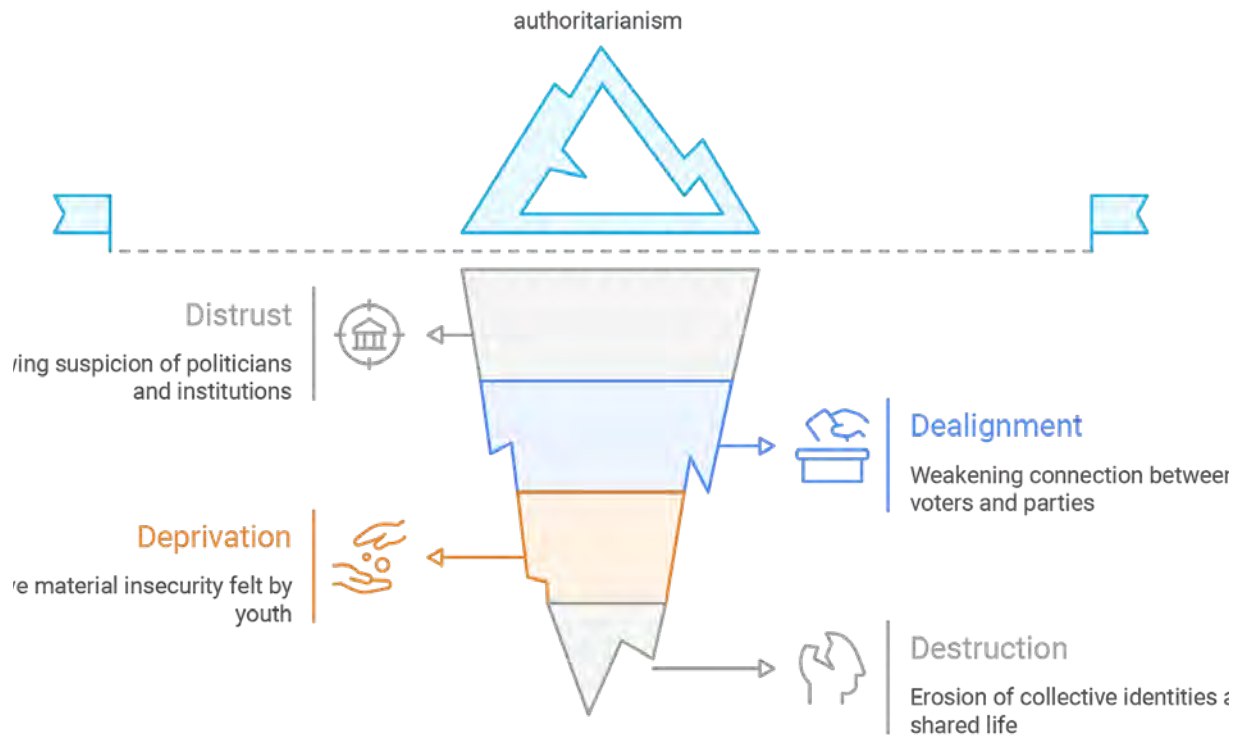
Dieses „Wir-gegen-sie“-Denken kann demokratische Werte gefährden. Wie Körösenyi (2013, S. 21) feststellt: „Das Übertreten grundlegender Normen ist auf der ‚eigenen‘ Seite akzeptabel, während es auf der ‚anderen‘ unverzeihlich ist. Das Verschwinden gemeinsamer Maßstäbe führt zu **moralischem Relativismus** und begünstigt politische Verantwortungslosigkeit und Korruption.“ Es gibt Hinweise darauf, dass manche gesellschaftliche Gruppen tatsächlich weniger positiv gegenüber der Demokratie eingestellt sind.

2.4 Eine antidemokratische Wende?

Die allmähliche Dominanz liberal-demokratischer Werte in weiten Teilen Europas hat einen „**autoritären Reflex**“ unter jenen Gruppen ausgelöst, die diese kulturellen Veränderungen als Bedrohung für ihre Identität, Traditionen und soziale Stellung empfinden (Norris & Inglehart, 2019). Diese Personen unterstützen zunehmend starke Führungspersonlichkeiten und betonen Werte wie Konformität und Gehorsam, um die eigene Gruppenkultur vor wahrgenommenen äußeren Gruppen zu schützen. Nach der **Theorie des kulturellen Backlash** zeigen insbesondere ältere Generationen einen Rückgang demokratischer Werte (Norris & Inglehart, 2019).

Andere Forschende argumentieren jedoch, dass die Reaktion auf Modernisierung nicht allein auf ältere Generationen beschränkt ist (Eatwell & Goodwin, 2018; Foa & Mounk, 2016; 2017; Schäfer, 2021). Sie verweisen auf Hinweise, dass auch **jüngere Kohorten** in ihren demokratischen Überzeugungen beeinträchtigt sein können – insbesondere dann, wenn sie wirtschaftliche oder soziokulturel-





le Unsicherheit erleben (Muis, 2024).

Neben ökonomischen und soziokulturellen Einflüssen identifizieren Eatwell und Goodwin (2018) zwei politische Mechanismen, die den Anstieg autoritärer Neigungen bei jungen Menschen erklären können. Sie fassen diese in den „**vier D's**“ zusammen:

- **Distrust:** Misstrauen bezeichnet ein wachsendes Argwohn gegenüber Politiker:innen und traditionellen Institutionen. Es geht über mangelndes Vertrauen in deren Kompetenz hinaus und spiegelt die Überzeugung wider, dass Eliten korrupt sind und eigene Interessen verfolgen. Jüngere Menschen erleben zudem oft einen Widerspruch zwischen der langsamen Demokratie und ihrem schnelllebigen Alltag (Wuttke et al., 2022)
- **Dealignment:** Entfremdung be-

zeichnet die abnehmende Bindung zwischen Wähler:innen und traditionellen Parteien. Früher stimmten Menschen oft loyal entsprechend Religion, sozialer Klasse oder familiärem Umfeld ab. Heute ist diese Loyalität weit seltener. Wähler:innen – besonders jüngere – sind flexibler und unterstützen häufiger neue Parteien, die ihre spezifischen Anliegen vertreten. Dies hat zur stärkeren Zersplitterung der politischen Landschaft geführt und autoritären, populistischen Parteien mehr Raum gegeben. Zudem hat die Vorstellung, dass Wählen eine Bürgerpflicht ist, insbesondere unter praktisch ausgebildeten Jugendlichen an Bedeutung verloren.

- **Deprivation** beschreibt die relative materielle Unsicherheit, die viele junge Menschen empfinden. Obwohl der Lebensstandard gestiegen ist,

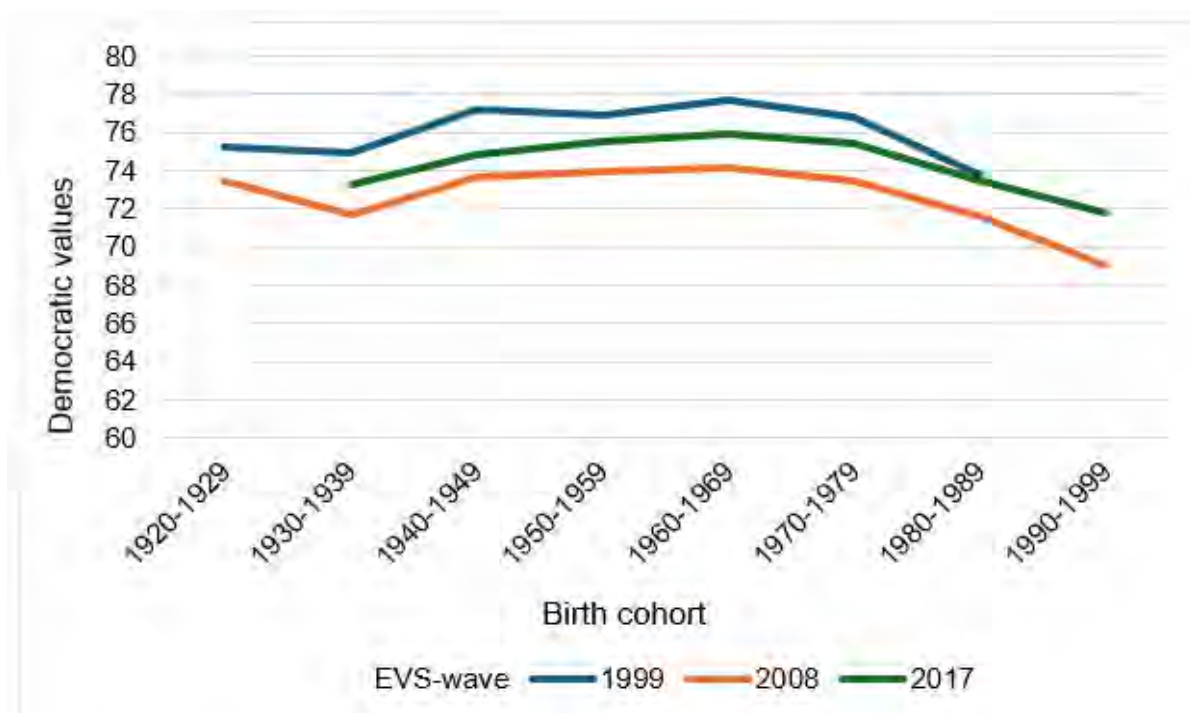
sehen sie weniger Chancen als frühere Generationen. Trotz hoher Bildung erleben viele Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt und Schwierigkeiten beim Wohnungsbau (Green, 2017). Der Druck der Meritokratie – Erfolg gilt als selbst verdient – verstärkt bei jenen, die scheitern, Gefühle von Versagen und Unsicherheit (Sandel, 2020). In diesem Umfeld können autoritäre Werte attraktiv erscheinen, um Kontrolle und Sicherheit zurückzugewinnen.

- **Destruction:** Zerstörung bezeichnet den Verlust gemeinsamer Identitäten und Lebensweisen. Traditionelle Zugehörigkeiten wie Religion, soziale Klasse oder nationale Identität haben durch Modernisierung, Globalisierung und Individualisierung an Bedeutung verloren. Viele Menschen – besonders junge – wachsen ohne

stabile Bezugspunkte auf. Dieses Fehlen kultureller Verankerung erzeugt Unsicherheit darüber, wie man sich verhalten, was man glauben und wohin man gehören soll, wodurch Werte wie Konformität, Gehorsam und Ordnung an Attraktivität gewinnen (Hornsey, 2008).

So können autoritäre Reflexe in unterschiedlichen Generationen aus verschiedenen Gründen entstehen. Forschungen, die beide Perspektiven verbinden, zeigen tatsächlich, dass sowohl die ältesten als auch die jüngsten Kohorten etwas weniger demokratische Werte vertreten – wobei die geringste Unterstützung für Demokratie bei Letzteren zu finden ist (Muis, 2024). Dennoch zeigt Abbildung 2.1, dass Demokratie von allen Generationen weiterhin hoch geschätzt wird.

Abb. 2.1 Durchschnittliche demokratische Werte nach Geburtskohorten pro EVS-Welle.



Quelle: Muis (2024), basierend auf der European Values Study (EVS), gewichtete Daten.

2.5 Unterrichtsstrategien

Die Werte Demokratie, Pluralismus, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit prägen Gesellschaften und das Zusammenleben der Menschen. In Zeiten globaler Unsicherheit ist das **Verständnis von Werten** – wie sie sich verändern und warum sie wichtig sind – entscheidend für demokratische Teilhabe.

Auf den folgenden Seiten werden **zwölf Unterrichtsstrategien** vorgestellt, mit denen Lehrkräfte europäische Werte im Unterricht vermitteln können. Später im Bericht werden diese Strategien anhand praktischer Beispiele vertieft.

Die Strategien sind: 6-Fragen, Schachbrett, Kreisgespräch, Vier Ecken, Kopf Herz Hände, INSERT, Meinungslinie, Schneeball, Spinnennetz, Denken-Austauschen-Vorstellen, Wertekompass und Wertequadrant.: <https://atlasofeuropeanvalues.eu/materials.html>



Unterrichtsstrategie 1: 6-Fragen-Methode

Diese Methode regt Schüler:innen an, komplexe Themen mithilfe der sechs Leitfragen – *Was, Wo, Wann, Warum, Wer und Wie* – aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. In Kleingruppen diskutieren sie kontroverse Aussagen, strukturieren ihre Argumente und präsentieren die Ergebnisse im Plenum.

Die Lehrkraft verknüpft die Diskussion mit passenden Werttheorien und Daten (siehe nächste Kapitel). So fördert die Methode kritisches Denken, Argumentationsfähigkeit und Perspektivübernahme – und hilft Schüler:innen, ihre eigenen Werte zu reflektieren.





Unterrichtsstrategie 2: Schachbrett

Diese Methode bietet eine dynamische und visuelle Möglichkeit, sich mit wertbezogenen Aussagen auseinanderzusetzen. Schüler:innen positionieren Spielfiguren auf einem Brett, um Zustimmung oder Ablehnung zu zeigen. In Kleingruppen reflektieren sie kontroverse Themen, äußern zunächst ihre Meinung und diskutieren anschließend miteinander. Danach können sie ihre Position überdenken und – falls gewünscht – ihre Figur bewegen.

Dieser Prozess fördert offenen Dialog, Reflexion und Perspektivwechsel. Die Lehrkraft schließt ab, indem sie die Ergebnisse mit Modellen der Werteklä rung und visuellen Daten (siehe nächste Kapitel) verknüpft. So entwickeln Schüler:innen ein tieferes Verständnis dafür, wie Werte Meinungen prägen und wie Dialog Ansichten verändern kann.

Unterrichtsstrategie 3: Kugellager

Diese Methode fördert aktive Beteiligung und einen respektvollen Dialog, indem alle Schüler:innen in einer Reihe rotierender Partnergespräche eingebunden werden. In zwei konzentrischen Kreisen stehend, diskutieren sie mit jeweils einem Gegenüber eine Frage oder Aussage, bevor sie zum nächsten Gesprächspartner weiterrotieren. Dieses dynamische Format ermöglicht es, ein Thema aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und Meinungen auszutauschen.

Durch aufeinander aufbauende Fragen wird eine vertiefte Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Sichtweisen angeregt. In einer abschließenden Klassendiskussion verknüpft die Lehrkraft die Erkenntnisse der Schüler:innen mit theoretischen Konzepten und Daten (siehe nächste Kapitel). Die Methode hilft, die Ursachen unterschiedlicher Meinungen zu verstehen und zugleich Kommunikations- sowie Argumentationskompetenzen zu stärken.





Unterrichtsstrategie 4: Vier Ecken

Diese Methode regt Schüler:innen dazu an, über kontroverse Aussagen oder komplexe Fragen nachzudenken, indem sie sich physisch in die Ecke des Raums stellen, die ihrer Meinung oder Zustimmung entspricht. In den Ecken diskutieren sie ihre gemeinsame Position und präsentieren ihre Argumente der Klasse. Während der Diskussion können sie ihre Meinung ändern und die Ecke wechseln.

Dieser bewegungsorientierte Ansatz fördert offenen Dialog, Perspektivwechsel und kritische Reflexion. Die Lehrkraft schließt ab, indem sie die Argumente mit passenden Theorien und Daten (siehe nächste Kapitel) verknüpft und so verdeutlicht, wie Werte unterschiedliche Haltungen prägen.

Unterrichtsstrategie 5: Kopf, Herz, Hand

Diese Methode regt Schüler:innen an, sich auf drei Ebenen mit einem Thema auseinanderzusetzen: kognitiv (**Kopf**), emotional (**Herz**) und praktisch (**Hand**). Ausgehend von einem Impuls – etwa einem Video, Bild oder Podcast – notieren sie Gedanken, Gefühle und mögliche Handlungen auf Haftzetteln.

In wechselnden Gruppen besprechen sie ihre Eindrücke und beleuchten alle drei Dimensionen. Abschließend werden die Ergebnisse im Plenum diskutiert, wobei die Lehrkraft die Beiträge mit passenden Theorien und Daten (siehe nächste Kapitel) verknüpft. Die Methode fördert ganzheitliche Reflexion, Empathie und Perspektivübernahme bei wertbezogenen Themen.





Unterrichtsstrategie 6: INSERT

Die Markierlese-Methode (INSERT – Interactive Noting System for Effective Reading and Thinking) fördert die kritische Auseinandersetzung mit Texten, indem Schüler:innen Informationen beim Lesen mit Symbolen, Haftzetteln oder anderen Markierungen kennzeichnen. Während der Lektüre identifizieren sie zentrale Aussagen, notieren Unsicherheiten und stellen Bezüge zu ihrem Vorwissen her.

So trainieren sie Fähigkeiten wie Unterscheiden, Vergleichen und Bewerten und lernen, ihre eigenen Werte zu formulieren und zu reflektieren. Am Ende verknüpft die Lehrkraft die Ergebnisse mit relevanten Theorien und Daten (siehe nächste Kapitel) und vertieft so das Verständnis dafür, wie Werte Meinungen, Entscheidungen und Verhalten beeinflussen.

Unterrichtsstrategie 7: Meinungslinie

Diese Methode ermöglicht es Schüler:innen, ihre Haltung zu einer Aussage sichtbar zu machen, indem sie sich entlang einer realen oder gedachten Linie im Raum positionieren. Dieses visuelle und körperliche Format fördert das Ausdrücken eigener Meinungen, regt zu reflektierendem Dialog an und erlaubt Perspektivwechsel durch die Argumente anderer.

Durch die Verknüpfung der Diskussion mit Karten und theoretischen Modellen (siehe nächste Kapitel) gewinnen Schüler:innen ein tieferes Verständnis für die Vielfalt von Sichtweisen innerhalb und zwischen Gesellschaften. Trotz ihrer Einfachheit erfordert die Methode eine achtsame Moderation, um eine sinnvolle Debatte zu ermöglichen und Positionen mit zugrunde liegenden Werten zu verbinden.





Unterrichtsstrategie 8: Schneeball

Diese Methode fördert kritische Reflexion und gemeinsames Entscheiden, indem Schüler:innen schrittweise Optionen zu einer wertebezogenen Frage eingrenzen. Zunächst wählen sie individuell zentrale Aussagen aus, die von der Lehrkraft vorgegeben werden – etwa in Verbindung mit den Karten aus den nächsten Kapiteln.

In aufeinanderfolgenden Runden von Partner- und Gruppengesprächen verfeinern sie ihre Auswahl, bis sie sich auf die relevantesten Antworten einigen und diese argumentativ begründen. Dieses gestufte Vorgehen vertieft das Verständnis, stärkt Dialog- und Argumentationsfähigkeiten und hilft, individuelle Meinungen mit gesellschaftlichen Zusammenhängen und theoretischen Konzepten zu verknüpfen.

Unterrichtsstrategie 9: Spinnennetz

Die Spinnennetz-Methode (SPIDER Web – Synergetic Practiced Independent Developed Exploration Rubric WEB) fördert kooperatives Lernen durch einen visuellen und interaktiven Brainstorming-Prozess. Mithilfe von Fäden oder Wolle erstellen Schüler:innen ein physisches Netz, das Zusammenhänge zwischen Ideen, Werten und Perspektiven zu einem zentralen Thema darstellt. In Kleingruppen teilen sie ihre Gedanken, knüpfen an Beiträge anderer an und erkunden die Verbindungen zwischen Konzepten.

Die Methode stärkt respektvollen Dialog, Empathie und kritisches Denken, indem sie die Schüler:innen in den Mittelpunkt des Lernprozesses stellt, während die Lehrkraft beobachtet und Reflexion anleitet. Durch die visuelle Darstellung der Wertevielfalt und die Verknüpfung mit theoretischen Konzepten (siehe nächste Kapitel) entsteht ein tieferes Bewusstsein dafür, wie individuelle Überzeugungen in größere gesellschaftliche Zusammenhänge eingebettet sind.





Unterrichtsstrategie 10: Think - Pair - Share

Diese flexible und motivierende Methode fördert Reflexion, Zusammenarbeit und kritischen Dialog. Zunächst denken Schüler:innen individuell über eine Frage oder Aussage nach (**Denken**), tauschen sich anschließend mit einer Partnerperson aus (**Austauschen**) und teilen ihre Erkenntnisse schließlich im Plenum (**Vorstellen**).

Dieser strukturierte Prozess hilft Schüler:innen, eigene Werte zu formulieren, alternative Sichtweisen zu berücksichtigen und respektvoll miteinander zu diskutieren. Ob zur Einführung, Vertiefung oder Sicherung eines Themas – die Methode stärkt Kommunikations- und Argumentationskompetenzen. Durch die Verknüpfung der Reflexionen mit Daten und Theorien (siehe nächste Kapitel) wird eine sinnvolle Auseinandersetzung mit realen Wertkonflikten gefördert.

Unterrichtsstrategie 11: Wertekompass

Diese Methode regt Schüler:innen dazu an, über eine Reihe wertbezogener Fragen nachzudenken, indem sie ihre Meinungen auf einer Skala von 0 bis 10 einordnen. Das daraus entstehende visuelle Profil zeigt ihre Haltung zu verschiedenen Themen und dient als Ausgangspunkt für Vergleiche und Diskussionen – zunächst in der Klasse, später im Bezug zu gesellschaftlichen Gruppen.

Durch den Austausch unterschiedlicher Perspektiven und die Visualisierung von Wertemustern gewinnen Schüler:innen ein tieferes Verständnis für die Vielfalt individueller und kultureller Unterschiede. Die Methode stärkt das Bewusstsein für die eigene Position, fördert respektvollen Dialog und verbindet persönliche Ansichten mit den Perspektiven anderer und internationalen Daten.





Unterrichtsstrategie 12: Wertequadrant

Diese Methode lädt Schüler:innen ein, ihre eigenen Werte zu einem bestimmten Thema zu erkunden, indem sie sich auf einem Koordinatensystem mit zwei Achsen positionieren – jede Achse steht für eine Dimension des gewählten Wertes. Auch reale oder fiktive Personen können anhand kurzer Beschreibungen auf dem Quadrat eingeordnet werden.

In Partner- und Gruppendiskussionen erläutern und begründen die Schüler:innen ihre Positionen, betrachten alternative Sichtweisen und reflektieren die Vielfalt an Beweggründen hinter wertbasierten Entscheidungen. Die Lehrkraft begleitet den Prozess und verknüpft die Ergebnisse mit Daten und theoretischen Modellen (siehe nächste Kapitel). Diese visuelle und interaktive Methode fördert kritisches Nachdenken über eigene Positionen, das Verständnis anderer Perspektiven und das Bewusstsein für komplexe Wertekonflikte.

2.6 Schlussfolgerung

In diesem Kapitel haben wir erläutert, wie langfristige Wertemuster in Gesellschaften durch die materiellen und sozialen Bedingungen geprägt werden, die Menschen in ihren prägenden Jahren erleben. Durch den Generationenwechsel – bei dem ältere Kohorten, die Ordnung, Stabilität und wirtschaftliches Wachstum priorisieren, von jüngeren ersetzt werden, die Selbstverwirklichung, Autonomie und Demokratie stärker betonen – hat sich Europa insgesamt hin zu postmaterialistischen Werten wie Freiheit und Pluralismus entwickelt.

Allerdings wird der Wertewandel nicht allein durch die Wirtschaft bestimmt: Das Zusammenspiel von individuellen Lebenserfahrungen, kulturellen Traditionen, institutionellen Rahmenbedingungen, regionalen Umwelten und vielen weiteren Mikro- und Makrofaktoren beeinflusst, welche Werte unser Handeln leiten.

Aufgrund dieser komplexen Entstehungsprozesse lassen sich Werte nur schwer verändern. Befürchtungen über wachsende Wertespaltungen und extreme Polarisierung sind daher oft übertrieben. Zwar findet keine eigentliche Wertpolarisierung statt, doch die affektive Polarisierung scheint in Europa zuzunehmen. Diese Form der Spaltung kann demokratische Werte gefährden, wenn wir „die Anderen“ nicht mehr als legitime politische Gegenüber, sondern als Feind:innen betrachten, die ausgeschlossen werden sollen.

Welche Gruppen genau weniger demokratische Werte vertreten, ist wissenschaftlich umstritten. Sowohl ältere

als auch jüngere Generationen scheinen jedoch mit eigenen kulturellen und wirtschaftlichen Unsicherheiten zu kämpfen, die ihre Wertorientierungen beeinflussen. Gleichzeitig bleiben demokratische und emanzipatorische Werte in allen gesellschaftlichen Gruppen hoch geschätzt – ein Zeichen für das stabile Fundament, auf dem die europäische Gemeinschaft beruht.

Schüler:innen wachsen heute in einer Welt auf, in der alte Gewissheiten verschwinden und Pluralismus zur Norm wird. Sie brauchen Werkzeuge, um kritisch über ihre Werte zu reflektieren, respektvoll mit anderen in Dialog zu treten und moralische Komplexität zu bewältigen, ohne in Zynismus oder Dogmatismus zu verfallen. Die Vermittlung europäischer Werte bedeutet nicht, eine einheitliche Weltanschauung vorzugeben, sondern Bürgerschaftskompetenz zu fördern – also die Fähigkeit, an einem gemeinsamen demokratischen Projekt mitzuwirken, auch bei Meinungsverschiedenheiten. Es geht darum, die Wertebasis europäischer Institutionen sichtbar zu machen und die nächste Generation zu befähigen, diese zu verteidigen, zu verbessern oder zu erneuern.

Der folgende Teil dieses Berichts stellt praktische Werkzeuge für den Unterricht an weiterführenden Schulen vor, um europäische Werte greifbarer zu machen. Am Ende jedes Wertkapitels wird ein Beispiel für eine Unterrichtsstrategie präsentiert, die auf den jeweiligen Wert angewendet wird.

Literaturverzeichnis

Arts, W.A. (2011). Explaining European Value Patterns: Problems and Solutions. *Studia UBB Sociologica* 56, 7-31.

Eisenstadt, S.N. (2000). Multiple Modernities. *Daedalus* 129(1), 1-29.

Eatwell, R., & Goodwin, M. J. (2018). National populism: The revolt against liberal democracy. Pelican Books.

European Union. (2007). Treaty of Lisbon amending the Treaty on European Union and the Treaty establishing the European Community (2007/C 306/01). Official Journal of the European Union, C 306, 1–271. Retrieved from <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:C:2007:306:TOC>

Foa, R. S., & Mounk, Y. (2016). The danger of deconsolidation: the democratic disconnect. *Journal of Democracy*, 27(3), 5-17.

Foa, R. S., & Mounk, Y. (2017). The signs of deconsolidation. *Journal of Democracy*, 28(1), 5-15.

Fukuyama, F. (2000). The Great Disruption. New York: Touchstone.

Green, A. (2017). The crisis for young people: Generational inequalities in education, work, housing and welfare. Springer Nature.

Gundelach, P. (1994). National value differences: modernization or institutionalization?. *International Journal of Comparative Sociology*, 35(1-2), 37-59.

Halman, L., & Gelissen, J. (2019). Values

in Life Domains in a Cross-National Perspective. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Socialpsychologie* 71(1), 1-25.

Hartevelde, E. (2019). Affective polarization and social sorting: a comparative study. APSA 2019 Annual Meeting Paper.

Hornsey, M. J. (2008). Social identity theory and self-categorization theory: A historical review. *Social and Personality Psychology Compass*, 2(1), 204-222.

Inglehart, R. (1977). The silent revolution: Changing values and political styles among Western publics. Princeton University Press.

Inglehart, R. (1997). Modernization and Postmodernization: Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Inglehart, R., & Baker, W. E. (2000). Modernization, cultural change, and the persistence of traditional values. *American Sociological Review*, 65(1), 19-51.

Joas, H. (2000). The Genesis of Values. Chicago: The University of Chicago Press.

Körösényi, A. (2013). Political polarization and its consequences on democratic accountability. *Corvinus Journal of Sociology and Social Policy*, 4(2), 3-30.

Mau, S., Lux, T., & Westheuser, L. (2023). Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft| Warum Gendersternchen und Lastenfahräder so viele Menschen triggern. Suhrkamp Verlag.

Mouffe, C. (2014). By way of a post-script. *Parallax*, 20(2), 149-157.

Muis, Q. (2024). "Who are those people?": Causes and consequences of polarization in the schooled society. Open Press Tilburg University. <https://doi.org/10.56675/tsb.27333853>

Norris, P., & Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.

Reiljan, A. (2020). 'Fear and loathing across party lines'(also) in Europe: Affective polarization in European party systems. *European Journal of Political Research*, 59(2), 376-396.

Sandel, M. J. (2020). *The tyranny of merit: What's become of the common good?*. Penguin UK.

Schäfer, A. (2021). Cultural Backlash? How (Not) to Explain the Rise of Authoritarian Populism. *British Journal of Political Science*, 1- 17. doi:10.1017/S0007123421000363

Somer, M., & McCoy, J. (2018). Déjà vu? Polarization and endangered democracies in the 21st century. *American Behavioral Scientist*, 62(1), 3-15.

Somer, M., & McCoy, J. (2019). Transformations through polarizations and global threats to democracy. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 681(1), 8-22.

Stavrakakis, Y. (2018). Paradoxes of polarization: Democracy's inherent division and the (anti-) populist challenge. *American Behavioral Scientist*, 62(1), 43-58.

Svolik, M. W. (2019). Polarization versus democracy. *Journal of Democracy*, 30(3), 20-32.

Wagner, M. (2020). Affective polarization in multiparty systems. *Electoral Studies*, 102199. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2020.102199>

Welzel, C., Inglehart, R., & Klingemann, H. D. (2003). Human development as a theory of social change: a cross-cultural perspective. *European Journal of Political Science*, 42(3), 341-379.

Wuttke, A., Gavras, K., & Schoen, H. (2022). Have Europeans grown tired of democracy? New evidence from eighteen consolidated democracies, 1981–2018. *British Journal of Political Science*, 52(1), 416-428.

Dieses Kapitel basiert weitgehend auf dem Kapitel „Values“ von Loek Halman und Inge Sieben (2020) sowie auf Kapiteln aus der Dissertation „Who are those people?“ von Quita Muis (2024). Wir haben einige neue Elemente ergänzt und die Literatur aktualisiert. ChatGPT wurde mit der Eingabeaufforderung verwendet: „could you please improve this text to make it more accessible for democracy and civic education in secondary schools.“ Die Beschreibungen der Unterrichtsstrategien sind eine Zusammenfassung der Informationen, die auf <https://atlasofeuropeanvalues.eu/materials.html>: „could you please summarize this information in a few sentences, fitting for democracy and civic education in secondary schools.“

Demokratie

Kapitel 3





Zusammenfassung

Die EU gründet auf dem Wert der Demokratie. Demokratische Werte lassen sich mit zwei Formen politischer Unterstützung verbinden: diffuser politischer Unterstützung (allgemeine Überzeugungen über das politische System – tief verankert und eher stabil) und spezifischer politischer Unterstützung (Bewertung von Regierung und Parlament – kann sich schneller verändern).

Demokratie wird stärker geschätzt in Ländern mit längeren demokratischen Traditionen, höherem Wohlstand und/oder geringerer wahrgenommener Korruption. Auf individueller Ebene wird sie besonders von Menschen mit höherem Einkommen, besserer Bildung und tendenziell auch von Jüngeren unterstützt – wenngleich die jüngsten Generationen demokratische Werte etwas weniger stark vertreten als frühere Kohorten.

Die Umsetzung in der Demokratiebildung an weiterführenden Schulen kann erfolgen, indem der Fokus auf konkrete, messbare Aspekte gelegt wird, zum Beispiel auf:

- Bedeutung, demokratisch regiert zu werden (*diffuse politische Unterstützung*)
- Evaluation of ways of governing (*diffuse political support*):
 - Eine starke Führungsperson haben, die sich nicht mit Parlament und Wahlen befassen muss
 - Fachleute und keine Regierung zu haben, die Entscheidungen anhand dessen machen, was am Besten für das Land ist
 - Die Armee sollte das Land regieren
 - Ein demokratisches politisches System haben
- *Vertrauen in Parlament, politische Parteien und Regierung (spezifische politische Unterstützung)*

>> **Beispielhafte Unterrichtsstrategie: "INSERT"**

3.1 Einführung

Demokratie stammt aus dem Griechischen: demos bedeutet „Volk“ und kratos „Herrschaft“ – also „Herrschaft des Volkes“. Doch wie sieht Demokratie eigentlich aus? Obwohl es ein gemeinsames Grundverständnis gibt (Dalton et al., 2007), ist die Antwort nicht einfach, da Demokratie ein vielschichtiges Konzept ist.

Erstens ist Demokratie eine Regierungsform: Bürger:innen haben die Macht, Entscheidungen zu treffen – direkt oder über gewählte Vertreter:innen. Sie beschreibt somit eine bestimmte institutionelle Struktur politischer Entscheidungsfindung (prozedurale Definition).

Zweitens steht Demokratie für den Schutz grundlegender Rechte und Freiheiten, etwa Meinungsfreiheit, Wahlrecht und das Recht, sich zu äußern (wertbezogene Definition).

Drittens ist Demokratie eng mit Bürgerschaft verbunden: Diese Rechte machen eine Gesellschaft demokratisch, weil sie Menschen ermöglichen, aktiv an Entscheidungen und der Entwicklung ihres Landes mitzuwirken (bürgerliche Definition).

Die EU gründet auf dem Wert der Demokratie, oder genauer gesagt: der repräsentativen Demokratie. Bürger:innen der Europäischen Union verfügen über politische Rechte, wie das Recht, bei Wahlen zu kandidieren und ihre Stimme abzugeben.

https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/principles-and-values/aims-and-values_de

Auch wenn Demokratie in verschiede-

nen Ländern unterschiedlich aussehen und verschiedene Formen annehmen kann, ist sie heute zweifellos ein universeller Wert (Ferrin & Kriesi, 2016). Viele Staaten auf der Welt werden demokratischer (Inglehart & Welzel, 2005; Norris, 2011), auch wenn einige – besonders in Krisenzeiten wie wirtschaftlichen Abschwüngen oder während der COVID-19-Pandemie – mit Schwierigkeiten konfrontiert sind. Manche Länder, vor allem jene mit jüngeren Demokratisierungsprozessen, kämpfen damit, demokratische Werte zu festigen; in einigen Fällen kommt es sogar zu Rückschritten hin zu weniger demokratischen oder autoritären Systemen (Ferrin & Kriesi, 2016).

Forschende sehen zudem neue Herausforderungen und Bedrohungen der Demokratie, etwa den Aufstieg des Populismus (z. B. Akkerman, 2003; Mudde



& Kaltwasser, 2012; 2017), Verschwörungstheorien (z. B. Cassam, 2019; Moore, 2018; Rosenblum & Muirhead, 2019) und Polarisierung (McCoy, Rahman & Somer, 2018; Reiljan, 2020; Svolik, 2019). Trotz dieser Herausforderungen bleibt die Unterstützung der Demokratie in Europa hoch – auch wenn sie zwischen Ländern und gesellschaftlichen Gruppen variiert (Norris, 2012).

3.2 Demokratische Werte: der Unterschied zwischen diffuser und spezifischer politischer Unterstützung

In der wissenschaftlichen Literatur werden demokratische Werte meist mit dem Konzept der politischen Unterstützung verbunden¹ – also dem Vertrauen der Menschen in das politische System und seine Leistungsfähigkeit. Dabei werden zwei Hauptformen unterschieden (Easton, 1965):

- **Diffuse politische Unterstützung** beschreibt die allgemeinen Überzeugungen und Werte, die Menschen gegenüber dem politischen System als Ganzem haben. Sie bedeutet, an die Bedeutung und Güte eines Systems – wie der Demokratie – zu glauben. Dazu gehören Werte wie Gewaltenteilung, Freiheit, Selbstbestimmung und moralische Autonomie, also die Fähigkeit, eigenständig zu entscheiden (Reeskens et al., 2020). Diese Werte sind tief verankert und ändern sich nur langsam.
- **Spezifische politische Unterstützung** bezieht sich auf die aktuelle Bewertung der Regierung. Sie verändert

sich leichter, da sie von der Einschätzung politischer Führungspersonen abhängt. Positive Bewertungen stärken das Vertrauen in Institutionen und gewählte Vertreter:innen (Norris, 2011: 7–8).

3.2.1. Anwendung diffuser politischer Unterstützung: Bedeutung demokratischer Regierungsführung und Präferenz für Demokratie oder Autokratie



Diffuse politische Unterstützung bezieht sich auf allgemeine Vorstellungen und Werte, die Menschen mit Demokratie verbinden – also darauf, wie sehr sie demokratische Regierungsformen schätzen. Diese Haltung entsteht meist in der Kindheit und frühen Jugend (den sogenannten prägenden Jahren) und bleibt im weiteren Leben weitgehend stabil (Inglehart, 1977; 1997). Wie in Kapitel 2 gezeigt, neigen Menschen, die in schwierigen Zeiten wie Krieg oder Wirtschaftskrisen aufwachsen, eher zu Wer-

¹ Demokratische Werte können jedoch auf verschiedene Weise gemessen werden; eine Liste von Beispielen findet sich bei Haerpfer, 2008.

ten, die auf Überleben und Sicherheit ausgerichtet sind – also stärker materiellen, autoritätsbezogenen Werten. Wer dagegen in stabilen und sicheren Zeiten aufwächst, entwickelt eher demokratische Werte wie Freiheit und Teilhabe. Dennoch können große Ereignisse oder Krisen – etwa wirtschaftliche Einbrüche oder Kriege – kurzfristig die Einstellungen beeinflussen (Inglehart, 1997). In solchen Phasen wird starke Führung oft wichtiger empfunden als demokratische Prozesse, was Zweifel an der Wirksamkeit demokratischer Regierungsformen wecken kann (Boin & 't Hart, 2003).

Diffuse politische Unterstützung lässt sich auf zwei Arten erfassen. Beide Ansätze bieten konkrete Messmöglichkeiten, die sich auch für den Einsatz in

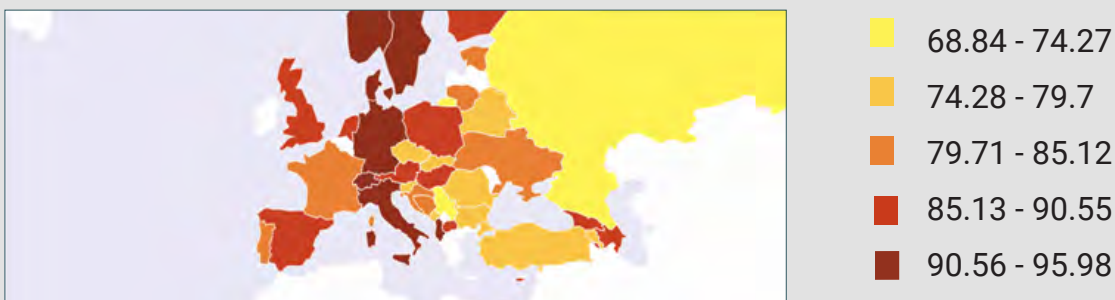
der Demokratiebildung an weiterführenden Schulen eignen. Erstens kann man die **Bedeutung demokratischer Regierungsführung** mit einer Frage wie der folgenden messen (EVS, 2017):

Wie wichtig ist es Ihnen, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird? Auf dieser Skala, bei der 1 bedeutet „überhaupt nicht wichtig“ und 10 „äußerst wichtig“, welche Zahl würden Sie wählen?

Eine zweite Möglichkeit, diffuse politische Unterstützung zu messen, ist die Erfassung der **Präferenz für Demokratie oder Autokratie**. Dabei wird untersucht, wie stark Menschen Demokratie im Vergleich zu anderen Regierungs-

Abb. 3.1 zeigt Unterschiede in diesem demokratischen Wert zwischen den europäischen Ländern. Dabei ist zu beachten, dass der Begriff Demokratie in diesem Fall nicht genau definiert ist. Interessanterweise zeigt die Forschung, dass viele Menschen ein einfaches, ein „minimalistisches“ Verständnis von Demokratie haben. (Ferrín & Kriesi, 2016: 150) –, das sich vor allem auf freie und faire Wahlen bezieht.

Abb. 3.1 Wichtigkeit, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird²



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

² Bewertungen auf der ursprünglichen Skala (1–10) wurden in eine Skala von 0–100 umgerechnet.

formen unterstützen (Inglehart & Welzel, 2005) – etwa zu autokratischen Systemen (Macht bei einer Person oder kleinen Gruppe) oder technokratischen Regierungen (Entscheidungen durch Expert:innen). Nach der Typologie von Diamond und Linz (1990; siehe Reich, 2002) wird demokratische Regierungsführung häufig mit drei autokratischen Formen verglichen: Militärherrschaft, starke Führung ohne Kontrolle und Regierung durch Expert:innen. Diese Gegenüberstellung wird als democratic-autocracy preference bezeichnet und kann wie folgt gemessen werden (EVS, 2017):

Ich werde Ihnen nun verschiedene Arten politischer Systeme beschreiben und Sie fragen, was Sie von jeder als Regierungsform für dieses Land halten. Wür-

den Sie sagen, dass dies eine (1) sehr gute, (2) eher gute, (3) eher schlechte oder (4) sehr schlechte Art ist, dieses Land zu regieren?

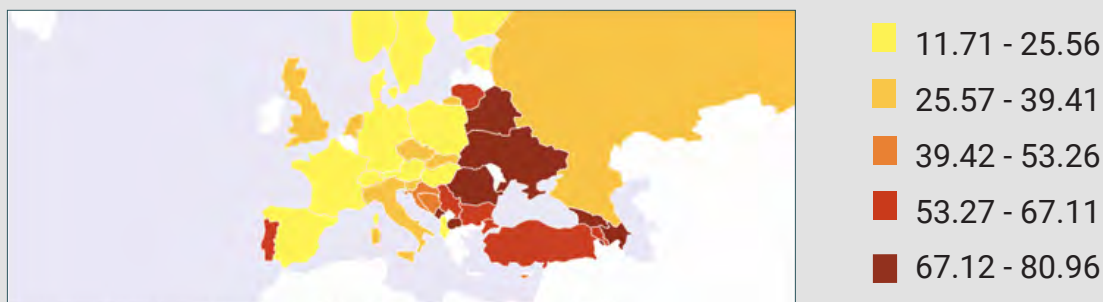
- *Eine starke Führungsperson haben, die sich nicht mit Parlament und Wahlen befassen muss*
- *Fachleute, nicht die Regierung, sollten Entscheidungen treffen – nach dem, was sie für das Beste für das Land halten*
- *Die Armee sollte das Land regieren*
- *Ein demokratisches politisches System haben*

3.2.2. Spezifische politische Unterstützung: politisches Vertrauen

Spezifische politische Unterstützung

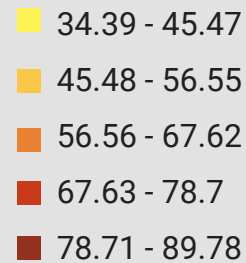
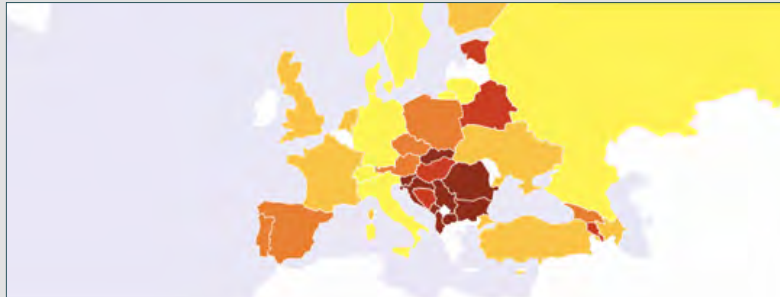
Abb. 3.2 bis 3.5 zeigen den Anteil der Menschen in den europäischen Ländern, die jede der vier Regierungsformen der Demokratie-Autokratie-Präferenz für (sehr oder eher) gut geeignet halten.

Abb. 3.2 Anteil der Personen, die es für (sehr oder eher) gut halten, eine starke Führungsperson zu haben, die sich nicht mit Parlament oder Wahlen befassen muss



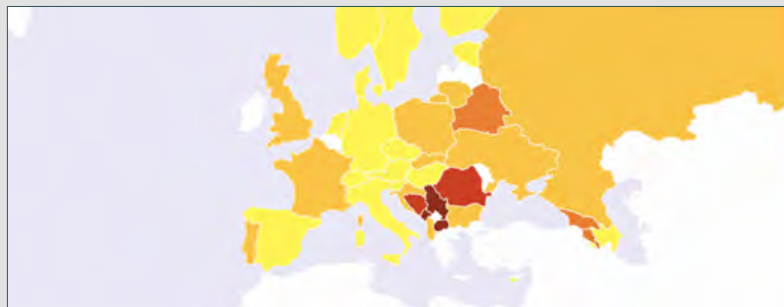
Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 3.3 Anteil der Personen, die es für (sehr oder eher) gut halten, wenn Fachleute statt der Regierung Entscheidungen treffen, die sie für das Beste für das Land halten



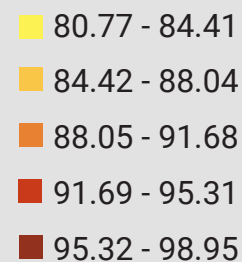
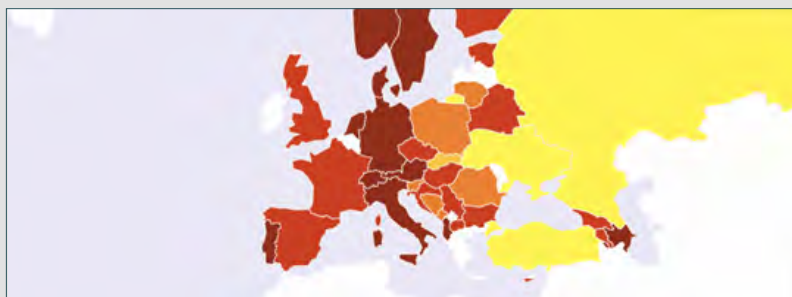
Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 3.4 Anteil der Personen, die es für (sehr oder eher) gut halten, wenn die Armee das Land regiert



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 3.5 Anteil der Personen, die es für (sehr oder eher) gut halten, ein demokratisches politisches System zu haben



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

hängt eng mit **politischem Vertrauen** zusammen. Dieses bezieht sich auf das Vertrauen in Institutionen auf der repräsentativen Seite des politischen Systems – also in Parlament, politische Parteien und Regierung. Wichtig ist die Unterscheidung zu Institutionen auf der umsetzenden Seite des politischen Systems, die die alltäglichen Aufgaben der Gesellschaft übernehmen, wie Verwaltung, Polizei oder Justiz (Rothstein & Stolle, 2008; siehe auch Kapitel 8 über Gerechtigkeit).

Politisches Vertrauen kann konkret gemessen werden, zum Beispiel mit folgender Frage (EVS, 2017):

Wie viel Vertrauen haben Sie in:

- **das Parlament**
- **Politische Parteien**
- **die Regierung**

Würden Sie sagen, Sie haben (1) sehr viel, (2) ziemlich viel, (3) nicht sehr viel oder (4) gar kein Vertrauen?

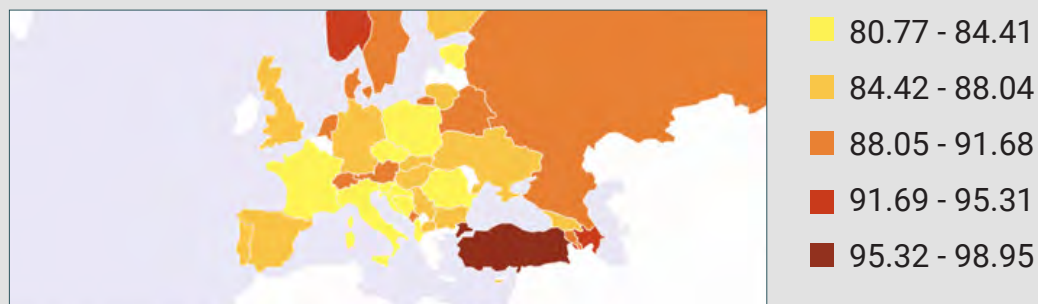
Abb. 3.6 bis 3.8 zeigen Unterschiede im politischen Vertrauen (jeweils für jedes Element separat) zwischen den europäischen Ländern.

Abb. 3.6 Anteil der Personen, die sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in das Parlament haben



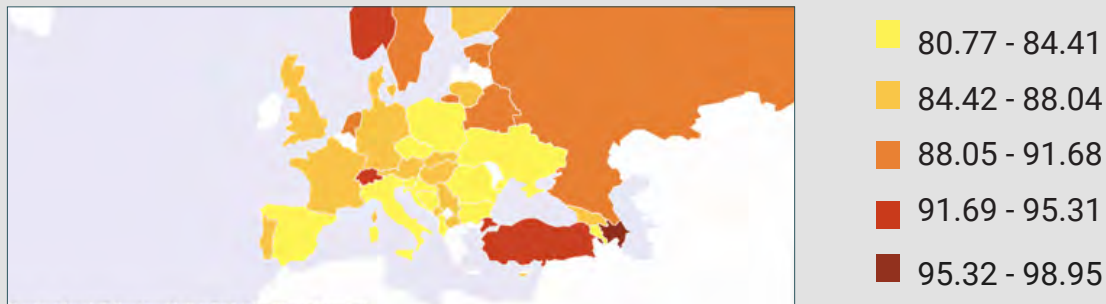
Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 3.7 Anteil der Personen, die sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in politische Parteien haben



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 3.8 Anteil der Personen, die sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Regierung haben



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Es ist wichtig zu betonen, dass spezifische politische Unterstützung recht volatil ist, also sich schnell und leicht verändern kann (Reeskens et al., 2020). Diese Form der Unterstützung ist inhaltsabhängig, da sie vom Funktionieren politischer Institutionen (Hetherington, 1998; Norris, 2011), von der wirtschaftlichen Lage (van Erkel & van der Meer, 2016) sowie vom individuellen Wohlbefinden abhängt (Catterberg & Moreno, 2006). Sie spiegelt daher eher kurzfristige Zufriedenheit mit konkreten Ergebnissen wider – also, wie gut Menschen die Arbeit der Regierung zu einem bestimmten Zeitpunkt einschätzen (Easton, 1965).

In vielen Demokratien bestehen hohe und stabile Werte diffuser politischer Unterstützung neben schwankenden oder sinkenden Werten spezifischer Unterstützung (Van der Meer, 2019). So kann Demokratie im Allgemeinen hoch geschätzt werden, während das Vertrauen in Regierung oder Parteien in Krisenzeiten sinkt. Diese Kombination aus stabiler Demokratieunterstützung und wechselndem Institutionenvertrauen galt früher als problematisch, da geringes Vertrauen als Risiko für die Stabilität demokratischer Systeme gesehen wurde. Hohe

Vertrauenswerte galten lange als Garant stabiler Demokratien und als wesentlicher Bestandteil einer bürgerlichen politischen Kultur (Almond & Verba, 1963).

Heute sehen viele Forschende darin jedoch den Aufstieg des „**kritischen Bürgers**“ (Van der Meer, 2019: 17): Menschen schätzen Demokratie weiterhin, sind aber kritischer gegenüber politischen Institutionen. Sie hinterfragen deren Arbeit und bewerten das Handeln von Regierung und Führungspersonen reflektierter.



3.3 Unterschiede in demokratischen Werten zwischen europäischen Ländern

Beim Vergleich demokratischer Werte zwischen europäischen Ländern ist wichtig zu wissen, dass viele Staaten – auch ehemals autokratische – im Laufe der Zeit demokratischer geworden sind

Systemen. In Osteuropa hingegen entstanden demokratische Strukturen erst nach dem Zusammenbruch des Kommunismus im späten 20. Jahrhundert. Mit wachsender demokratischer Erfahrung stieg dort die Unterstützung für demokratische Regierungsformen, während die Zustimmung zu autokratischen Systemen abnahm – ein Wandel, der auf zunehmende Demokratieerfahrung zurückzuführen ist (Haerpfer, 2008).



(Huntington, 1993). Daher legen die Menschen in Europa heute großen Wert darauf, demokratisch regiert zu werden. Besonders in west- und nordeuropäischen Ländern ist die diffuse politische Unterstützung sehr hoch. Warum ist das so?

Eine erste Erklärung liegt in den unterschiedlichen Demokratietraditionen. Westeuropäische Länder verfügen über eine **längere demokratische Geschichte**; ihre Bürger:innen leben seit Jahrzehnten unter stabilen demokratischen

Eine zweite Erklärung betrifft die Leistungsfähigkeit der Demokratie. In Ländern, in denen die Menschen das Gefühl haben, dass **Demokratie gut funktioniert** und effizient ist, ist die Unterstützung für demokratische Regierungsführung höher (Ferrín & Kriesi, 2016). Diese Wahrnehmung hängt oft mit den **wirtschaftlichen Bedingungen** eines Landes zusammen. Die Unterstützung für Demokratie kann daher als Bewertung ihres (wirtschaftlichen) Nutzens ver-



standen werden (Waldron-Moore, 1999). Hohe demokratische Werte finden sich besonders in wohlhabenden und sozial ausgeglichenen Ländern. Andersen (2012) betont dabei, dass der Grad der Ungleichheit wichtiger ist als der des wirtschaftlichen Wohlstands. Auch die **Korruptionswahrnehmung** spielt eine Rolle: Wo Menschen glauben, dass Politik korrupt ist, ist die Unterstützung für Demokratie geringer (Moreno, 2002). Allerdings weisen Karp und Milazzo (2015) darauf hin, dass die Unterstützung nicht direkt von Wirtschaftslage oder Korruption abhängt, sondern eher von einer Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie. Dieses demokratische Misstrauen erklärt teilweise, warum Menschen in Osteuropa Demokratie tendenziell weniger stark befürworten als in West- und Nordeuropa.

Schließlich zeigen Studien, dass Bürger:innen in hoch entwickelten Industriestaaten – mit stabilen politischen Systemen und starker Wirtschaft – de-

mokratische Werte stärker unterstützen (Dalton & Ong, 2005). Wie bereits in Kapitel 2 erläutert, argumentiert Inglehart (1997), dass Menschen in wohlhabenden Gesellschaften von materiellen Werten wie Sicherheit und Überleben zu **postmateriellen Werten** wie Freiheit, Selbstverwirklichung und Mitbestimmung übergehen. Daher messen diese Länder der Demokratie besonders hohen Wert bei, weil ihre Bürger:innen stärker auf individuelle Rechte, Freiheit und Gleichheit fokussiert sind.

3.4 Individuelle Unterschiede in demokratischen Werten: gesellschaftliche Gruppen

Bisher haben wir Unterschiede in den demokratischen Werten zwischen Ländern betrachtet. Doch die oben beschriebenen theoretischen Ansätze helfen auch, Unterschiede zwischen Individuen innerhalb eines Landes zu erklären. Wichtige Faktoren sind dabei Einkommen, Bildung, Alter, Geschlecht und Religion.

Zunächst können **Einkommen** und **Bildung** die demokratischen Einstellungen beeinflussen. Menschen mit geringem Einkommen oder **wirtschaftlichen Schwierigkeiten** empfinden Demokratie manchmal als wenig hilfreich. Dadurch sind sie oft weniger zufrieden mit der Regierung und haben weniger Vertrauen in politische Institutionen, was ihre Unterstützung für Demokratie schwächen kann (Andersen, 2012). Ein ähnliches Muster zeigt sich bei Personen mit niedrigerem Bildungsniveau. Sie erleben häufiger instabile Lebenssituationen und neigen daher eher zu distanzierteren Einstellungen gegenüber demokratischen Werten. Bildung spielt zudem eine wichtige sozialisierende Rolle: Schulen vermitteln demokratische Normen wie Meinungsfreiheit, Wahlen und Respekt vor den Rechten anderer (Pallas, 2000). Menschen mit höherer Bildung **verstehen diese Prinzipien meist besser** und unterstützen daher demokratische Werte stärker (Ferrín & Kriesi, 2016; Hakhverdian & Mayne, 2012). Dies passt zu Ingleharts Theorie (1997), wonach mit steigendem Wohlstand postmaterialistische Werte wie Freiheit und Mitbestimmung wichtiger werden. Höher gebildete Menschen konzentrieren sich eher auf diese Werte und

unterstützen daher Demokratie stärker.

Ingleharts Ansatz erklärt auch **Generationsunterschiede**. Jüngere Generationen wuchsen in Zeiten von Wohlstand und sozialer Sicherheit auf. Da sie weniger um Grundbedürfnisse wie Nahrung oder Unterkunft kämpfen mussten, konnten sie sich stärker auf Selbstentfaltung und Freiheit konzentrieren. Sie vertreten daher häufiger **postmaterialistische Werte** wie Demokratie, Menschenrechte und Gleichberechtigung (Inglehart, 1997). Neuere Studien zeigen jedoch, dass die jüngsten Kohorten autoritären Systemen etwas aufgeschlossener gegenüberstehen als frühere Generationen (Eatwell & Goodwin, 2018; Foa & Mounk, 2016; 2017; Wuttke, Gavras & Schoen, 2022). Diese Entwicklung hängt mit wirtschaftlicher Unsicherheit zusammen: Trotz allgemeinem Wohlstand fühlen sich viele junge Menschen benachteiligt – etwa durch befristete Arbeitsverträge, Wohnungsnot, Inflation und die Bedrohung durch Kriege (Muis & Reeskens, 2022).

Zudem spielen **Geschlecht** und **Religion** eine Rolle. Forschungen zeigen, dass Frauen – insbesondere in Osteuropa – tendenziell weniger stark demokratische Werte unterstützen als Männer (Oakes, 2002). Gründe hierfür sind nicht eindeutig, könnten aber mit traditionelleren Einstellungen oder geringerer gesellschaftlicher Teilhabe zusammenhängen. Auch religiöse Menschen vertreten oft traditionellere Ansichten, was die Unterstützung demokratischer Werte schwächen kann. Andere Studien betonen jedoch, dass Religion auch demokratische Haltungen fördern kann (Meyer, Topper & Price, 2008): Religiöse Personen zeigen häufig hohes Vertrauen in Institutionen, halten sich an gesellschaftliche Regeln und unter-

stützen demokratische Grundnormen.

Abschließend ist wichtig zu betonen, dass die Sozialwissenschaften Wahrscheinlichkeiten, keine Gewissheiten untersuchen. Wenn also gesagt wird: „Menschen in Ländern mit weniger Korruption schätzen Demokratie stärker“, bedeutet das nicht, dass dies auf jede einzelne Person zutrifft. Es heißt nur, dass es wahrscheinlicher ist. Individuelle Einstellungen hängen immer von vielen Faktoren ab. Ziel ist es, Muster und Tendenzen zu erkennen, nicht starre Gesetzmäßigkeiten – Ausnahmen gibt es auf individueller wie auf nationaler Ebene.

3.5 Schlussfolgerung

In diesem Kapitel wurde gezeigt, dass Demokratie zwar in unterschiedlichen Formen existiert, sich jedoch zu einem universellen Wert entwickelt hat. Demokratische Werte sind eng mit dem Konzept der politischen Unterstützung verknüpft, das sich in diffuse Unterstützung (allgemeine Überzeugungen über demokratische Werte, z. B. die Bedeutung demokratischer Regierungsführung oder Demokratie-Autokratie-Präferenzen) und spezifische Unterstützung (Vertrauen in Regierung und politische Institutionen) gliedert. Während diffuse politische Unterstützung, geprägt durch frühe Lebenserfahrungen, über die Zeit relativ stabil bleibt, kann spezifische Unterstützung rasch schwanken, da sie von der Leistung der Regierung abhängt.

Unterschiede in demokratischen Werten zwischen Ländern lassen sich durch Demokratietraditionen, Funktionsweise der Demokratie, wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Korruptionsniveau und post-

materialistische Werte erklären. Auch innerhalb der Länder zeigen sich Unterschiede: Personen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten, geringerer Bildung oder aus älteren (sowie den jüngsten) Generationen unterstützen Demokratie tendenziell weniger stark. Zudem können Geschlecht und Religiosität die Unterstützung für Demokratie beeinflussen.

Gleichzeitig bleibt wichtig, dass Demokratie ein vielschichtiges Konzept ist. Ihre Bedeutung und Ausprägung variieren je nach historischem und kulturellem Kontext. Das gilt ebenso für andere Regierungsformen – Begriffe wie „starke Führung“ oder „Rolle des Militärs“ werden je nach Geschichte unterschiedlich verstanden. Demokratische Werte sind daher ein komplexes Phänomen, und es gibt zahlreiche Ausnahmen zu den genannten Mustern.



Schließlich hat Demokratie viele Ebenen: Dieses Kapitel konzentrierte sich auf die nationale Ebene, doch demokratische Strukturen existieren auch auf supra-nationaler, regionaler und lokaler Ebene – sowie außerhalb des öffentlichen Bereichs, etwa in Familien, Unternehmen und Schulen.

Beispielhafte Unterrichtsstrategie:

“INSERT”

Kontroverses Diskussionsthema:
“Das beste politische System ist eines mit einer starken Führungsperson.”

Lesetext: Zum Beispiel ein Text über den Aufstieg des Populismus in Europa.

Erklärende Theorien: Postmaterialistische Werte, soziales Vertrauen, autoritäre Werte.



Siehe: <https://atlasofeuropeanvalues.eu/materials.html>

Literaturverzeichnis

Acemoglu, D. & Robinson, J.A. (2005). *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*. New York: Cambridge University Press.

Akkerman, T. (2003). Populism and democracy: Challenge or pathology?. *Acta Politica*, 38(2), 147-159.

Archibugi, D., & Held, D. (1995). *Cosmopolitan democracy*. New York.

Ariely, G., & Davidov, E. (2012). Assessment of measurement equivalence with cross-national and longitudinal surveys in political science. *European Political Science*, 11(3), 363-377.

Andersen, R. (2012). Support for democracy in cross-national perspective: The detrimental effect of economic inequality. *Research in Social Stratification and Mobility*, 30(4), 389-402.

Benhabib, S. (2009). Cosmopolitanism and democracy: affinities and tensions. *The Hedgehog Review*, 11(3), 30-42.

Bermeo, N. (2009). Poverty, Inequality, and Democracy (II): Does Electoral Democracy Boost Economic Equality? *Journal of Democracy*, 20(4), 21-35.

Cassam, Q. (2019). *Conspiracy theories*. John Wiley & Sons.

Dalton, J. R., & Ong, N. T. (2005). Authority orientations and democratic attitudes: A test of the 'Asian values' hypothesis. *Japanese Journal of Political Science*, 6(2), 211-231

Easton, D. (1965). *A Systems Analysis*

of Political Life. New York: Wiley.

Eatwell, R., & Goodwin, M. J. (2018). *National populism: The revolt against liberal democracy*. Pelican Books.

Esping-Andersen, G., & Myles, J. (2009). Economic inequality and the welfare state. In Salverda, W., Nolan, B. & Smeeding, T.M. (eds.). *The Oxford Handbook of Economic Inequality*. Oxford University Press

Dalton, R. J., Shin, D. C., & Jou, W. (2007). Understanding democracy: Data from unlikely places. *Journal of Democracy*, 18(4), 142-156.

Ferrín, M., & Kriesi, H. (Eds.). (2016). *How Europeans view and evaluate democracy*. Oxford University Press.

Foa, R. S., & Mounk, Y. (2016). The danger of deconsolidation: the democratic disconnect. *Journal of democracy*, 27(3), 5-17.

Foa, R. S., & Mounk, Y. (2017). The signs of deconsolidation. *Journal of democracy*, 28(1), 5-15.

Freire, A. (2006). Left-right ideological identities in new democracies: Greece, Portugal and Spain in the Western European context. *Pôle Sud*, 25(2), 153-173.

Inglehart, R. (1971). The silent revolution in Europe: Intergenerational change in post-industrial societies. *American Political Science Review*, 65(4), 991-1017.

Inglehart, R. (1977) *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, R. (1981). Post-materialism in an environment of insecurity. *American Political Science Review*, 75(4), 880-900.

Inglehart, R. (1997) *Modernization and postmodernization: Cultural, economic, and political change in 43 societies*, Princeton: Princeton University Press

Inglehart, R., & Abramson, P. R. (1999). Measuring postmaterialism. *American Political Science Review*, 93(3), 665-677.

Inglehart, R., & Baker, W. E. (2000). Modernization, cultural change, and the persistence of traditional values. *American Sociological Review*, 19-51.

Inglehart, R., Norris P. & Welzel C. (2002). Gender Equality and Democracy. *Comparative Sociology*, 1(3-4), 235-264.

Inglehart, R., & Welzel, C. (2005). *Modernization, cultural change, and democracy: The human development sequence*. Cambridge University Press.

Jou, W. (2011). How do citizens in East Asian democracies understand left and right? *Japanese Journal of Political Science*, 12(1), 33-55.

Haerpfer, C. W. (2008). Support for Democracy and Autocracy in Russia and the Commonwealth of Independent States, 1992–2002. *International Political Science Review*, 29(4), 411-431.

Hakhverdian, A., & Mayne, Q. (2012). Institutional trust, education, and corruption: A micro-macro interactive approach. *The Journal of Politics*, 74(3), 739–750.

Held, D., & Maffettone, P. (2017). Moral Cosmopolitanism and Democratic Va-

lues. *Global Policy*, 8, 54-64.

Hilmer, J. D. (2010). The state of participatory democratic theory. *New Political Science*, 32(1), 43-63.

Huntington, S. P. (1993). *The third wave: Democratization in the late twentieth century (Vol.4)*. University of Oklahoma Press.

Karp, J. A., & Milazzo, C. (2015). Democratic scepticism and political participation in Europe. *Journal of Elections, Public Opinion & Parties*, 25(1), 97-110.

Kim, H., & Fording, R.C. (1998). Voter ideology in Western democracies, 1946-1989. *European Journal of Political Research*, 33(1), 73-97.

Lipset, S. M. (1960). *Political man: The social bases of politics*. Garden City, NY: Doubleday.

Maslow, A. H. (1943). A theory of human motivation. *Psychological Review*, 50(4), 370.

McCoy, J., Rahman, T., & Somer, M. (2018). Polarization and the global crisis of democracy: Common patterns, dynamics, and pernicious consequences for democratic polities. *American Behavioral Scientist*, 62(1), 16-42.

Meyer, K., Tope, D., & Price, A. M. (2008). Religion and support for democracy: A crossnational examination. *Sociological Spectrum*, 28(5), 625-653.

Moore, A. (2018). Conspiracies, conspiracy theories and democracy. *Political Studies Review*, 16(1), 2-12.

Moreno, A. (2002). Corruption and de-

mocracy: A cultural assessment. *Comparative Sociology*, 1(3-4), 495-507.

Mudde, C., & Kaltwasser, C. R. (2012). *Populism in Europe and the Americas: Threat or corrective for democracy?*. Cambridge University Press.

Mudde, C., & Kaltwasser, C. R. (2017). *Populism: A very short introduction*. Oxford University Press.

Muis, Q., & Reeskens, T. (2022). De jeugd van tegenwoordig: Moeten we ons zorgen maken over een autoritaire terugslag onder jongeren?. In *Raadselen van de maatschappij: Honderd jaar sociologie in Nederland* (pp. 255-267). Uitgeverij Van Genneep.

Newton, K., and Norris, P. (2000). Confidence in Public Institutions, pp. 52-73 in S. J. Pharr and R. D. Putnam (eds.). *Disaffected Democracies: What's Troubling the Trilateral Countries*. Princeton: Princeton University Press.

Norris, P. (2011). *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.

Oakes, A. C. (2002). Gender differences in support for democracy. *Social Structure: Changes and Linkages*, 157-173.

Pallas, A.M. (2000). The Effects of Schooling on Individual Lives. Pp 449-525 in Hallinan, M.T. (Ed.) *Handbook of the Sociology of Education*. New York: Kluwer Academic/Plenum Publishers.

Pedahzur, A., & Weinberg, L. (2001). Modern European democracy and its enemies: the threat of the extreme right. *Totalitarian Movements and Political Religions*, 2(1), 52-72.

Reeskens, T., Muis, Q., Sieben, I., Vandecasteele, L., Luijkx, R., & Halman, L. (2020). Stability or change of public opinion and values during the coronavirus crisis? Exploring Dutch longitudinal panel data. *European Societies*, 1-19.

Reich, G. (2002). Categorizing political regimes: New data for old problems. *Democratization*, 9(4), 1-24.

Reiljan, A. (2020). 'Fear and loathing across party lines'(also) in Europe: Affective polarisation in European party systems. *European journal of political research*, 59(2), 376-396.

Rosenblum, N. L., & Muirhead, R. (2019). *A lot of people are saying: The new conspiracism and the assault on democracy*. Princeton University Press.

Rothstein, B. & Stolle, D. (2008). The state and social capital: An institutional theory of generalized trust. *Comparative Politics*, 40, 441-459.

Svolik, M. W. (2019). Polarization versus democracy. *Journal of Democracy*, 30(3), 20-32.

Waldron-Moore, P. (1999). Eastern Europe at the crossroads of democratic transition: Evaluating support for democratic institutions, satisfaction with democratic government, and consolidation of democratic regimes. *Comparative Political Studies*, 32(1), 32-62.

Wesołowski, W. (1990). Transition from authoritarianism to democracy. *Social Research*, 52(2), 435-461.

Wuttke, A., Gavras, K., & Schoen, H. (2022). Have Europeans grown tired of

democracy? New evidence from eighteen consolidated democracies, 1981–2018. *British Journal of Political Science*, 52(1), 416-428.

Van Deth, J.W., & Geurts, P.A. (1989). Value orientation, left-right placement and voting. *European Journal of Political Research*, 17(1), 17-34.

Van der Meer, T. (2019) Political trust and the “crisis of democracy”. In *Oxford research encyclopedia of politics*. Oxford: Oxford University Press.

Zmerli, S. & Newton, K. (2008). Social Trust and Attitudes Toward Democracy. *Public Opinion Quarterly*, 72(4), 706-724.

Dieses Kapitel basiert auf dem theoretischen Hintergrundbericht zur Demokratie, der unter www.atlasofeuropeanvalues.eu verfügbar ist. Wir haben einige neue Elemente ergänzt und die Literatur aktualisiert. Außerdem wurde ChatGPT mit der Eingabeaufforderung verwendet: “could you please improve this text to make it more accessible for democracy and civic education in secondary schools”.

Pluralismus

Kapitel 4





Zusammenfassung

Pluralismus ist die Idee, dass Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, Kulturen, Überzeugungen und Meinungen in einer demokratischen Gesellschaft zusammenleben können. Pluralismus als Wert spiegelt sich im Motto der Europäischen Union wider: „In Vielfalt geeint“.

Pluralistische Werte hängen mit Ingroup- und Outgroup-Denken zusammen; sie verlangen Respekt und Akzeptanz gegenüber Outgroups, wie religiösen Minderheiten und Migrant:innen. (In)Toleranz gegenüber Outgroups beruht im Allgemeinen auf zwei Prinzipien: (1) wahrgenommene Bedrohung, also das Gefühl von Konkurrenz um knappe kulturelle (Normen und Traditionen) oder wirtschaftliche (Arbeitsplätze, Güter) Ressourcen, und (2) Kontakt, der konstruktiv ist (basiert auf Gleichheit, Kooperation, gemeinsamen Zielen, wird von Autoritäten, Gesetzen oder Bräuchen unterstützt und ist nachhaltig).

Pluralismus wird in Ländern mit (wahrgenommen) größeren Migrant:innengruppen, schlechteren makroökonomischen Bedingungen, kulturell weiter entfernten Gruppen und größerer religiöser Vielfalt weniger geschätzt.

Pluralismus wird von Personen mit geringerem Einkommen und Bildungsniveau, von Männern, von Menschen, die in städtischen Gebieten leben, und von religiösen Personen weniger hoch bewertet. Die Umsetzung in der Demokratiebildung an weiterführenden Schulen kann erreicht werden, indem der Fokus auf konkrete, messbare Aspekte gelegt wird, wie zum Beispiel:

- Keine Gruppen wie Jüd:innen, Rom:nja, Muslim:innen, Christ:innen, Menschen anderer Hautfarbe oder Migrant:innen als Nachbar:innen haben wollen (*soziale Distanz gegenüber religiösen und ethnischen Bevölkerungsgruppen*)
- Gefühle kultureller oder wirtschaftlicher Konkurrenz gegenüber Migrant:innen (*wahrgenommene ethnische Bedrohung*)

>> Beispielhafte Unterrichtsstrategie: “Schachbrett”

4.1 Einführung

Pluralismus ist die Vorstellung, dass Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, Kulturen, Traditionen und Überzeugungen gemeinsam in einer Gesellschaft leben können. In diesem Sinn ist er eine Deutung sozialer Vielfalt (Yumatile, 2015): Pluralismus erkennt an, dass Individuen (oder Gruppen von Individuen) oft verschiedene Meinungen, Sichtweisen und Interessen haben, die sich nicht immer eindeutig ordnen oder vollständig zu einer einzigen Lösung verbinden lassen. Daher fördert er Respekt gegenüber Vielfalt und unterstützt die Idee, dass keine einzelne Art zu denken oder zu leben allen vorgeschrieben werden sollte. Pluralismus ist somit vorteilhaft für eine Demokratie, da er offene Debatten, vielfältige Perspektiven und gemeinsames Entscheiden stärkt. Schließlich

liegt Macht in einer Demokratie nicht bei einer einzigen Elite (oder einer Gruppe von Eliten), sondern verteilt sich auf verschiedene wirtschaftliche und ideologische Gruppen.

Pluralismus steht im Herzen der Europäischen Union, was sich in ihrem Motto „In Vielfalt geeint“ widerspiegelt. Die EU hat sich ausdrücklich zum Ziel gesetzt, ihre reiche kulturelle und sprachliche Vielfalt zu achten, wie in Artikel 3 des Vertrags von Lissabon festgelegt ist. https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/principles-and-values/aims-and-values_de

Die wichtigste Grundannahme des Pluralismus ist daher, dass unterschiedliche Gruppen von Menschen mehr oder weniger friedlich in einer Gesellschaft zusammenleben. Natürlich können Gruppenunterschiede zu Meinungsverschiedenheiten oder Konkurrenz



führen. Auch in pluralistischen Gesellschaften wird eine Unterscheidung zwischen „wir“ (der Gruppe, mit der wir uns identifizieren; auch „Ingroup“ genannt) und „ihnen“ (oder „den anderen“, also „Outgroups“) empfunden (vgl. Winter, 2011). Entscheidend im Pluralismus ist jedoch, dass es gegenseitigen Respekt und Akzeptanz gegenüber diesen Unterschieden und Outgroups gibt. In diesem Kapitel konzentrieren wir uns auf zwei Outgroups, um pluralistische Werte zu beschreiben: religiöse Minderheitengruppen und Migranten. Zu beachten ist, dass beide eng miteinander verbunden sind, da Migranten ihre eigenen religiösen und kulturellen Traditionen in das Aufnahmeland mitbringen, die sich häufig von den religiösen Traditionen der einheimischen Mehrheit unterscheiden. Beide werden daher von Mehrheitsbevölkerungen oft als Außenstehende betrachtet (vgl. Ceobanu & Escandell, 2010) und sind anfällig für Vorurteile, Diskriminierung und gelegentlich sogar Gewalt. Ebenso ist zu bedenken, dass Migration kein neues Phänomen ist, heute jedoch stärker als je zuvor durch die Globalisierung beeinflusst wird. Das bedeutet, dass Migranten aus einer immer größeren Zahl von Herkunftsländern kommen, was in den Zielländern zu größerer Vielfalt hinsichtlich Ethnie, Kultur und Religion führt (De Haas, Castles & Miller, 2020). Europa ist somit zu einem multikulturellen Flickenteppich mit Millionen neuer Migranten geworden (Zick, Pettigrew & Wagner, 2008: 235).

Forschungen bestätigen die weit verbreitete Existenz negativer Einstellungen gegenüber Outgroups im Allgemeinen sowie gegenüber religiösen Gruppen und Migranten im Besonderen in allen europäischen Ländern (Scheepers et al., 2002; Ceobanu & Escandell, 2010).

Allerdings gibt es, wie wir unten zeigen werden, Unterschiede in pluralistischen Werten zwischen Ländern sowie zwischen Individuen innerhalb der Länder.

4.2 Pluralismus-Werte: wahrgenommene Bedrohung und Kontakt zu Fremdgruppen

Um Einstellungen gegenüber Fremdgruppen zu erklären, bieten die Sozialwissenschaften zwei zentrale theoretische Rahmen. Der erste ist die **Konkurrenztheorie**, die Gedanken der realistischen Gruppenkonflikttheorie und der sozialen Identitätstheorie verbindet (Scheepers et al., 2002). Sie erklärt, warum manche Menschen negative Einstellungen gegenüber Gruppen entwickeln, die sich von der eigenen unterscheiden, etwa religiösen Minderheiten oder Migranten. Die Grundidee lautet: Wenn Menschen das Gefühl haben, dass ihre Gruppe um knappe Ressourcen konkurriert, können sie andere Gruppen als Bedrohung wahrnehmen. Diese Ressourcen können materielle Güter wie Arbeitsplätze, bezahlbarer Wohnraum oder Zugang zu staatlicher Unterstützung sein (Billiet, Meuleman & De Witte, 2014). Doch es geht nicht nur um materielle Aspekte: Auch kulturelle Werte und Traditionen können als bedroht empfunden werden, wenn Minderheiten oder Migranten andere religiöse oder kulturelle Praktiken mitbringen (Manevska & Achterberg, 2013). Konflikte können daher auch um Werte, Identität oder nationale Traditionen entstehen (Schneider, 2008). Zudem können Meldungen über Terroranschläge negative Einstellungen weiter verstärken, weil sie akute Bedrohungsgefühle erhöhen und die Wahrnehmung von Migrationsrisiken verstärken (Böhmelt, Bove

& Nussio, 2020). Insgesamt gilt: Sowohl wirtschaftliche als auch kulturelle Bedrohungen richten sich primär gegen die Ressourcen oder den Status der eigenen Gruppe (Lancee & Pardos-Prado, 2013). Da Gruppen in der Gesellschaft um knappe Güter konkurrieren, empfinden Einheimische Outgroups wie Migranten als bedrohlich. Dies verstärkt soziale (Gegen-)Identifikation: Menschen identifizieren sich stärker mit ihrer Ingroup (Turner et al., 1987), empfinden Stolz und vergleichen sich mit Outgroups, um ihr Selbstbild zu stabilisieren. Wenn Individuen sowohl wirtschaftliche als auch kulturelle Bedrohung wahrnehmen

keine tatsächliche Konkurrenz besteht, können Menschen Outgroups als Gefahr für Arbeitsplätze, Kultur oder Lebensweise ansehen (Blalock, 1967).

Der zweite theoretische Ansatz ist optimistischer und betont die Möglichkeiten, Vorurteile und negative Einstellungen abzubauen: die **Kontakttheorie** (Allport, 1966). Sie geht davon aus, dass positive Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer, religiöser oder kultureller Herkunft Angst reduzieren und Verständnis fördern. Damit dies gelingt, muss der Kontakt konstruktiv sein – also auf Gleichberechtigung,

Kooperation und gemeinsamen Zielen beruhen, institutionell unterstützt werden und von gewisser Dauer sein. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann Kontakt tatsächlich mehr Verständnis und weniger Vorurteile erzeugen. Forschung bestätigt dies eindeutig: Je mehr konstruktiven Kontakt Menschen mit Migranten haben, desto weniger negativ sind ihre Einstellungen (Pettigrew & Tropp, 2006; Pettigrew, Wagner & Christ, 2010).

und sich zugleich stark mit der eigenen Gruppe identifizieren, entstehen häufiger negative Einstellungen gegenüber Minderheiten und Migranten. Wichtig ist dabei, dass diese Bedrohungen nicht real sein müssen; entscheidend ist die subjektive Wahrnehmung. Selbst wenn

Wichtig ist, dass Konkurrenz- und Kontakttheorie sehr unterschiedliche und teils gegensätzliche Erklärungen für Einstellungen zu Fremdgruppen liefern. Konkurrenztheorie betont, dass die An-



wesenheit von Outgroups Konkurrenzgefühle auslöst – etwa um Jobs, Wohnraum oder kulturellen Einfluss – und dadurch Bedrohungsgefühle und Ablehnung verstärkt. Die Kontakttheorie hingegen unterstreicht, dass dieselbe Präsenz von Outgroups auch Chancen für positive und bedeutsame Begegnungen schafft. Wenn Menschen verschiedener Gruppen respektvoll und gleichberechtigt interagieren, fühlen sie sich weniger bedroht und entwickeln eher positive Einstellungen.

4.2.1. Anwendung pluralistischer Werte: soziale Distanz gegenüber religiösen und ethnischen Fremdgruppen

Wie oben erwähnt, ist Pluralismus die Vorstellung, dass Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und Traditionen – oder in unserem Fall: Menschen verschiedener religiöser und ethnischer Herkunft – miteinander leben können. Dies knüpft an die oben beschriebene Kontakttheorie sowie an das von Bogardus (1967) eingeführte und gemessene Konzept der sozialen Distanz an. Sozialer Abstand bezieht sich nach seiner Ansicht auf das Maß an Verständnis und Nähe zwischen Individuen oder sozialen Gruppen; dieser Abstand ist zwischen Mitgliedern von Outgroups häufig größer als zwischen Mitgliedern der Ingroup. Vorurteil ist wiederum die automatische Reaktion, bei der jemand es vorzieht, Distanz zu Personen anderer sozialer Gruppen zu wahren. Um diese soziale Distanz zu messen, nutzte Bogardus (1967) verschiedene Grade von Nähe – von Verwandtschaft über Vereinsmitgliedschaft, Nachbarschaft, Zusammenarbeit bis hin zur gemeinsamen Staatsbürgerschaft.

Wendet man das Konzept **sozialer Distanz gegenüber religiösen und ethnischen Fremdgruppen** im Rahmen der Demokratiebildung in der Sekundarstufe an, kann man die konkrete Messung nach Bogardus nutzen, etwa in Bezug auf das „Nachbarschaft“-Kriterium, wie in dieser Frage (EVS, 2017):

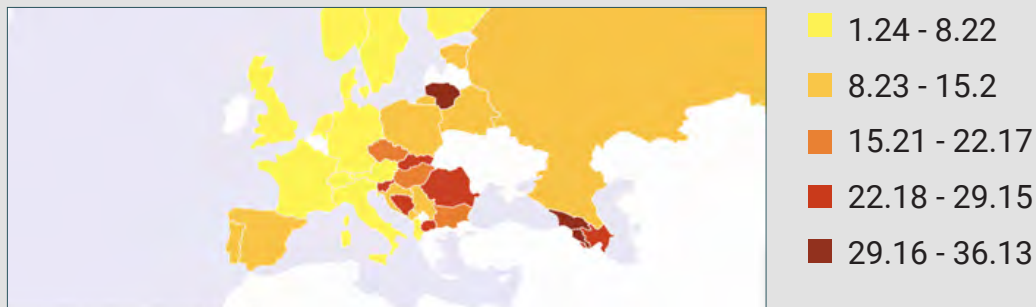
Gibt es Gruppen von Menschen, die Sie ungern als Nachbarn hätten

- *Juden*
- *Roma*
- *Muslime*
- *Christen*
- *Menschen einer anderen „Rasse“*
- *Migranten*



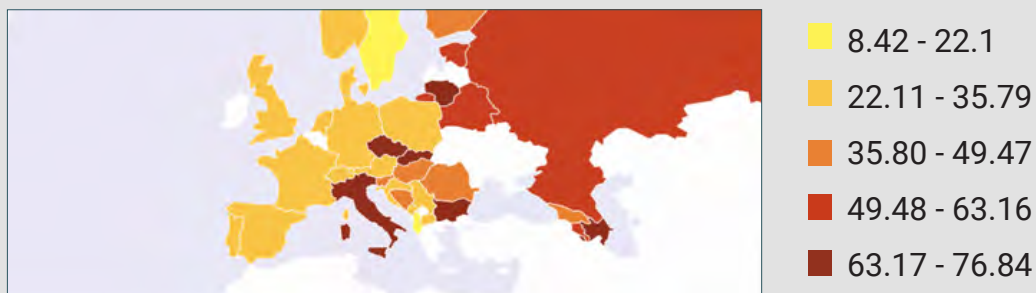
Abb. 4.1 bis 4.6 zeigen Unterschiede in der sozialen Distanz zu religiösen und ethnischen Outgroups in den Ländern Europas.

Abb. 4.1 Anteil der Personen, die ungern Juden als Nachbarn hätten



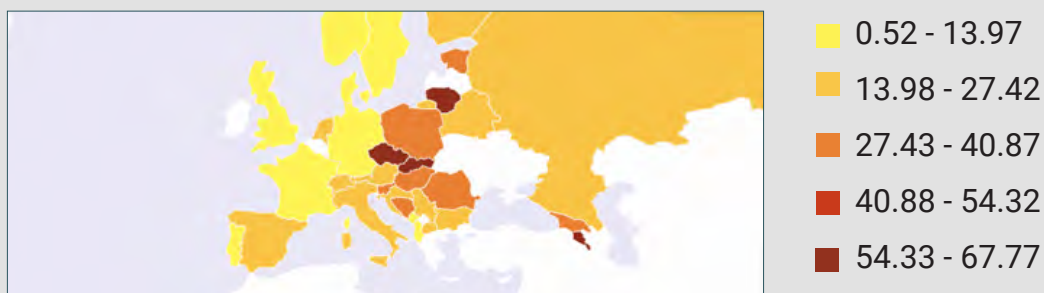
Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Figure 4.2 Anteil der Personen, die ungern Roma („Zigeuner“) als Nachbarn hätten



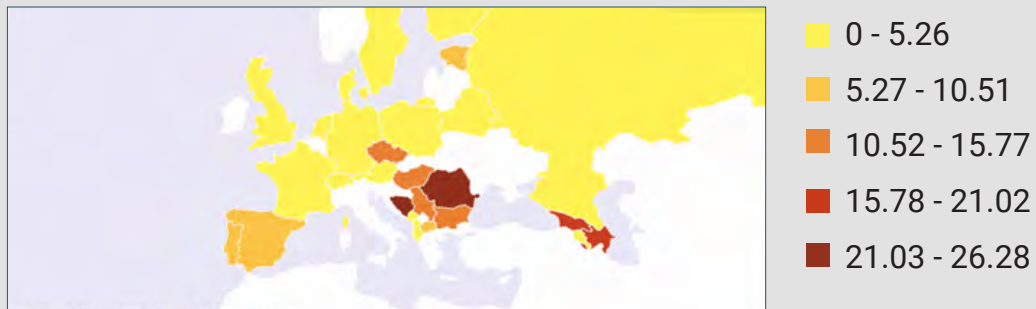
Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Figure 4.3 Anteil der Personen, die ungern Muslime als Nachbarn hätten



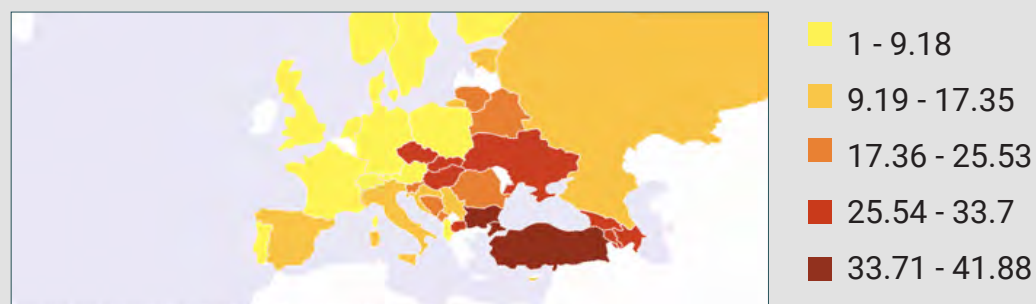
Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 4.4 Anteil der Personen, die ungern Christen als Nachbarn hätten



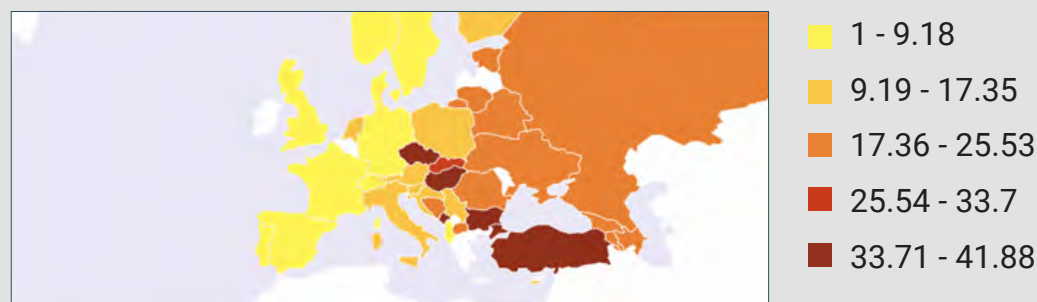
Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 4.5 Anteil der Personen, die ungern Menschen einer anderen „Rasse“ als Nachbarn hätten



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 4.6 Anteil der Personen, die ungern Migranten oder Gastarbeiter als Nachbarn hätten



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

4.2.2. Anwendung pluralistischer Werte: wahrgenommene ethnische Bedrohung

Ein weiterer Zugang zu pluralistischen Werten besteht darin, wahrgenommene Bedrohung zu betrachten – ein Konzept, das sich mit der oben beschriebenen Konkurrenztheorie verbinden lässt. Wendet man dieses Konzept auf Migranten an, lässt sich **wahrgenommene ethnische Bedrohung** konkret wie folgt messen (EVS, 2017):

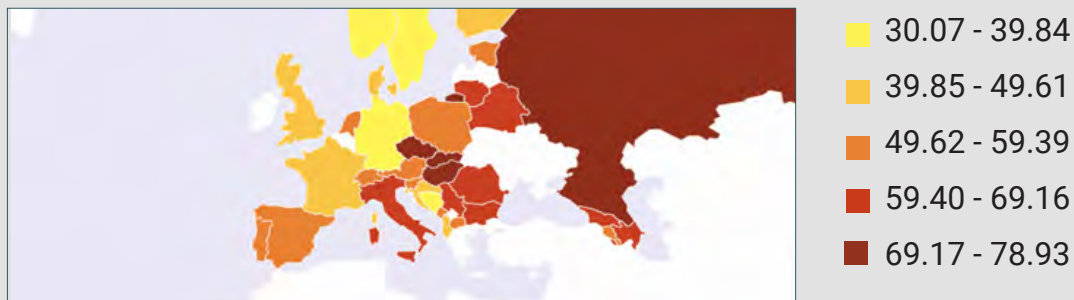


Bitte betrachten Sie die folgenden Aussagen und geben Sie an, wo Sie Ihre Meinung auf dieser Skala (1–10) einordnen würden?

- (1) Zuwanderer nehmen den Bürgern eines Landes Arbeitsplätze weg TO (10) Zuwanderer nehmen den Bürgern eines Landes keine Arbeitsplätze weg*
- (2) Zuwanderer verschlimmern die Kriminalitätsprobleme TO (10) Zuwanderer verschlimmern die Kriminalitätsprobleme nicht*
- (3) Zuwanderer belasten das Sozialsystem eines Landes TO (10) Zuwanderer belasten das Sozialsystem eines Landes nicht*
- (4) Es ist besser, wenn Zuwanderer ihre eigenen Bräuche und Traditionen beibehalten TO (10) Es ist besser, wenn Zuwanderer ihre eigenen Bräuche und Traditionen nicht beibehalten*

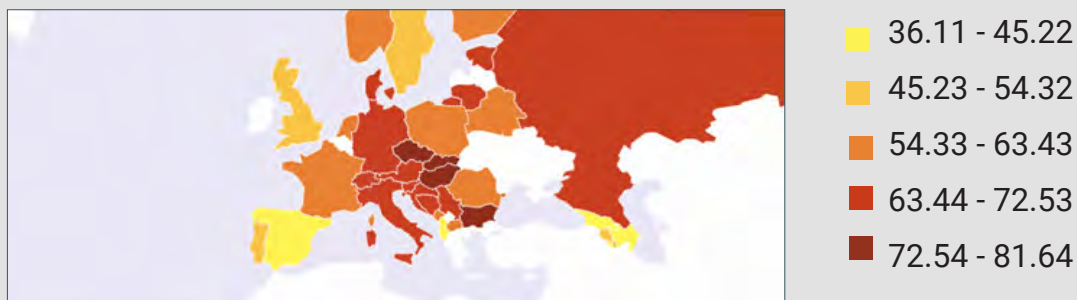
Abb. 4.7 bis 4.10 zeigen Unterschiede in der wahrgenommenen ethnischen Bedrohung zwischen den Ländern Europas.³

Abb. 4.7 Durchschnittliche Einschätzung auf einer Skala von 0-100: Zuwanderer nehmen den Bürgern eines Landes Arbeitsplätze weg



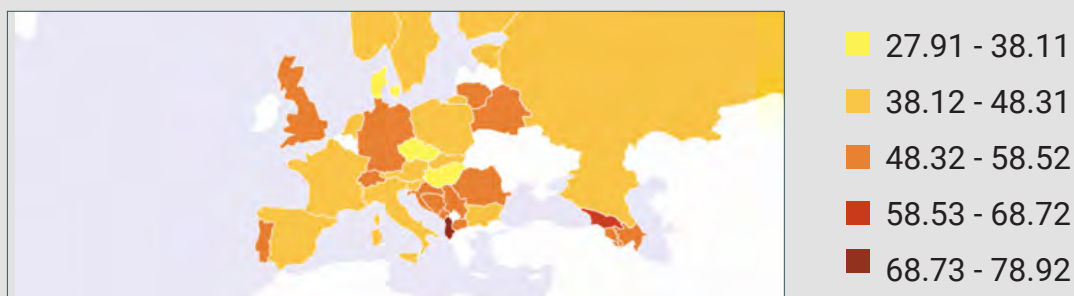
Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 4.8 Durchschnittliche Einschätzung auf einer Skala von 0-100: Zuwanderer verschlimmern die Kriminalitätsprobleme



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 4.9 Durchschnittliche Einschätzung auf einer Skala von 0-100: Zuwanderer belasten das Sozialsystem eines Landes



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

³ Die Einstellungen wurden aus den Originalfragen rekodiert und in eine Skala von 0-100 überführt.

Abb. 4.10 Durchschnittliche Einschätzung auf einer Skala von 0–100: Es ist besser, wenn Zuwanderer ihre eigenen Bräuche und Traditionen beibehalten



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

4.3 Unterschiede in pluralistischen Werten zwischen den Ländern Europas

Wir können die beiden zuvor beschriebenen theoretischen Ansätze – Konkurrenz- und Kontakttheorie – heranziehen, um Unterschiede in pluralistischen Werten zwischen europäischen Ländern zu erklären. Die Situation in jedem Land kann wirtschaftliche und kulturelle Konkurrenz (verbunden mit wahrgenommener Bedrohung) verstärken oder abschwächen und beeinflusst zugleich, wie wahrscheinlich positive Interaktionen zwischen Gruppen sind (verbunden mit sozialer Distanz).

Betrachten wir zunächst die Konkurrenz, die in Ländern größer ist, in denen Güter knapper sind. Dies hängt von zwei Elementen ab: (a) der Größe von In- und Outgroups in der Gesellschaft und (b) der Menge der Ressourcen, um die diese Gruppen konkurrieren (Schneider, 2008). Bleibt die Menge der Ressour-

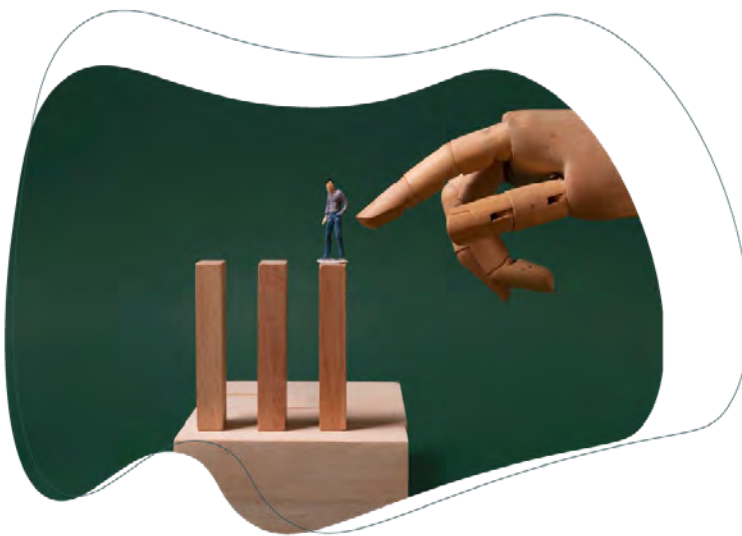
cen gleich, erhöht ein größerer Zustrom von **Outgroups** die Konkurrenz, da mehr Menschen um dieselben knappen kulturellen (z. B. Normen und Traditionen) und wirtschaftlichen (z. B. Sozialleistungen, Arbeitsplätze, Wohnraum) Güter ringen. Viele Studien bestätigen einen Zusammenhang zwischen der Größe von Migrantengruppen und der Wahrnehmung ethnischer Bedrohung (Ceobanu & Escandell, 2010), während andere keine signifikanten Effekte finden (Billiet, Meuleman & De Witte, 2014). Weitere Forschung zeigt jedoch, dass nicht die tatsächliche, sondern die wahrgenommene Größe der Migrantengruppe entscheidend ist – und dass Menschen diese häufig überschätzen (Semyonov, Raijman, Tov & Schmidt, 2004).

Der zweite Aspekt betrifft die wirtschaftlichen Ressourcen eines Landes, die durch **makroökonomische Bedingungen** bestimmt werden. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten – bei geringem Wachstum oder höherer Arbeitslosigkeit – haben viele Menschen das Ge-

fühl, stärker um Jobs, Geld und andere Ressourcen konkurrieren zu müssen. Dadurch können Personen mit anderer ethnischer Herkunft eher als Bedrohung wahrgenommen werden, besonders wenn ihnen der Zugang zu denselben Ressourcen zugeschrieben wird. Studien zeigen, dass Veränderungen im wirtschaftlichen Wachstum einen größeren Einfluss auf die Wahrnehmung ethnischer Bedrohung haben als Verän-

Bedrohung wahrgenommen werden.

Forschung zeigt darüber hinaus, dass Individuen in Ländern mit **hoher religiöser Vielfalt** stärkere Spannungen zwischen Gruppen empfinden (Scheepers, Gijsberts & Hello, 2002). In solchen religiös diversen Gesellschaften entsteht mehr kulturelle Konkurrenz, weil religiöse Gruppen um Einfluss und Anhänger ringen. Seit den 1960er-Jahren hat zudem die Konkurrenz zwischen religiösen und säkularen Sichtweisen in Europa zugenommen (Stolz et al., 2016), was die Spaltung zwischen Gruppen weiter verstärkt. In Ländern, die bereits religiös vielfältig sind, kann die Ankunft von Migranten mit unterschiedlichen religiösen Traditionen die Wahrnehmung ethnischer Bedrohung und sozialer Distanz zusätzlich erhöhen.



derungen in der Arbeitslosigkeit allein (Billiet, Meuleman & De Witte, 2014).

Analog steigt wahrgenommene ethnische Bedrohung und soziale Distanz, wenn kulturelle Konkurrenz zunimmt. Migration kann nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle Konflikte über Symbole, nationale Einheit sowie Normen und Werte verstärken – insbesondere, wenn religiöse Minderheiten oder Migrantengruppen **kulturell weit von der Mehrheitsbevölkerung entfernt** sind. Ciftci (2012) argumentiert etwa, dass muslimische Migranten in vielen westlichen Gesellschaften aufgrund unterschiedlicher Werte und symbolischer Praktiken häufiger als kulturelle

4.4 Individuelle Unterschiede in pluralistischen Werten: Gruppen in der Gesellschaft

Bisher haben wir Unterschiede in pluralistischen Werten zwischen Ländern betrachtet und dafür die theoretischen Ansätze der wahrgenommenen ethnischen Bedrohung und des Kontakts herangezogen. Diese Ansätze können jedoch auch dabei helfen, Unterschiede zwischen Individuen innerhalb von Ländern zu erklären. Dabei betrachten wir sozioökonomische Position, Bildung, Alter, Geschlecht, Urbanisierung und Religion als wichtige Faktoren.

Wahrgenommene ethnische Bedrohung

Bildung oder geringem Einkommen, Arbeitslosen und Geringqualifizierten (Billiet, Meuleman & De Witte, 2014). Diese Gruppen haben häufig ähnliche Arbeitsplätze oder ökonomische Positionen wie viele Migranten und könnten daher das Gefühl haben, um dieselben Ressourcen – etwa Jobs, Wohnraum oder Sozialleistungen – zu konkurrieren. Selbst wenn die Konkurrenz nicht real ist, kann das Gefühl, gegenüber anderen zurückzufallen, Migranten als Bedrohung für das eigene Wohlergehen erscheinen lassen.

Ähnliche Argumente gelten für Gruppen nach Alter, Geschlecht und Urbanisierung. **Jüngere Menschen** könnten beim Eintritt in den Arbeitsmarkt stärkere Konkurrenz durch (junge) Migranten er-



und soziale Distanz gegenüber religiösen und ethnischen Outgroups gelten als höher unter **sozioökonomisch vulnerablen Personen** wie jenen mit niedriger

leben, während ältere aufgrund bereits etablierter beruflicher Positionen weniger betroffen wären. Daher könnten Jüngere anfälliger für wahrgenommene

ethnische Bedrohung und soziale Distanz sein. Männer sind häufiger im Erwerbsleben aktiv und dadurch stärker wirtschaftlicher Konkurrenz ausgesetzt. Zudem leben die meisten Migranten in Städten, wodurch Konkurrenz um materielle Güter wie Arbeitsplätze oder Wohnraum in städtischen Gebieten höher sein kann (Schneider, 2008). Konkurrenzgefühle setzen reale oder potenzielle Mitbewerber voraus – eine Situation, die eher in urbanen Räumen besteht. Gleichzeitig bieten Städte mehr Vielfalt und somit mehr Gelegenheiten für positiven, gleichberechtigten und nachhaltigen Kontakt. Solcher konstruktive Kontakt führt zu positiveren Erfahrungen mit religiösen und ethnischen Outgroups und damit zu weniger sozialer Distanz und Bedrohungswahrnehmung.

Auch Bildung spielt eine wichtige Rolle. Personen mit geringerer **Bildung** können sich nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell stärker bedroht fühlen – etwa durch Sorgen, eigene Werte oder Traditionen zu verlieren. Bildung fördert kritisches Denken und Wissen über andere Kulturen; daher sind höher Gebildete meist besser in der Lage, kulturelle Unterschiede zu verstehen und Vielfalt positiv zu sehen (Manevska & Achterberg, 2011). Personen mit niedriger Bildung haben zudem oft mehr alltäglichen Kontakt zu Migranten, besonders am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft. Wenn dieser Kontakt nicht konstruktiv ist, macht er stärker auf kulturelle Unterschiede aufmerksam und kann die Sorge vor Konflikten verstärken. Forschung zeigt deshalb, dass geringere Bildung häufig mit stärkerer ethnischer Bedrohungswahrnehmung verbunden ist (Scheepers, Gijsberts & Hello, 2002).

Schließlich können Konkurrenz und Kon-

flikte auch mit **Religion** zusammenhängen. Religiöse Personen können sich durch Migranten mit anderen religiösen Überzeugungen oder kulturellen Traditionen unwohl oder bedroht fühlen, besonders wenn diese deutlich von ihren eigenen abweichen. Ciftci (2012) zeigt etwa, dass in vielen westlichen, mehrheitlich christlichen Kontexten muslimische Migranten als kulturelle oder religiöse Bedrohung wahrgenommen werden können, da ihre Werte und Praktiken nicht mit christlichen Traditionen übereinstimmen oder sogar im Widerspruch stehen.

In den Sozialwissenschaften suchen wir beim Erklären von Unterschieden in der Unterstützung pluralistischer Werte nach allgemeinen Mustern – zwischen Ländern ebenso wie zwischen Individuen. Diese Muster sind probabilistisch, nicht deterministisch. Probabilistisch bedeutet, dass ein Ergebnis wahrscheinlicher wird, wenn ein bestimmender Faktor vorliegt; deterministisch würde bedeuten, dass es immer eintreten muss. Strikte Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge sind in den Sozialwissenschaften selten. Menschen sind komplex, und ihre Werte hängen von vielen Faktoren ab. Wenn wir also sagen, dass Personen in Ländern mit rückläufigem Wirtschaftswachstum Pluralismus weniger unterstützen, weil sie mehr ethnische Bedrohung und größere soziale Distanz empfinden, heißt das nicht, dass dies für alle gilt – nur, dass die Wahrscheinlichkeit dafür höher ist. Wir betrachten also Tendenzen, nicht feste Regeln, und es kann auf individueller wie auf Länderebene Ausnahmen geben.

4.5 Schlussfolgerung

In diesem Kapitel haben wir Pluralismus als die Vorstellung definiert, dass Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, Kulturen, Überzeugungen und Meinungen gemeinsam in einer demokratischen Gesellschaft leben können. Pluralismus ist jedoch nicht so leicht zu erreichen, wie oft angenommen wird, da Menschen häufig in In- und Outgroups denken. In der Regel identifizieren sich Individuen mit ihrer eigenen Ingroup. Um eine positive Unterscheidung der eigenen Gruppe zu erreichen, vergleichen sie diese mit Outgroups, also mit Menschen aus anderen Kulturen oder Traditionen. Gleichzeitig führen solche Vergleiche oft zu negativen Einstellungen gegenüber diesen Outgroups, da sie Stereotype und Vorurteile verstärken. In diesem Kapitel haben wir Einstellungen gegenüber religiösen und ethnischen Outgroups betrachtet: die gefühlte Distanz zu ihnen (etwa das Nicht-Wollen von Juden, Roma, Muslimen, Christen, Menschen „anderer Rasse“ oder Migranten als Nachbarn) sowie wahrgenommene ethnische Bedrohung (Gefühle von Konkurrenz um kulturelle und wirtschaftliche Ressourcen mit Migranten). Toleranz gegenüber diesen – und anderen – Outgroups steht mit zwei Perspektiven in Zusammenhang: wahrgenommener Bedrohung und Kontakt. Erstens fühlen sich Personen, die glauben, mit Outgroups um knappe Ressourcen zu konkurrieren (kulturelle Normen und Traditionen oder wirtschaftliche Güter wie Arbeitsplätze und Wohnraum), stärker bedroht. Dies macht sie negativer und weniger offen für Pluralismus. Zweitens gilt: Wer mehr (konstruktiven) Kontakt mit Outgroups hat, empfindet ihnen gegenüber weniger Negativität und

unterstützt Pluralismus häufiger. Unterschiede im Pluralismus zwischen Ländern werden beeinflusst durch Faktoren wie die Größe von Outgroups und ihre kulturelle Distanz, makroökonomische Bedingungen sowie religiöse Vielfalt. Individuelle Unterschiede innerhalb von Ländern hängen mit sozioökonomischer Position, Bildung, Alter, Geschlecht, Urbanisierung und Religion zusammen.

Bei der Diskussion von Pluralismus und Unterschieden zwischen Ländern und Individuen im Kontext von Migration ist es wichtig zu betonen, dass sich nicht leicht definieren lässt, was genau ein Migrant ist. In Europa umfasst Migration sehr unterschiedliche Gruppen. Man kann zum Beispiel zwischen temporärer und permanenter, legaler und irregulärer, erzwungener und freiwilliger Migration unterscheiden. Außerdem lassen sich Migranten nach ihren Beweggründen einteilen: Arbeitsmigration, Familiennachzug, Flucht, Asyl oder Umsiedlung (Samers & Collyer, 2017). Der Begriff „Migrant“ ist daher vielschichtig und aufgrund unterschiedlicher Migrationsgeschichten und -politiken nicht in allen Ländern Europas gleich. Wie Anderson (2013) betont, kann die Einteilung von Migranten in verschiedene Kategorien eine „Wir-gegen-sie“-Politik verstärken. Migration ist dadurch politisiert worden und zu einem zentralen Thema nationaler und internationaler politischer Debatten geworden (De Haas, Castles & Miller, 2020).

Schließlich ist es wichtig zu betonen, dass der Wert des Pluralismus nicht nur Toleranz gegenüber religiösen und ethnischen Outgroups umfasst, sondern auch Vielfalt in vielen anderen Bereichen. Man kann an Unterschiede in kulturellen Traditionen, Lebensstilen oder an ande-

re Minderheiten denken, die ebenfalls als Outgroups wahrgenommen werden können, etwa Mitglieder der LGBTIQA+-Community. Einige dieser Aspekte besprechen wir in Kapitel 5 über Freiheit.

Beispielhafte Unterrichtsstrategie:

„Schachbrett“

Kontroverses Diskussionsthema:
„Ich möchte keinen Migranten als Nachbarn..“

Erklärende Theorien: Kontakttheorie; Modernisierungstheorie



Siehe: <https://atlasofeuropeanvalues.eu/materials.html>

Literaturverzeichnis

Adorno, T.W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D.J. & Sanford, R.N. (1950). *The Authoritarian Personality*. Harper.

Anderson, B. (2013). *Us and Them? The Dangerous Politics of Immigration Control*. Oxford: Oxford University Press.

Billiet, J., Meuleman, B., & De Witte, H. (2014). The relationship between ethnic threat and economic insecurity in times of economic crisis: Analysis of European Social Survey data. *Migration Studies*, 2(2), 135-161.

Blalock, H.M. (1967). *Toward a Theory of Minority Group Relations*. New York: John Wiley.

Bogardus, E. S. (1967). *A forty-year racial distance study*. Los Angeles: University of Southern California Press.

Böhmelt, T., Bove, V., & Nussio, E. (2020). Can terrorism abroad influence migration attitudes at home?. *American Journal of Political Science*, 64(3), 437-451.

Ceobanu, A. M., & Escandell, X. (2010). Comparative analyses of public attitudes toward immigrants and immigration using multinational survey data: A review of theories and research. *Annual Review of Sociology*, 36, 309-32.

Ciftci, S. (2012). Islamophobia and threat perceptions: Explaining anti-Muslim sentiment in the West. *Journal of Muslim Minority Affairs*, 32(3), 293-309.

De Haas, H., Castles, S. & Miller, M.J. (2020). *The Age of Migration*. Interna-

tional Population Movements in the Modern World. London: Red Globe Press.

Inglehart, R. (1997). Modernization and postmodernization: Cultural, economic, and political change in 43 societies. Princeton University Press.

Inglehart, R., & Baker, W. E. (2000). Modernization, cultural change, and the persistence of traditional values. *American Sociological Review*, 19-51.

Inglehart, R., Norris, P., & Ronald, I. (2003). Rising tide: Gender equality and cultural change around the world. Cambridge University Press.

Herreros, F., & Criado, H. (2009). Social trust, social capital and perceptions of immigration. *Political studies*, 57(2), 337-355.

Lancee, B., & Pardos-Prado, S. (2013). Group conflict theory in a longitudinal perspective: Analyzing the dynamic side of ethnic competition. *International Migration Review*, 47(1), 106-131.

Lipset, S. M. (1959). Political man: The social bases of politics. Garden City, NY: Doubleday.

Manevska, K., & Achterberg, P. (2011). Immigration and perceived ethnic threat: Cultural capital and economic explanations. *European Sociological Review*, 29(3), 437-449.

Matthes, J., & Schmuck, D. (2017). The Effects of Anti-Immigrant Right-Wing Populist Ads on Implicit and Explicit Attitudes: A Moderated Mediation Model. *Communication Research*, 44(4), 556-581.

McLaren, L. M. (2012). The cultural divide in Europe: Migration, multiculturalism, and political trust. *World politics*, 64(2), 199-241.

Mieriņa, I., & Koroļeva, I. (2015). Support for far right ideology and anti-migrant attitudes among youth in Europe: A comparative analysis. *The Sociological Review*, 63, 183-205.

Pettigrew, T. F., Wagner, U., & Christ, O. (2010). Population ratios and prejudice: Modelling both contact and threat effects. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 36(4), 635-650.

Pettigrew, T. F., Tropp, L. R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. *Journal of Personality and Social Psychology*, 90: 751-783.

Samers, M. & Collyer, M. (2017). Migration. London: Routledge.

Scheepers, P., Gijsberts, M., & Coenders, M. (2002). Ethnic exclusionism in European countries. Public opposition to civil rights for legal migrants as a response to perceived ethnic threat. *European Sociological Review*, 18(1), 17-34.

Scheepers, P., Gijsberts, M., & Hello, E. (2002). Religiosity and prejudice against ethnic minorities in Europe: Cross-national tests on a controversial relationship. *Review of Religious Research*, 242-265.

Schneider, S. L. (2008). Anti-immigrant attitudes in Europe: Outgroup size and perceived ethnic threat. *European Sociological Review*, 24(1), 53-67.

Semyonov, M., Raijman, R., Tov, A. Y., & Schmidt, P. (2004). Population size, perceived threat, and exclusion: A multiple-

indicators analysis of attitudes toward foreigners in Germany. *Social Science Research*, 33(4), 681-701.

Stolz, J., Könnemann, J., Purdie, M. S., Englberger, T., & Krüggeler, M. (2016). (Un) believing in modern society: religion, spirituality, and religious-secular competition. London: Routledge.

Van Setten, M., Scheepers, P., & Lubbers, M. (2017). Support for restrictive immigration policies in the European Union 2002–2013: The impact of economic strain and ethnic threat for vulnerable economic groups. *European Societies*, 19(4), 440-465.

Winter, E. (2011). *Us, them, and others: Pluralism and national identity in diverse societies*. University of Toronto Press.

Yumantle, C. (2015). Pluralism. In Gibbens, M. (Ed.). *The Encyclopedia of Political Thought*. John Wiley & Sons.

Zick, A., Pettigrew, T. F., & Wagner, U. (2008). Ethnic prejudice and discrimination in Europe. *Journal of Social Issues*, 64(2), 233-251.

Dieses Kapitel basiert auf dem theoretischen Hintergrundbericht zu Migration, der unter www.atlasofeuropeanvalues.eu verfügbar ist. Wir haben neue Elemente ergänzt und die Literatur aktualisiert. Zudem wurde ChatGPT mit dem Prompt „Could you please improve this text to make it more accessible for democracy and civic education in secondary schools?“ verwendet.

Freiheit

Kapitel 5





Zusammenfassung

Die EU basiert auf dem Wert der Freiheit, der die allgemeine Vorstellung umfasst, dass jeder sein Leben so führen kann, wie er es möchte – ohne Druck oder Zwang durch Behörden oder andere Menschen.

Freiheitswerte stehen in Zusammenhang mit Toleranz und Respekt gegenüber unterschiedlichen Lebensstilen und Meinungen. Prozesse der Modernisierung, Individualisierung und Säkularisierung haben den Einfluss von Autoritäten wie religiösen Institutionen verringert und zu einer Zunahme von Werten geführt, die Autonomie und Selbstentfaltung betonen. Diese Entwicklungen ermöglichen es Individuen, freie und eigenständige Entscheidungen zu treffen. Zudem fördern sie Permissivität: die Akzeptanz moralischer Fragen, die als Teil des Privatlebens gelten, etwa sexuelle Freiheit oder Entscheidungen über Leben und Tod.

Freiheit wird stärker geschätzt in Ländern mit höherem wirtschaftlichem Wohlstand und höherem Maß an Säkularisierung.

Freiheit wird stärker geschätzt von Individuen mit höherem Einkommen und Bildungsniveau, die in städtischen Gebieten leben, die religiös sind und die jünger sind.

Die Umsetzung im Rahmen der Demokratiebildung in der Sekundarstufe kann durch die Fokussierung auf konkrete Messgrößen erfolgen, wie zum Beispiel:

- Gefühl, vollkommen freie Wahl und Kontrolle über das eigene Leben zu haben (Gefühl der freien Entscheidung).
- Rechtfertigung von Homosexualität, Abtreibung, Scheidung und Euthanasie (Permissivität).

>> Beispielhafte Unterrichtsstrategie: "Meinungslinie"

5.1 Einführung

Freiheit im Allgemeinen ist die Vorstellung, dass jeder Mensch sein Leben so führen kann, wie er es für richtig hält – ohne Druck oder Zwang seitens der Behörden oder anderer Personen. Individuen verdienen Respekt für die Entscheidungen, die sie treffen, auch wenn diese Entscheidungen von denen anderer Mitglieder der Gesellschaft abweichen. Freiheit bedeutet auch, dass Menschen diese Entscheidungen frei äußern können: Sie haben das Recht, unterschiedliche Meinungen zu vertreten (Gedankenfreiheit) und diese offen mit anderen zu diskutieren (Meinungsfreiheit). In diesem Sinne ist Freiheit eng mit Demokratie verbunden, aber auch mit anderen Werten wie Pluralismus und Gleichheit (Beetham, 2004; Dunn & Singh, 2014). Auf gesellschaftlicher Ebene

ne kann Freiheit daher zu mehr Inklusion und sozialem Zusammenhalt führen (Vollhardt, Migacheva & Tropp, 2009)

Die EU basiert auf dem Wert der Freiheit. Individuelle Freiheitsrechte – etwa das Recht auf Privatleben, Gedankenfreiheit, Religionsfreiheit, Versammlungsfreiheit sowie Meinungs- und Informationsfreiheit – sind in der Charta der Grundrechte (Kapitel II) geschützt.

https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/principles-and-values/aims-and-values_de

Diese Definition von Freiheit beinhaltet Toleranz und Respekt dafür, wie andere Menschen ihr Leben führen, denn Freiheit bedeutet nicht nur, so zu leben, wie man selbst möchte; sie bedeutet auch, anderen zu erlauben, so zu leben, wie sie es wählen. Wenn wir Freiheit für uns selbst wollen, müssen wir auch anderen dieselbe Freiheit zugestehen – selbst dann, wenn wir nicht immer mit ihnen



„I detest everything you write, but I would give my life for it so that you can continue to write it.“

Voltaire in the words of Hall (1906)

übereinstimmen. Ein bekanntes Zitat, das oft dem französischen Denker Voltaire zugeschrieben wird, bringt das Konzept der Toleranz gut auf den Punkt:

Das würde bedeuten, dass Toleranz wie eine zweistufige Rakete funktioniert: In einem ersten Schritt kommt es zur Konfrontation mit Äußerungen oder Verhaltensweisen, die Missbilligung hervorrufen, zum Beispiel weil sie dem widersprechen, was die meisten Menschen als „normal“ betrachten (allgemeine gesellschaftliche Normen). In einem zweiten Schritt jedoch unterdrückt die betroffene Person diesen Reflex der Missbilligung und wird tolerant: Sie erlaubt abweichendes Verhalten und zeigt Toleranz und Respekt gegenüber Menschen, die anders sind.

Forschung zeigt, dass Freiheit in Europa einen hohen Stellenwert hat, die Unterstützung dafür aber zwischen Ländern sowie zwischen Gruppen innerhalb eines Landes variiert (z. B. Halman et al., 2022), wie wir auch im Folgenden zeigen werden.

5.2. Freiheitswerte: Gefühl freier Wahl und Permissivität

Wie oben erwähnt, bedeutet Freiheit, Entscheidungen ohne Druck oder Zwang durch Behörden oder andere Menschen zu treffen. Was wir für unser Leben wählen, hängt davon ab, was wir als gut, gerecht, fair oder richtig betrachten. Dies steht in engem Zusammenhang mit dem Konzept der Moral: dem Wissen darüber, was richtig und falsch ist, was Menschen tun sollten und was nicht. Moral verweist somit auf eine Reihe normativer Standards, die unser Verhalten und den Umgang mit anderen leiten.

In der Vergangenheit wurden moralische Standards von kollektiven Autoritäten wie religiösen Institutionen vorgegeben. Prozesse der **Modernisierung, Individualisierung und Säkularisierung** haben jedoch zu einem **Autoritätsverlust** und einer wachsenden anti-institutionellen Stimmung geführt (Inglehart, 1997). Individuen verlassen sich daher weniger auf traditionelle Autoritäten, um ihnen zu sagen, was gut oder schlecht ist, woran sie

glauben sollen oder wie sie leben sollen. Stattdessen wollen immer mehr Menschen selbst entscheiden, was für sie richtig ist. Laut Modernisierungstheorie (siehe auch Kapitel 2) wird dies durch steigenden materiellen Wohlstand verur-

Darüber hinaus ziehen mit der Modernisierung mehr Menschen in Städte, und das Leben wird komplexer (Welzel et al., 2003). In Städten gibt es mehr Möglichkeiten, vielen verschiedenen Menschen zu begegnen und mit ihnen zu interagie-



sacht, der zu einem Wertewandel führt: weg von traditionellen Werten, die sich auf Sicherheit und Überleben konzentrieren, hin zu postmaterialistischen Werten, die **persönliche Autonomie** und **Selbstausdruck** betonen (Inglehart, 1997). Modernisierung geht zudem mit steigenden Bildungsniveaus einher. Dadurch sind immer mehr Menschen in der Lage – und empfinden das Bedürfnis –, autonome Entscheidungen zu treffen, anstatt einfach Regeln zu befolgen, die andere festgelegt haben (Inglehart & Welzel, 2005).

ren, doch die Grundlage menschlicher Beziehungen ist anders als in kleinen, ländlichen Gemeinschaften. Dort kennen sich Menschen oft über familiäre Bindungen oder gegenseitige Abhängigkeiten. In Städten hingegen beruhen Beziehungen stärker auf persönlicher Wahl und gegenseitigem Respekt. Menschen entscheiden selbst, mit wem sie sich verbinden möchten – basierend auf gemeinsamen Interessen oder Zielen. Das bedeutet auch, dass es in Städten weniger **soziale Kontrolle** gibt: weniger Druck,

traditionellen Regeln zu folgen oder sich auf eine bestimmte Weise zu verhalten, nur weil die Gemeinschaft es erwartet.

Das Stadtleben konfrontiert Menschen mit vielen verschiedenen Lebensstilen, Überzeugungen und Kulturen. Lockere soziale Bindungen, weniger soziale Kontrolle und die Begegnung mit **Viel-falt** führen zu geringerer Akzeptanz von Konformitätsnormen. Wenn Individuen „von strukturellen Zwängen befreit“ werden (Beck, 1992: 2), nimmt die „Rolle der Subjektivität“ zu (Courtois & Laermans, 2018: 61). Das bedeutet, dass Menschen zunehmend ihre eigenen Entscheidungen darüber treffen, was sie als gut oder schlecht betrachten – unabhängig von kollektiven Autoritäten oder Traditionen.

All diese Prozesse machen Individuen offener für die Idee, dass jeder die Freiheit haben sollte, auf seine eigene Weise zu leben und freie Entscheidungen zu treffen. Dies gilt insbesondere für Themen, die dem privaten statt dem öffentlichen Bereich zugerechnet werden, wie sexuelle Freiheit oder Entscheidungen über Leben und Tod (Halman & Van Ingen, 2015). Solche Fragen werden heute als zutiefst persönliche Entscheidungen betrachtet.

Auch hier hatten traditionelle Autoritäten wie religiöse Institutionen früher starke und oft konservative Meinungen, die strikte Regeln vorgaben und wenig Freiheit oder Vielfalt im privaten Leben zuließen (Draulans & Halman, 2005). Doch da die Gesellschaft sich zunehmend auf individuelle Freiheit und Selbstaussdruck konzentriert und Religion im öffentlichen Leben eine kleinere Rolle spielt (durch den Prozess der Säkularisierung), übernehmen Menschen mehr Verantwortung für ihre eigenen moralischen Entscheidungen.

Entscheidungen, die früher durch religiöse Regeln bestimmt wurden, werden heute zunehmend dem Individuum überlassen. Dies hat zu mehr Freiheit, Toleranz und einer offenen, permissiven Gesellschaft geführt: Menschen akzeptieren, dass andere sehr unterschiedliche persönliche Entscheidungen treffen können.

5.2.1. Anwendung von Freiheitswerten: Gefühl freier Wahl

Wie oben erwähnt, ist Freiheit die grundlegende Idee, dass jeder Mensch sein Leben so leben kann, wie er es wählt – ohne Druck oder Zwang durch Behörden oder andere Personen. Freiheit bezieht sich somit auf die Fähigkeit, die Gelegenheit und die Autonomie des Individuums, freie Entscheidungen zu treffen.

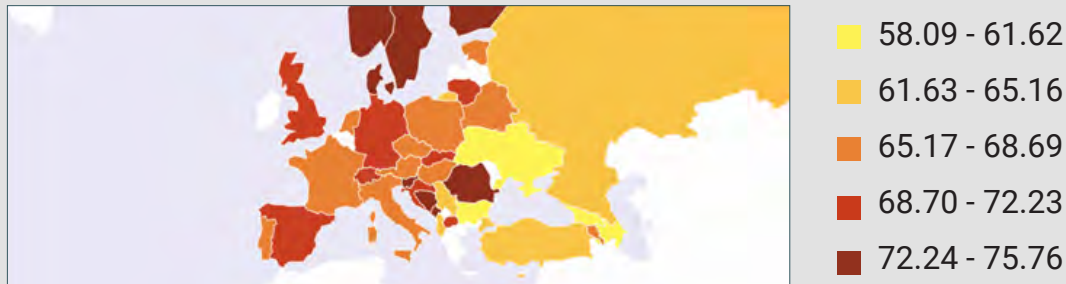
Wir können dieses Konzept des **Gefühls freier Wahl** in der Bildung für demokratische Bürgerschaft in der Sekundarstufe durch eine konkrete Messung umsetzen, zum Beispiel mithilfe der folgenden Frage (EVS, 2017):

Manche Menschen haben das Gefühl, dass sie vollkommen freie Wahl und Kontrolle über ihr Leben haben, während andere das Gefühl haben, dass ihr Handeln keinen wirklichen Einfluss darauf hat, was mit ihnen geschieht. Bitte geben Sie an, wie viel Freiheit und Kontrolle Sie empfinden, über den Verlauf Ihres Lebens zu verfügen. Bitte antworten Sie auf einer Skala von 1 = „gar keine“ bis 10 = „sehr viel“.

Abb. 5.1 zeigt Unterschiede im Gefühl freier Wahl zwischen den europäischen Ländern.

Die Karte bestätigt die Annahme, dass in den meisten modernen, individualisierten Gesellschaften (wie in Nordwesteuropa) das Gefühl von freier Wahl am höchsten

Abb 5.1 Durchschnittliche Einschätzung auf einer Skala von 0-100: Gefühl freier Wahl und Kontrolle über das eigene Leben⁴



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

5.2.2. Anwendung von Freiheitswerten: Permissivität

Ein weiterer Zugang zu Freiheitswerten besteht darin, Permissivität zu betrachten. Permissivität bezeichnet eine Situation, in der Verhalten erlaubt ist, das manche missbilligen könnten. In der Literatur bezieht sich Permissivität auf Fragen des Privatlebens, insbesondere auf moralische Themen zu sexuellen Präferenzen und Entscheidungen am Lebensende (Halman & van Ingen, 2015; Halman & Sieben, 2023). Durch religiöse Vorschriften geprägt, nahmen traditionelle Autoritäten hierzu eher konservative und intolerante Positionen ein (Draulans & Halman, 2005). Der stärkere Fokus auf persönliche Autonomie und Selbstausdruck sowie die abnehmende Bedeutung von Religion in Teilen Europas (Säkularisierung) führen jedoch dazu, dass moralische Entscheidungen, die früher unter kirchlicher Autorität

standen, zunehmend dem Individuum überlassen und stärker mit persönlicher Freiheit verknüpft werden. Permissivität betrifft somit den Grad an Freiheit hinsichtlich der Akzeptanz vielfältiger moralischer Standards in Bezug auf sexuelle und private ethische Verhaltensweisen wie Homosexualität, Abtreibung, Scheidung und Euthanasie (Halman, 1990).

Wir können **Permissivität** wie folgt messen (EVS, 2017):

Bitte geben Sie für die folgenden Punkte an, ob Sie finden, dass sie immer gerechtfertigt sind, niemals gerechtfertigt sind oder etwas dazwischen:

- **Homosexualität**
- **Abtreibung**
- **Scheidung**
- **Euthanasie (Sterbehilfe)**

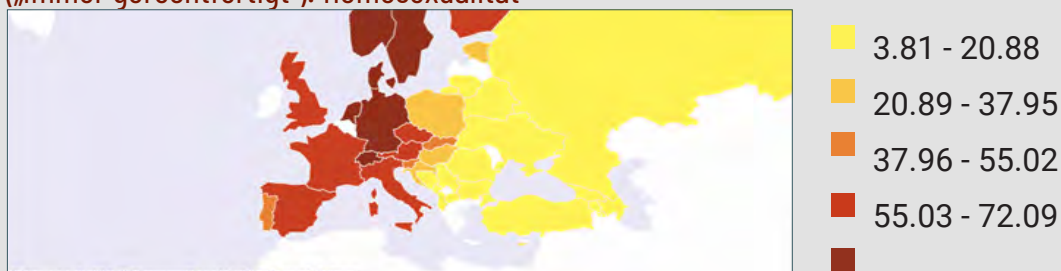
Bitte antworten Sie auf einer Skala von 1 = „niemals gerechtfertigt“ bis 10 = „immer gerechtfertigt“.

⁴ Die Bewertungen auf der ursprünglichen Skala (1–10) werden auf eine Skala von 0 bis 100 umgerechnet.

Abb. 5.2 bis 5.5 zeigen Unterschiede in der Permissivität zwischen den europäischen Ländern.

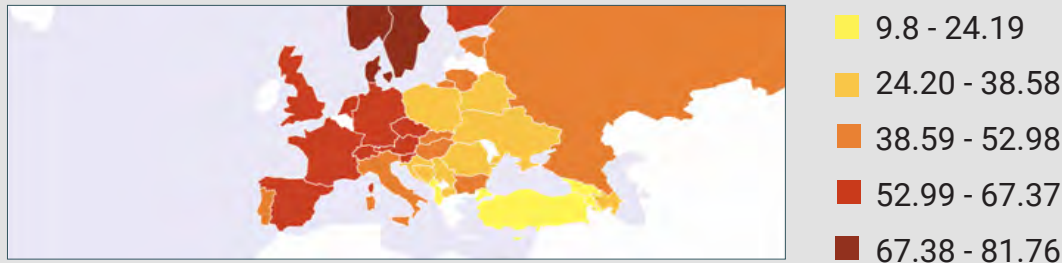
Im Allgemeinen sind die Bevölkerungen in Nord- und Westeuropa recht permissiv, wenn es um die Akzeptanz von Homosexualität, Abtreibung, Euthanasie und Scheidung geht, wohingegen Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Südosteuropa diesen Themen gegenüber weniger tolerant sind (vgl. Halman & Van Ingen, 2015).

Abb. 5.2 Durchschnittliche Einschätzung auf einer Skala von 0 („niemals gerechtfertigt“) bis 100 („immer gerechtfertigt“): Homosexualität



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 5.3 Durchschnittliche Einschätzung auf einer Skala von 0 („niemals gerechtfertigt“) bis 100 („immer gerechtfertigt“): Abtreibung



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 5.4 Durchschnittliche Einschätzung auf einer Skala von 0 („niemals gerechtfertigt“) bis 100 („immer gerechtfertigt“): Scheidung



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

⁵ Die Bewertungen auf der ursprünglichen Skala (1–10) werden auf eine Skala von 0 bis 100 umgerechnet.

Abb. 5.5 Durchschnittliche Einschätzung auf einer Skala von 0 („niemals gerechtfertigt“) bis 100 („immer gerechtfertigt“): Euthanasie



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

5.3 Unterschiede in Freiheitswerten zwischen den Ländern Europas

Wir können den beschriebenen theoretischen Rahmen der Modernisierungstheorie (siehe auch Kapitel 2) nutzen, um Unterschiede in Freiheitswerten zwischen europäischen Ländern zu erklären. Je höher das Niveau von Modernisierung, Individualisierung und Säkularisierung in einem Land ist, desto stärker die Betonung auf Entscheidungen ohne Druck oder Zwang durch Autoritäten oder andere (Gefühl freier Wahl) und desto größer die Akzeptanz moralischer Fragen des Privatlebens (Permissivität).

Modernisierung hängt eng damit zusammen, wie gut ein Land wirtschaftlich dasteht. Laut Modernisierungstheorie (Inglehart, 1997; Inglehart & Welzel, 2005) stehen Menschen in ärmeren Ländern oft vor größeren Herausforderungen und Unsicherheiten. Daher unterstützen sie eher traditionelle oder konservative Werte, die auf Stabilität und Überleben ausgerichtet sind. Sie verlassen sich stärker auf Autoritäten wie religiöse Institutionen, um moralische Orientierung für ihr

Privatleben zu erhalten. In wohlhabenderen Ländern sind Grundbedürfnisse leichter erfüllt, und Menschen fühlen sich sicherer. Dadurch können sie sich stärker auf Werte wie Selbstausdruck und Autonomie konzentrieren. In solchen Gesellschaften akzeptieren Menschen weniger strenge Autorität und vertreten offenere und progressivere Ansichten, die persönliche Freiheit betonen (vgl. Slenders, Sieben & Verbakel, 2014).

Auch das Niveau der **Säkularisierung**, das mit Modernisierung verbunden ist, spielt eine Rolle. In Ländern, in denen Religion, insbesondere die Kirche, im gesellschaftlichen Leben stark präsent ist, folgen Menschen eher strikten traditionellen Regeln, vor allem in Bezug auf persönliches Verhalten. Sie verlassen sich stärker auf die moralische Autorität religiöser Institutionen. Diese vertreten, geprägt durch religiöse Vorschriften, oft konservative und wenig tolerante Positionen, besonders bei sexuellen Präferenzen und Entscheidungen über Leben und Tod (Draulans & Halman, 2005). Studien zeigen tatsächlich, dass die Akzeptanz von Homosexualität, Abtreibung, Euthanasie und Scheidung in stärker säkula-

risierten Ländern höher ist (z. B. Scheepers, Te Grotenhuis & Van der Slik, 2002; Rudnev & Savelkaeva, 2018; Halman & Ingen, 2015).

5.4 Individuelle Unterschiede in Freiheitswerten: Gruppen in der Gesellschaft

Die theoretischen Ansätze der Modernisierung und Säkularisierung können auch helfen, Unterschiede zwischen Individuen innerhalb von Ländern zu erklären. Wichtige Faktoren sind Einkommen, Bildung, Urbanisierung, Religion, Geschlecht und Alter.

Aus Sicht der Modernisierung lässt sich erwarten, dass Menschen mit **höherem Einkommen** sich sicherer fühlen und daher mehr Wert auf Autonomie und Selbstausdruck legen als Personen mit geringem Einkommen, die stärker um ihre täglichen Bedürfnisse kämpfen. Daher empfinden einkommensstärkere Personen mehr Kontrolle und Freiheit bei Entscheidungen. Sie zeigen auch mehr Toleranz gegenüber moralischen Privatfragen wie Homosexualität, Abtreibung, Scheidung und Euthanasie (z. B. Slenders, Sieben & Verbakel, 2014).

Forschung zeigt zudem, dass **höher gebildete Menschen** toleranter gegenüber verschiedenen Lebensstilen und moralischen Entscheidungen wie Homosexualität und Euthanasie sind (Moore & Ovadia, 2006; Kalmijn & Kraaykamp,

2007; Scheepers et al., 2002). Höhere Bildung fördert kritisches Denken, die Betrachtung von Themen aus mehreren Perspektiven und unabhängiges Urteilen statt bloßem Folgen religiöser oder politischer Autoritäten. Schulen und Universitäten bringen zudem Menschen aus unterschiedlichen kulturellen

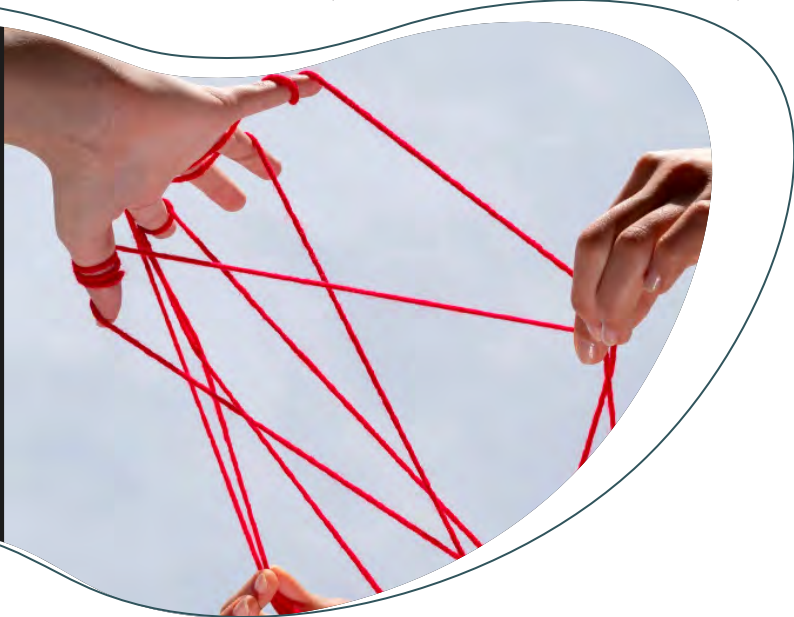


Hintergründen zusammen, was Verständnis und Respekt gegenüber anderen Überzeugungen stärkt (Vogt, 1997).

Personen in **ländlichen Regionen** vertreten häufig traditionellere Ansichten, besonders zu persönlichen und moralischen Fragen (D'Augelli & Hart, 1987; Weston, 1995; Oswald & Culton, 2003). Sie verlassen sich stärker auf moralische Autoritäten und zeigen weniger Permissivität. Kleine Gemeinschaften haben engere soziale Netzwerke und höheren Konformitätsdruck. In Städten hingegen erleben Menschen weniger so-

ziale Kontrolle und mehr kulturelle Vielfalt, was zu größerer persönlicher Freiheit und offeneren Werten führen kann.

Religion spielt eine zentrale Rolle für moralische Überzeugungen (Halman & Van Ingen, 2013). Religiöse Personen sind gegenüber moralischen Fragen weniger permissiv als nicht religiöse (Yip, 2005; Halman & Van Ingen, 2015). Der Kirchgang wirkt hier besonders: Wer häufiger Gottesdienste besucht, hört religiöse Lehren öfter und verbringt mehr Zeit mit Gleichgesinnten. Dies führt eher zu strengeren moralischen Positionen als bei Personen, die selten oder nie teilnehmen (Moore & Vanneman, 2003).



Geschlechtsunterschiede sind gering. Frauen sind im Durchschnitt etwas permissiver als Männer (Halman & Van Ingen, 2015; Sieben & Halman, 2015), ohne klare Erklärung. Verheiratete zeigen meist geringere Permissivität, vermutlich aufgrund traditionellerer Werte. Auch das **Alter** spielt eine Rolle: Ältere Personen sind weniger permissiv als Jüngere (Halman & Van Ingen, 2015; Halman & Sieben, 2014). Da sie in schwierigeren Zeiten aufwuchsen, lag der Fokus

stärker auf Sicherheit und Überleben, was zu konservativeren und religiöseren Ansichten führte (Inglehart, 1997).

In den Sozialwissenschaften suchen wir nach allgemeinen Mustern, nicht nach festen Regeln. Diese Zusammenhänge sind probabilistisch, nicht deterministisch. Das bedeutet: Bestimmte Faktoren machen ein Verhalten wahrscheinlicher, erzwingen es aber nicht. Menschen sind komplex, und Werte entstehen aus vielen Einflüssen. Wenn wir also sagen, „Menschen in wohlhabenderen Ländern schätzen Freiheit stärker“, heißt das nicht, dass dies für alle gilt, sondern dass es wahrscheinlicher ist. Es geht um Tendenzen und Trends, nicht um absolute Regeln. Ausnahmen gibt es immer – sowohl auf individueller als auch auf Länderebene.

5.5 Schlussfolgerung

In diesem Kapitel haben wir Freiheit als die allgemeine Vorstellung definiert, dass jeder Mensch sein Leben so leben kann, wie er es wählt – ohne Druck oder Zwang durch Behörden oder andere Personen. Freiheitswerte stehen in engem Zusammenhang mit Toleranz und Respekt gegenüber unterschiedlichen Lebensstilen und Meinungen und sind daher eng mit Demokratie verbunden, ebenso wie mit verwandten Werten wie Pluralismus und Gleichheit. Prozesse der Modernisierung, Individualisierung und Säkularisierung haben den Einfluss von Autoritäten wie religiösen Institutionen auf das Leben der Menschen verringert. Stattdessen rücken Werte in den Vordergrund, die Autonomie und Selbstausdruck betonen. Individuen fühlen sich daher zunehmend frei, eigene Entscheidungen zu treffen.

Diese Entwicklungen führen in vielen Teilen Europas zu einer offeneren Gesellschaft mit hoher Permissivität: einer größeren Akzeptanz moralischer Fragen des Privatlebens, wie sexueller Freiheit und Entscheidungen über Leben und Tod. Unterschiede in der Unterstützung von Freiheit zwischen Ländern werden beeinflusst durch Faktoren wie makroökonomische Bedingungen und den Grad der Säkularisierung. Individuelle Unterschiede innerhalb von Ländern lassen sich mit Einkommen und Bildung, Alter, Urbanisierung sowie Religiosität erklären.

haltensweisen von Menschen mit verschiedenen Lebensformen, sowohl aus Mehrheits- als auch aus Minderheiten-gruppen (wie religiösen Gemeinschaften oder Migranten). Einige dieser Aspekte haben wir bereits in Kapitel 4 über Pluralismus behandelt.

Abschließend ist zu betonen, dass der Wert der Freiheit natürlich nicht auf moralische Fragen zu sexuellen Präferenzen oder Entscheidungen über Leben und Tod beschränkt ist, wie die Akzeptanz von Homosexualität, Abtreibung, Scheidung oder Euthanasie. Freiheit bezieht sich auf Toleranz und Respekt gegenüber allen Arten unterschiedlicher Lebensweisen und Meinungen. Dazu gehören Überzeugungen und Ver-



Beispielhafte Unterrichtsstrategie:

„Meinungslinie“

Kontroverses Diskussionsthema:
„Euthanasie sollte legalisiert werden.“

Beschriftungen der Meinungsendpunkte: Ja/Nein; Zustimmung/Ab-
lehnung

Erklärende Theorien: Theorie der
privaten Toleranz/Moral, Moderni-
sierungstheorie



Siehe: <https://atlasofeuropeanvalues.eu/materials.html>

Literaturverzeichnis

Andersen, R., & Fetner, T. (2008). Cohort differences in tolerance of homosexuality: Attitudinal change in Canada and the United States, 1981–2000. *Public Opinion Quarterly*, 72(2), 311-330.

Andersson, L. (2016). Gender, family life course and attitudes towards divorce in Sweden. *Acta Sociologica*, 59(1), 51-67.

Altemeyer, B. (2002). Changes in attitudes toward homosexuals. *Journal of homosexuality*, 42(2), 63-75.

Beck, U. (1992). *Risk society: towards a new modernity*, London: Sage.

Beetham, D. (2004). The quality of democracy: Freedom as the foundation. *Journal of Democracy*, 15(4), 61-75.

Binnie, J., Holloway, J., Young, C., & Millington, S. (2006). *Cosmopolitan urbanism*: Psychology Press.

Cochrane, C., & Nevitte, N. (2009). Policy disagreement in advanced industrial states: The content and structure of left/right opinions. Religion, democratic values, and political conflict. Uppsala, Sweden: Acta Universitatis Upsaliensis.

Courtois, L. & Laermans, R. (2018). Rethinking individualization: The basic script and the three variants of institutionalized individualism. *European Journal of Social Theory*, 21 (1) 60-78.

D'Augelli, A. R., & Hart, M. M. (1987). Gay women, men, and families in rural settings: Toward the development of helping communities. *American Journal of Community Psychology*, 15(1), 79-93.

Draulans, V., & Halman, L. (2005). Mapping contemporary Europe's moral and religious pluralist landscape: an analysis based on the most recent European values study data. *Journal of Contemporary Religion*, 20(2), 179-193.

Dunn, K., & Singh, S. P. (2014). Pluralistic conditioning: Social tolerance and effective democracy. *Democratization*, 21(1), 1-28.

Hadler, M. (2012). The influence of world societal forces on social tolerance. A time comparative study of prejudices in 32 countries. *The Sociological Quarterly*, 53(2), 211-237.

Halman, L., Reeskens, T., Sieben, I., & Van Zundert, M. (2022). *Atlas of European Values: Change and continuity in turbulent times*. Tilburg: Open Press Tilburg University.

Halman, L., & Riis, O. (Eds.). (2003). *Religion in a Secularizing Society: the Europeans' Religion at the End of the 20th Century*. Leiden: the Netherlands: Brill Publishers.

Halman, L., & Van Ingen, E. (2013). Secularization and the sources of morality: Religion and morality in contemporary Europe. In *Religion and civil society in Europe* (pp. 87-107). Springer, Dordrecht.

Halman, L., & Van Ingen, E. (2015). Secularization and Changing Moral Views: European Trends in Church Attendance and Views on Homosexuality, Divorce, Abortion, and Euthanasia. *European Sociological Review*, 31(5), 616–627.

Hirschi, T., & Stark, R. (1969). Hellfi-

re and delinquency. *Social Problems*, 17(2), 202-213.

Hofstede, G. (2001). *Culture's consequences: Comparing values, behaviors, institutions and organizations across nations*. Sage publications.

Inglehart, R. (1997). *Modernization and postmodernization in 43 societies*. Princeton University Press.

Inglehart, R., & Welzel, C. (2005). *Modernization, cultural change, and democracy: The human development sequence*. Cambridge University Press.

Kalmijn, M., & Kraaykamp, G. (2007). Social stratification and attitudes: a comparative analysis of the effects of class and education in Europe. *The British Journal of Sociology*, 58(4), 547-576.

Larsen, K. S., Reed, M., & Hoffman, S. (1980). Attitudes of heterosexuals toward homosexuality: A Likert-type scale and construct validity. *Journal of Sex Research*, 16(3), 245-257.

Moore, L. M., & Ovadia, S. (2006). Accounting for spatial variation in tolerance: The effects of education and religion. *Social Forces*, 84(4), 2205-2222.

Moore, L. M., & Vanneman, R. (2003). Context matters: Effects of the proportion of fundamentalists on gender attitudes. *Social Forces*, 82(1): 115-139.

Oswald, R. F., & Culton, L. S. (2003). Under the rainbow: Rural gay life and its relevance for family providers. *Family Relations*, 52(1), 72-81.

Rubin, E.L. (2015). *Soul, Self, and Society: The New Morality and the Modern*

State. Oxford: Oxford University Press.

Rudnev, M., & Savelkaeva, A. (2018). Public support for the right to euthanasia: Impact of traditional religiosity and autonomy values across 37 nations. *International Journal of Comparative Sociology*, 59(4), 301-318.

Scheepers, P., Te Grotenhuis, M., & Van Der Slik, F. (2002). Education, religiosity and moral attitudes: Explaining cross-national effect differences. *Sociology of Religion*, 63(2), 157-176.

Slenders, S., Sieben, I., & Verbakel, E. (2014). Tolerance towards homosexuality in Europe: Population composition, economic affluence, religiosity, same-sex union legislation and HIV rates as explanations for country differences. *International Sociology*, 29(4), 348-367.

Stark, R. (2001). Gods, rituals, and the moral order. *Journal for the Scientific Study of Religion*, 40 (4), 619-636.

Stefurak, T., Taylor, C., & Mehta, S. (2010). Gender-specific models of homosexual prejudice: Religiosity, authoritarianism, and gender roles. *Psychology of Religion and Spirituality*, 2(4), 247.

Storm, I. (2016). *Morality in Context: A Multilevel Analysis of the Relationship between Religion and Values in Europe*. *Politics and Religion* 9, 111-138.

Tomka, M. (2005). *Church, state and society in Eastern Europe*. Washington: The Council for Research in Values and Philosophy.

Vogt, W. P. (1997). *Tolerance and Education: Learning to live with diversity and difference*. Thousand Oaks, CA: Sage

Publications.

Vollhardt, J. K., Migacheva, K., & Tropp, L. R. (2009). Social cohesion and tolerance for group differences. In *Handbook on building cultures of peace* (pp. 139-152). Springer, New York, NY.

Ward, M. M. (2018). *Authoritarianism, Threat, and Declining Tolerance and Support for Democracy: Evidence from the Post-Arab Spring Middle East* (Doctoral dissertation).

Welzel, C., Inglehart, R. and Klingemann, H. (2003) 'The theory of human development: A cross-cultural analysis', *European Journal of Political Research* 42 (2): 341-380.

Weston, K. (1995). Get thee to a big city: Sexual imaginary and the great gay migration. *GLQ: A Journal of Lesbian and Gay Studies*, 2(3), 253-277.

Widdows, H. (2004). Religion as a Moral Source: Can Religion Function as a Shared Source of Moral Authority and Values in a Liberal Democracy? *The Heythrop Journal* 45(2), 197-208.

Yip, A. K. T. (2005). Queering religious texts: An exploration of British non-heterosexual Christians' and Muslims' strategy of constructing sexuality-affirming hermeneutics. *Sociology*, 39(1): 47–65.

Dieses Kapitel basiert teilweise auf dem theoretischen Hintergrundbericht zur Toleranz, der unter www.atlasofeuropeanvalues.eu verfügbar ist. Wir haben neue Elemente hinzugefügt und die Literatur aktualisiert. Außerdem wurde ChatGPT mit dem Prompt „Could you please improve this text to make it more accessible for democracy and civic education in secondary schools?“ genutzt.

Gleichheit

Kapitel 6





Zusammenfassung

Die EU basiert auf dem Wert der Gleichheit: der Vorstellung, dass alle Menschen gleiche Rechte vor dem Gesetz haben. Besonders hervorgehoben wird dabei das Prinzip der Gleichstellung von Männern und Frauen, das die Grundlage sämtlicher europäischer Politik bildet.

Geschlechtergleichheit bezieht sich auf gleiche Positionen, Rollen und Verantwortlichkeiten von Männern und Frauen in der Gesellschaft. Traditionell wurde davon ausgegangen, dass Männer die öffentliche Sphäre und Frauen die private (häusliche) Sphäre dominieren. Die Modernisierung brachte jedoch sowohl ideelle Veränderungen (wie Individualisierung und Säkularisierung) als auch Veränderungen in den Chancenstrukturen (z. B. höhere Bildungs- und Arbeitsmarktteilnahme von Frauen) mit sich, die diese traditionellen Vorstellungen infrage stellten. Gleichheitswerte beziehen sich daher sowohl auf Einstellungen zur Geschlechterrolle im öffentlichen Leben (z. B. Männer und Frauen in Hochschulen, Unternehmen und Politik) als auch im privaten Leben (Familie versus Beruf).

Gleichheit wird stärker geschätzt in Ländern mit besseren makroökonomischen Bedingungen, höherer Säkularisierung, höherer weiblicher Erwerbsbeteiligung und mehr Vereinbarkeits- und Familienpolitiken.

Individuen bewerten Gleichheit stärker, wenn sie ein höheres Bildungsniveau haben, nicht religiös sind, in städtischen Gebieten leben, jünger oder Frauen sind. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass jüngere Männerkohorten teilweise wieder traditionellere Ansichten zur Geschlechtergleichheit vertreten.

Die Umsetzung in der Demokratiebildung in der Sekundarstufe kann erreicht werden, indem man sich auf konkrete Messungen wie die folgenden konzentriert:

- Bewertung der Fähigkeiten von Männern gegenüber Frauen in öffentlichen Positionen (Einstellungen zur Geschlechtergleichheit im öffentlichen Leben):
 - Im Allgemeinen sind Männer bessere politische Führungskräfte als Frauen.
 - Eine Universitätsausbildung ist für einen Jungen wichtiger als für ein Mädchen.
 - Im Allgemeinen sind Männer bessere Führungskräfte in der Wirtschaft als Frauen.
- Bewertung der Vereinbarkeitsverpflichtungen von Müttern (Einstellungen zur Geschlechtergleichheit im privaten Leben): Wenn Mütter arbeiten, leiden die Kinder.
 - Eine Berufstätigkeit ist in Ordnung, aber die meisten Frauen wünschen sich eigentlich ein Zuhause und Kinder.
 - Alles in allem leidet das Familienleben, wenn die Frau eine Vollzeitstelle hat.
 - Die Aufgabe des Mannes ist es, Geld zu verdienen; die Aufgabe der Frau ist es, sich um Haushalt und Familie zu kümmern.

>> Beispielhafte Unterrichtsstrategie: "Vier Ecken"

6.1 Einführung

Gleichheit beruht auf der Idee, dass Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen die gleichen Rechte haben, gleich behandelt werden und dadurch in vergleichbaren sozialen Positionen enden. Sie ist eng mit Fairness verbunden (Verba, 2006): Alle sollten gleich behandelt werden. Diese Gleichbehandlung gilt für Gesetze, politische Maßnahmen und staatliche Verfahren; sie sollen unparteiisch und frei von Verzerrungen sein. Gleichheit umfasst auch gleiche Repräsentation: Gruppen sollten in politischen, sozialen oder organisatorischen Kontexten entsprechend ihrer Größe oder Bedeutung vertreten sein. In einer Demokratie sichert dies allen eine Stimme bei Entscheidungen, die ihr Leben betreffen. So haben demokratische Gesellschaften oft mehr Frauen im Parlament als undemokratische, was auf eine gleichere Geschlechterrepräsentation hinweist (Inglehart & Norris, 2002). **Die EU beruht auf dem Wert der Gleichheit: der Idee, dass alle Menschen gleiche Rechte vor dem Gesetz haben (siehe Charta der Grundrechte, Kapitel III). Besonders hervorgehoben wird dabei das Prinzip der Gleichstellung von Frauen und Männern, das allen europäischen Politiken zugrunde liegt und die Grundlage der europäischen Integration bildet.**

https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/principles-and-values/aims-and-values_de

Die Idee der Geschlechtergleichheit hat in der EU seit Langem große Bedeutung (Lomazzi, Israel & Crepsi, 2018). Erstmals erwähnt wurde sie 1957, als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet wurde und Artikel 119 des

Vertrags von Rom gleichen Lohn für gleiche Arbeit festlegte. Später traf der Europäische Gerichtshof zentrale Entscheidungen zur Sicherung der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsmarkt, indem er direkte und indirekte Diskriminierung untersagte (Timmer 2016). Einen wichtigen Fortschritt brachte 1997 die Einführung des Gender Mainstreaming. Damit sollen nicht nur spezielle Regelungen für Frauen geschaffen, sondern alle Politiken geschlechtergerecht gestaltet werden. Gleichstellung soll in allen Entscheidungsbereichen berücksichtigt werden, und die Mitgliedstaaten sollen diesen Ansatz in ihren nationalen Politiken umsetzen (Stratigaki 2000). Unterstützung für Geschlechtergleichheit ist in Europa weit verbreitet, variiert jedoch zwischen Ländern und gesellschaftlichen Gruppen (Halman et al., 2022).

6.2 Werte der Gleichheit: Einstellungen zur Geschlechtergleichheit im öffentlichen und im privaten Leben

Geschlechtergleichheit ist eng mit den Positionen, Rollen und Verantwortlichkeiten verknüpft, die Männer und Frauen in der Gesellschaft übernehmen. Traditionell sind diese Rollen geschlechtsspezifisch getrennt und auf zwei Bereiche verteilt: Männer gelten meist als Ernährer der Familie und sind daher im Erwerbsleben aktiv (öffentlicher Bereich), während Frauen für Hausarbeit und unbezahlte Pflege zuständig sind (privater Bereich). Durch diese geschlechtsspezifische Rollenteilung – und weil bezahlte Arbeit mit mehr Einkommen und Prestige verbunden ist als Sorgearbeit – entsteht eine fortdauernde Ungleichheit in Ressourcen, Macht und sozialem

Status (Lomazzi, Israel & Crepsi, 2018).

Dieses traditionelle Rollenverständnis wurde durch Prozesse der **Modernisierung** infrage gestellt. Technologische Entwicklungen und der Übergang von agrarischen zu industriellen und postindustriellen (dienstleistungsorientierten) Gesellschaften gingen mit **kulturellen Veränderungen** einher. Mehr Wohlstand, höhere Bildungsniveaus und die Abwanderung aus ländlichen in städtische Regionen mit lockereren sozialen Bindungen führten zu **Individualisierung** und **Säkularisierung**. Moralische Autoritäten mit traditionellen Geschlechterrollen – etwa die Kirche – verloren an Einfluss. Gleichzeitig wuchs die Wertschätzung individueller Autonomie, Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung, was zu progressiveren und egalitäreren Einstellungen zu Geschlechterrollen im privaten wie im öffentlichen Bereich führte.

Neben diesen ideellen Veränderungen wandelten sich auch die **Chancenstrukturen** in vielen europäischen Gesellschaften: Frauen erreichten höhere Bildungsabschlüsse und ihre Erwerbsbeteiligung nahm deutlich zu (Vlasblom & Schippers, 2004). Diese strukturellen Entwicklungen beeinflussten Gleichstellungswerte ebenfalls, was sich durch interessenbasierte und erfahrungsbasierte Perspektiven erklären lässt (Bolzendahl & Myers, 2004). Die **interessenbasierte Perspektive** betont, dass Menschen eher geschlechteregalitäre Werte vertreten, wenn sie persönlich von Gleichstellung profitieren. Dies gilt etwa für hochgebildete Frauen, die in ihre Ausbildung investiert haben und deren berufliche Chancen von Gleich-

behandlung abhängen (Boehnke, 2011; Rivera-Garrido, 2022). Die **erfahrungsbasierte Perspektive** richtet den Blick hingegen auf Normübernahme: Menschen entwickeln eher egalitäre Werte, wenn sie in Kontexten leben oder arbeiten, in denen gleichstellungsorientierte Geschlechternormen selbstverständlich sind – etwa in Arbeitsumgebungen mit vielen Frauen, in Bildungseinrichtungen mit egalitären Leitbildern oder in Gesellschaften, in denen Gleichstellungsdenken breit verankert ist.

Wichtig ist, dass Gleichstellungswerte im **privaten und im öffentlichen Bereich** eng miteinander verbunden sind. Die traditionelle Erwartung, dass Frauen zu Hause für Sorgearbeit verantwortlich sind (privater Bereich), kann ihre Teilhabe an Bildung und Arbeitsmarkt (öffent-



licher Bereich) erheblich beeinträchtigen. Obwohl das traditionelle männliche Ernährermodell in Europa deutlich an Bedeutung verloren hat und Doppelverdienerhaushalte in vielen EU-Ländern häufiger werden, zeigt Forschung, dass Gleichstellung vor allem den öffentlichen

Bereich der Erwerbsarbeit betrifft, weniger jedoch die privaten Rollen innerhalb von Familien (vgl. Lomazzi, Israel & Cressi, 2018). Im Familienleben übernehmen Frauen weiterhin mehr Hausarbeit und unbezahlte Pflege, etwa Kochen, Putzen



oder die Betreuung von Kindern und älteren Angehörigen. Auch wenn mehr Männer sich heute an der Kinderbetreuung beteiligen, liegt die Hauptlast der Hausarbeit weiterhin überwiegend bei Frauen (Le Bihan, Knijn & Martin, 2014).

6.2.1. Anwendung von Gleichheitswerten: Einstellungen zur Geschlechtergleichheit im öffentlichen Leben

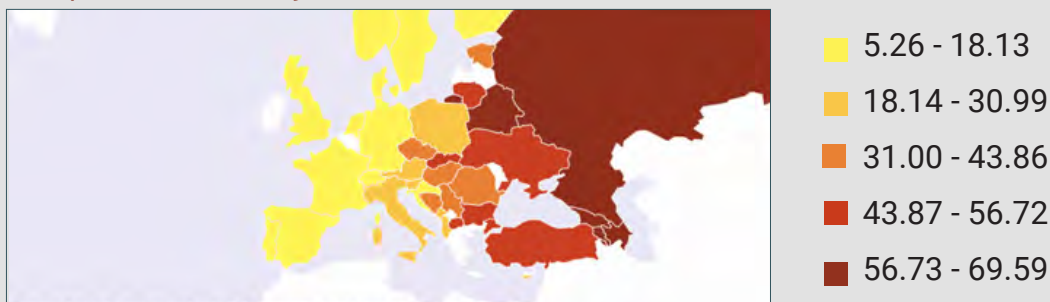
Wie gezeigt, hängen Geschlechtergleichheitswerte mit Geschlechterideologien zusammen – also mit normativen Vorstellungen darüber, welche Rollen Männer und Frauen im öffentlichen und privaten Leben einnehmen sollten. Betrachtet man **Einstellungen zur Gleichstellung im öffentlichen Bereich**, geht es um Rollen in Bildung, Arbeitsmarkt und Politik. In der Bildung für demokratische Teilhabe im Sekundarbereich lässt sich dies etwa mit folgender Frage messen (EVS, 2017):

Bei jeder der folgenden Aussagen: Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu? Stimmen Sie völlig zu, stimmen Sie zu, stimmen Sie nicht zu oder stimmen Sie überhaupt nicht zu?

- *Männer sind bessere politische Führungskräfte als Frauen.*
- *Hochschulbildung ist für einen Jungen wichtiger als für ein Mädchen.*
- *Männer sind bessere Führungskräfte in der Wirtschaft als Frauen.*

Abb. 6.1 bis 6.3 zeigen Unterschiede in den Einstellungen zur Geschlechtergleichheit im öffentlichen Leben zwischen europäischen Ländern⁶

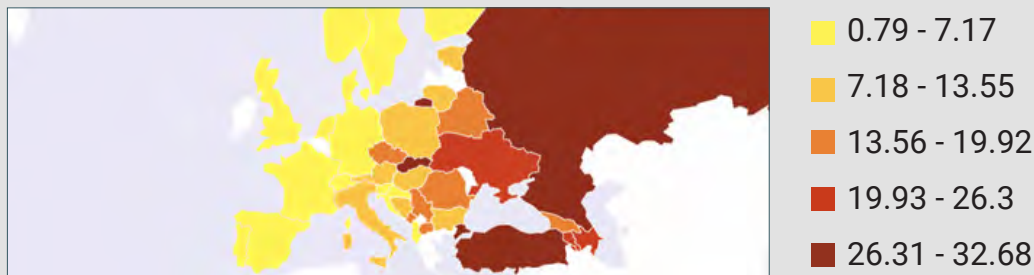
Abb. 6.1 Anteil der Personen, die der Aussage zustimmen bzw. voll zustimmen, dass Männer bessere politische Führungskräfte sind als Frauen



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

⁶ Bitte beachten Sie, dass diese Werte das Ausmaß an Einstellungen zur Geschlechterungleichheit im öffentlichen Leben zeigen, da Befragte, die der Aussage zustimmen, für Ungleichheit und nicht für Gleichstellung eintreten.

Abb. 6.2 Anteil der Personen, die der Aussage zustimmen bzw. voll zustimmen, dass eine Hochschulbildung für einen Jungen wichtiger ist als für ein Mädchen.



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 6.3 Anteil der Personen, die der Aussage zustimmen bzw. voll zustimmen, dass Männer bessere Führungskräfte in der Wirtschaft sind als Frauen.



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

6.2.2. Anwendung von Gleichheitswerten: Einstellungen zur Geschlechtergleichheit im öffentlichen Leben

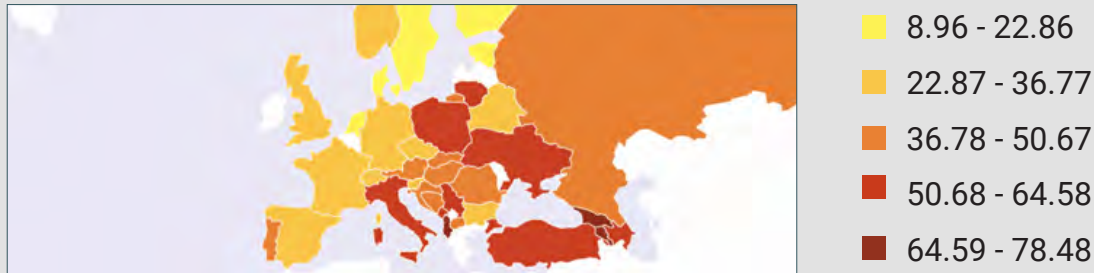
Wie oben erwähnt, lässt sich Gleichheit auch anhand der **Einstellungen zur Geschlechtergleichheit im privaten Leben** verstehen. Dabei geht es um die Rollen, die Männer und insbesondere Frauen im häuslichen Bereich übernehmen: ihre Zuständigkeiten für Hausarbeit und (Kinder-)Betreuung. Dies lässt sich folgendermaßen konkret messen (EVS, 2017):

Zu jeder der folgenden Aussagen: Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie zustimmen oder nicht zustimmen. Stimmen Sie völlig zu, stimmen Sie zu, stimmen Sie nicht zu oder stimmen Sie überhaupt nicht zu?

- *Wenn eine Mutter erwerbstätig ist, leiden die Kinder.*
- *Ein Beruf ist in Ordnung, aber die meisten Frauen wünschen sich eigentlich ein Zuhause und Kinder.*
- *Das Familienleben leidet, wenn die Frau eine Vollzeitstelle hat.*
- *Die Aufgabe des Mannes ist es, Geld zu verdienen; die Aufgabe der Frau ist es, sich um Haushalt und Familie zu kümmern.*

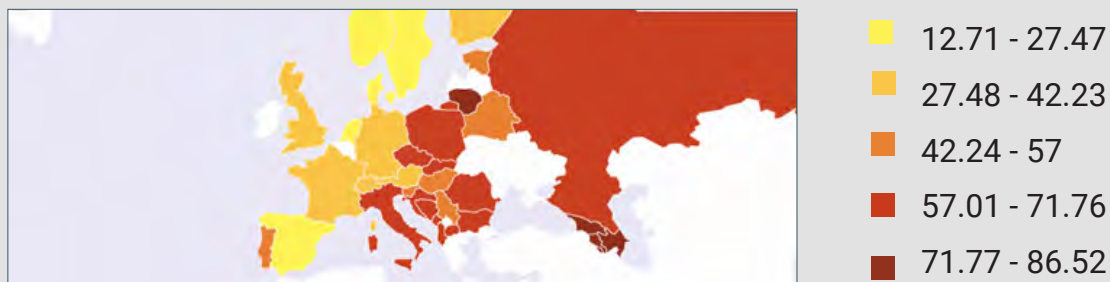
Abb. 6.4 bis 6.7 zeigen Unterschiede in der Akzeptanz geschlechteregalitärer Einstellungen im privaten Leben zwischen den europäischen Ländern.⁷

Abb. 6.4 Anteil der Personen, die der Aussage zustimmen bzw. voll zustimmen, dass Kinder leiden, wenn ihre Mutter erwerbstätig ist.



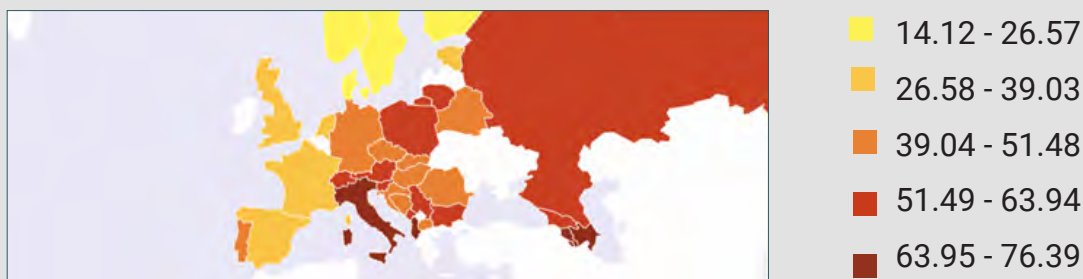
Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 6.5 Anteil der Personen, die der Aussage zustimmen bzw. voll zustimmen, dass ein Beruf in Ordnung ist, die meisten Frauen sich aber eigentlich ein Zuhause und Kinder wünschen.



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

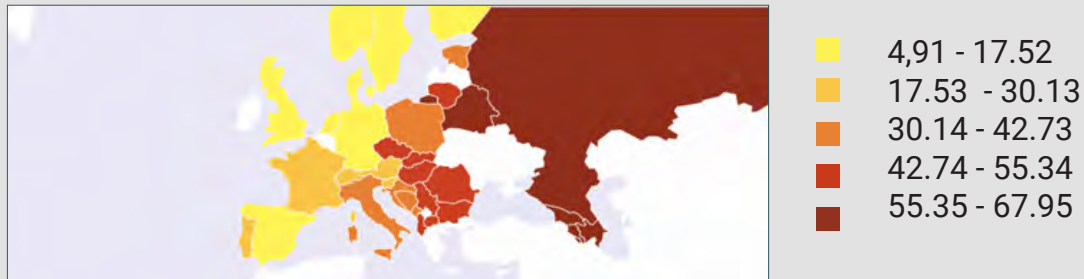
Abb. 6.6 Anteil der Personen, die der Aussage zustimmen bzw. voll zustimmen, dass das Familienleben leidet, wenn die Frau eine Vollzeitstelle hat.



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

⁷ Bitte beachten Sie, dass diese Werte das Ausmaß an Einstellungen zur Geschlechterungleichheit im privaten Leben zeigen, da Befragte, die der Aussage zustimmen, für Ungleichheit und nicht für Gleichstellung eintreten.

Abb. 6.7 Anteil der Personen, die der Aussage zustimmen bzw. voll zustimmen, dass es die Aufgabe des Mannes ist, Geld zu verdienen, und die Aufgabe der Frau, sich um Haushalt und Familie

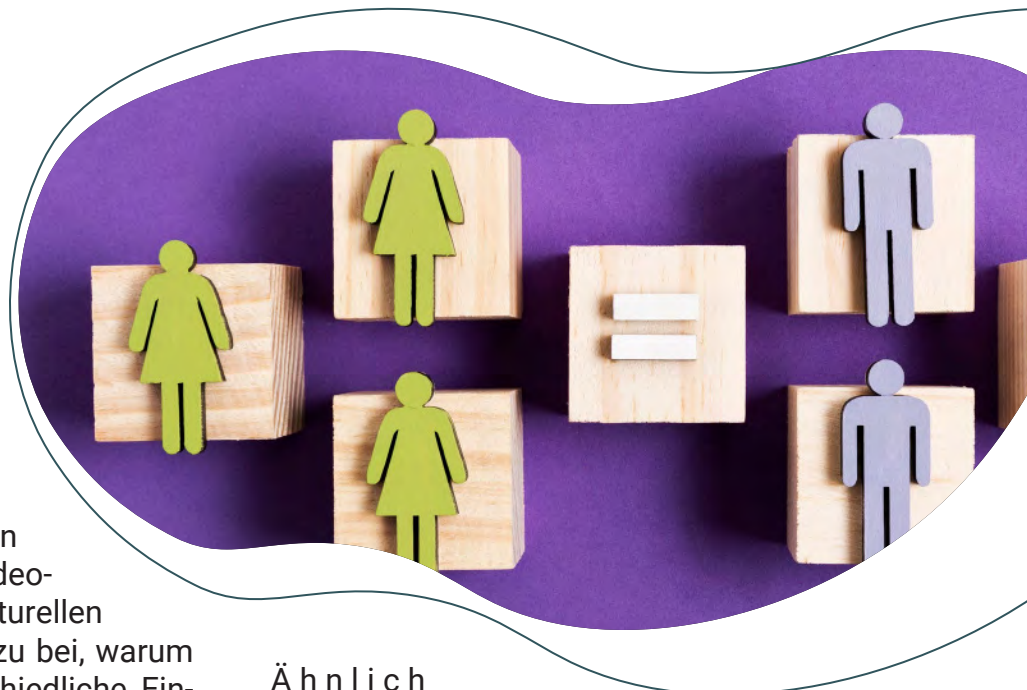


Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

6.3 Unterschiede in Gleichheitswerten zwischen europäischen Ländern

Wie oben beschrieben, erklärt die Modernisierungstheorie Unterschiede in Geschlechtervergleichswerte durch Veränderungen sowohl in Geschlechterideologien als auch in strukturellen Chancen. Beides trägt dazu bei, warum Länder in Europa unterschiedliche Einstellungen zur Gleichstellung zeigen.

Modernisierung führt zunächst zu **wirtschaftlichem Wohlstand**. In reicheren Ländern sind die Grundbedürfnisse vieler Menschen gedeckt, sodass sie sich stärker auf Autonomie und Selbstentfaltung konzentrieren können (Inglehart, 1997; Inglehart & Welzel, 2005). In solchen Gesellschaften sind Einstellungen zur Gleichstellung – im privaten wie im öffentlichen Bereich – weiter verbreitet (Halman et al., 2022).



Ähnlich wirkt ein hoher Grad an **Säkularisierung**. Wo Religion an Einfluss verliert, entsteht mehr Raum für individuelle Entscheidungsfreiheit (Inglehart & Norris, 2003). Menschen orientieren sich weniger an traditionellen religiösen Vorgaben, auch nicht bei Geschlechterrollen. Nach der exposure-basierten Perspektive (Bolzendahl & Myers, 2004) bedeutet dies, dass Menschen in säkularisierten Ländern stärker mit Gleichstellungsnormen konfrontiert sind als in religiöseren Kontexten, in denen traditionellere Familien- und

Geschlechternormen vorherrschen (Lomazzi, Israel & Crepsi, 2018).

Modernisierung bringt jedoch nicht nur kulturelle Veränderungen, sondern auch neue strukturelle Chancen. Forschung zeigt, dass in Ländern mit hoher **weiblicher Erwerbsbeteiligung** die Unterstützung geschlechteregalitärer Werte größer ist (André et al., 2013). Auch dies passt zur exposure-Perspektive: Wer in einer egalitäreren Gesellschaft lebt, übernimmt eher entsprechende Normen. Für Frauen ist dieser Zusammenhang sogar noch stärker, was zusätzlich zur interessenbasierten Perspektive passt.

Strukturelle Chancen wie höhere Bildungs- oder Erwerbsquoten von Frauen

Erwerbsarbeit und Familie zu vereinbaren. Die Ergebnisse sind gemischt: Sjöberg (2004) fand, dass Länder mit familienpolitischer Unterstützung für das Doppelverdienermodell eine stärkere öffentliche Zustimmung zu egalitären Geschlechterrollen aufweisen. Andere Studien fanden jedoch keinen Einfluss der Länge des Elternurlaubs auf Gleichstellungswerte (André et al., 2013; Lomazzi, Israel & Crepsi, 2018).

Das Elternzeitmodell zeigt sich generell als komplex. Längere Elternzeit wird meist von Müttern genutzt, was traditionelle Rollentrennung bestätigt. Gleichzeitig unterscheiden sich Länder darin, wie flexibel ihre Systeme an individuelle Bedürfnisse angepasst sind—etwa im Zusammenspiel mit Kinderbetreuung (Lomazzi, Israel & Crepsi, 2018). Zudem müssen staatliche Regelungen durch betriebliche Normen ergänzt werden, z. B. durch die Akzeptanz väterlicher Elternzeit (Lomazzi, Israel & Crepsi, 2018).



wirken jedoch nicht isoliert, sondern hängen stark von institutionellen Rahmenbedingungen und sozialpolitischen Maßnahmen ab (Lomazzi, Israel & Crepsi, 2018). Deshalb untersuchte die Forschung insbesondere die Wirkung von **Work-Family-Policies**. Solche Maßnahmen—z. B. flexible Arbeitszeiten, Elternzeitregelungen oder Kinderbetreuung—sollen es Männern und Frauen ermöglichen,

6.4 Individuelle Unterschiede in Gleichheitswerten: gesellschaftliche Gruppen

Bisher haben wir Unterschiede in Gleichheitswerten zwischen Ländern betrachtet und diese mithilfe der theoretischen Ansätze zu ideellen Veränderungen und Chancenstrukturen erklärt.

Diese Rahmenkonzepte, kombiniert mit der Interessen- und der erfahrungsbasierten Perspektive, können auch helfen, Unterschiede zwischen Individuen innerhalb von Ländern zu verstehen. Dabei sind Bildung, Geschlecht, Alter, Religion und Urbanisierung wichtige Faktoren.

Studien zeigen, dass höher gebildete Personen eher Geschlechtergleichheit unterstützen (André, Gesthuizen & Scheepers, 2013; Lomazzi, Israel & Crepsi, 2018). Sie gelangen aufgrund besserer Chancenstrukturen häufiger in Arbeitskontexte, in denen egalitäre Einstellungen verbreitet sind. Dies liegt sowohl in ihrem eigenen Interesse (interessenbasierte Perspektive) als auch daran, dass sie stärker solchen Normen ausgesetzt sind (exposure-basierte Perspektive). Hinzu kommt der „Aufklärungseffekt“ der Bildung: Längere Schul- und Studienzeiten fördern Offenheit und egalitäre Einstellungen (Bolzendahl & Myers, 2004; Kalmijn & Kraaykamp, 2007).

Forschung zeigt zudem, dass Frauen Gleichstellung stärker unterstützen als Männer (Davis & Greenstein, 2009; André et al., 2013). Dies lässt sich ebenfalls durch die interessenbasierte Pers-

pektive erklären: Geschlechtergleichheit bringt Frauen direkte Vorteile wie bessere berufliche Chancen, gerechtere Bezahlung oder mehr Gleichbehandlung im privaten und öffentlichen Leben.



Jüngere Menschen vertreten häufiger egalitäre Werte als ältere (Lomazzi, Israel & Crepsi, 2018). Sie wurden in modernen, gleichstellungsorientierten Gesellschaften sozialisiert und waren somit stärker entsprechenden Normen ausgesetzt. Neuere Forschung deutet jedoch darauf hin, dass die jüngsten Generationen – insbesondere junge Männer – in mancher Hinsicht wieder etwas traditionellere Geschlechterideologien aufweisen (Moon & Kim, 2024).

Auch bei der Religion spielt die exposure-basierte Perspektive eine Rolle. Religiöse Lehren sind nicht zwingend gegen

Gleichstellung gerichtet, fördern aber oft traditionellere Rollenverteilungen (Lomazzi, Israel & Crepsi, 2018). Vor allem Personen, die regelmäßig religiöse Veranstaltungen besuchen, sind diesen Normen häufiger ausgesetzt und vertreten entsprechend traditionellere Einstellungen (Goldscheider et al., 2014).

Schließlich unterstützen Menschen in städtischen Gebieten häufiger Gleichstellung als Menschen in ländlichen Regionen (Lomazzi, Israel & Crepsi, 2018). Städte bieten eine größere Vielfalt an Lebensformen, Ideen und kulturellen Einflüssen, was generell zu offeneren, weniger traditionellen Werten führt. Menschen in urbanen Kontexten sind somit stärker mit egalitären Geschlechternormen konfrontiert.

In den Sozialwissenschaften suchen wir nach allgemeinen Mustern, nicht nach starren Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen. Diese Muster sind probabilistisch, nicht deterministisch. Probabilistisch bedeutet, dass ein bestimmter Faktor die Wahrscheinlichkeit eines bestimmten Ergebnisses erhöht – nicht, dass er es zwangsläufig herbeiführt. Wenn wir also sagen, dass „Menschen in religiöseren Kontexten traditionellere Einstellungen haben“, heißt das nicht, dass jede Person dort traditionell denkt, sondern nur, dass es statistisch wahrscheinlicher ist. Dieses Verständnis hilft, Tendenzen zu erkennen, ohne individuelle oder länderspezifische Ausnahmen auszuschließen.

6.5 Schlussfolgerung

Gleichheit – und insbesondere Geschlechtergleichheit – ist ein zentraler Wert der Europäischen Union. Ge-

schlechtergleichheitswerte beziehen sich auf die Unterstützung gleicher Positionen, Rollen und Verantwortlichkeiten von Männern und Frauen in der Gesellschaft. Traditionell galt, dass Männer den öffentlichen und Frauen den privaten (häuslichen) Bereich dominieren. Modernisierung brachte jedoch ideelle Veränderungen wie Individualisierung und Säkularisierung sowie strukturelle Veränderungen wie steigende Bildungs- und Erwerbsteilnahme von Frauen mit sich, die diese traditionellen Geschlechterideologien herausforderten. Menschen unterstützen Gleichstellung stärker, wenn sie persönlich davon profitieren (interessenbasierte Perspektive) oder wenn sie stärker egalitären Normen ausgesetzt sind (exposure-basierte Perspektive). Unterschiede zwischen Ländern hängen u. a. mit wirtschaftlichem Wohlstand, Säkularisierung, weiblicher Erwerbsbeteiligung und familienpolitischen Maßnahmen zusammen. Unterschiede zwischen Individuen innerhalb eines Landes lassen sich mit Bildung, Religion, Urbanisierung, Alter und Geschlecht erklären.

Bei der Betrachtung von Gleichstellungswerten im öffentlichen und privaten Bereich ist wichtig zu betonen, dass beide eng miteinander verknüpft sind. Traditionelle Erwartungen an Frauen in der Haus- und Sorgearbeit (private Sphäre) schaffen Barrieren für Bildung und Erwerbstätigkeit (öffentliche Sphäre) und machen Geschlechterideologien in beiden Bereichen relevant. Zudem wirken Kontextfaktoren eines Landes und individuelle Merkmale nicht unabhängig voneinander, sondern greifen ineinander. So führt etwa eine hohe weibliche Erwerbsbeteiligung in einer Gesellschaft zu mehr öffentlicher Unterstützung für Gleichstellung – dieser Effekt ist je-

doch bei Frauen stärker ausgeprägt als bei Männern (André et al., 2013).

Abschließend ist hervorzuheben, dass Gleichheit nicht auf Geschlechtergleichheit beschränkt ist. Sie umfasst gleiche Rechte für alle Gruppen in der Gesellschaft – privilegierte wie benachteiligte, Mehrheiten und Minderheiten, Innen- und Außengruppen. Die Europäische Union tritt entschieden für Nichtdiskriminierung und faire Behandlung aller Bürgerinnen und Bürger ein, unabhängig von Herkunft oder gesellschaftlicher Position.



Beispielhafte Unterrichtsstrategie:

„Vier Ecken“

Kontroverses Diskussionsthema: „Männer sind bessere politische Führungskräfte als Frauen.“

Benennung der Ecken: Ich stimme zu, aber ...; Ich stimme nicht zu, aber ...; Ich stimme nicht zu...

Erklärende Theorien: Modernisierungstheorie



Siehe: <https://atlasofeuropeanvalues.eu/materials.html>

Literaturverzeichnis

André, S., Gesthuizen, M., & Scheepers, P. (2013). Support for traditional female roles across 32 countries: Female labour market participation, policy models and gender differences. *Comparative Sociology*, 12(4), 447-476.

Boehnke, M. (2011). Gender role attitudes around the globe: Egalitarian vs. traditional views. *Asian Journal of Social Science*, 39(1), 57-74.

Bolzendahl, C. I., & Myers, D. J. (2004). Feminist attitudes and support for gender equality: Opinion change in women and men, 1974–1998. *Social Forces*, 83(2), 759-789.

Brooks, C., & Bolzendahl, C. (2004). The transformation of US gender role attitudes: Cohort replacement, social-structural change, and ideological learning. *Social Science Research*, 33(1), 106-133.

Goldscheider, F., Goldscheider, C., & Rico-Gonzalez, A. (2014). Gender equality in Sweden: Are the religious more patriarchal?. *Journal of Family Issues*, 35(7), 892-908.

Halman, L., Reeskens, T., Sieben, I., & Van Zundert, M. (2022). *Atlas of European Values: Change and continuity in turbulent times*. Open Press Tilburg University.

Inglehart, R. (1997). *Modernization and postmodernization in 43 societies*. Princeton University Press.

Inglehart, R. & Norris, P. (2003). *Rising Tide: Gender Equality and Cultural Change Around the World*. Cambridge and New York: Cambridge University Press.

Inglehart, R., Norris, P., & Welzel, C. (2002). Gender equality and democracy. *Comparative Sociology*, 1(3-4), 321-345.

Inglehart, R., & Welzel, C. (2005). *Modernization, cultural change, and democracy: The human development sequence*. Cambridge University Press.

Le Bihan, B., Knijn, T., & Martin, C. (Eds.). (2014). *Work and care under pressure: Care arrangements across Europe*. Amsterdam University Press.

Moon, P. W., & Kim, H. J. (2024). The Growing Gender Divide: Changing Perceptions of Gender Equality among the Youth in the United States. *International Area Studies Review*, 27(1), 1-20.

Rivera-Garrido, N. (2022). Can education reduce traditional gender role attitudes?. *Economics of Education Review*, 89, 102261.

Sjöberg, O. (2004). The Role of Family Policy Institutions in Explaining Gender-Role Attitudes: A Comparative Multilevel Analysis of Thirteen Industrialized Countries. *Journal of European Social Policy* 14: 107–23.

Stratigaki, M. (2000). The European Union and the equal opportunities process. In *Gendered Policies in Hantrais, L.* (Ed.). *Europe: Reconciling Employment and Family Life*. London: Macmillan, pp. 26–48.

Timmer, Alexandra. S. H. (2016). Gender Stereotyping in the Case Law of the EU Court of Justice. *European Equality Law Review*, 1: 37-46.

Verba, S. (2006). Fairness, equality, and democracy: three big words. *Social Research: An International Quarterly*, 73(2), 499-540.

Vlasblom, J. D., & Schippers, J. J. (2004). Increases in female labour force participation in Europe: Similarities and differences. *European Journal of Population/Revue Européenne de Démographie*, 20, 375-392.

Solidarität

Kapitel 7





Zusammenfassung

Die EU definiert Solidarität als einen ihrer zentralen Werte in der Charta der Grundrechte. Solidarität bedeutet, anderen zu helfen oder die Gemeinschaft zu unterstützen – auch dann, wenn man selbst nicht direkt davon profitiert.

Wie viel Solidarität wir gegenüber anderen empfinden, hängt von fünf Kriterien ab: ob die Menschen, die Hilfe benötigen, (1) selbst für ihre Situation verantwortlich sind (Kontrolle), (2) Dankbarkeit und Respekt zeigen (Einstellung), (3) etwas für die erhaltene Hilfe zurückgeben (Reziprozität), (4) uns ähnlich sind (Identität) und (5) wirklich Hilfe brauchen (Bedarf).

Solidarität wird stärker geschätzt in Ländern mit einem liberalen oder konservativen Wohlfahrtsstaatsregime, mit mehr wirtschaftlichem Wohlstand und/oder geringerer Einkommensungleichheit.

Auf individueller Ebene zeigen arbeitslose Personen, höher Gebildete, Ältere, religiöse Menschen, Frauen und verheiratete Personen tendenziell höhere Solidaritätswerte.

Die Umsetzung in der Bildung für demokratische Teilhabe in der Sekundarstufe kann durch die Fokussierung auf greifbare Messinstrumente erfolgen, wie etwa:

- Sich um die Lebensbedingungen von Menschen in der Nähe und in der Ferne sorgen – etwa um Personen in der eigenen Nachbarschaft, in der Region, im eigenen Land, in Europa oder weltweit (räumliche Solidarität).
- Sich um die Lebensbedingungen von Menschen in Not sorgen – etwa um ältere Menschen, Arbeitslose, Zugewanderte sowie kranke und beeinträchtigte Menschen (soziale Solidarität).

>> Beispielhafte Unterrichtsstrategie: "Kopf Herz Hände"

7.1 Einführung

Solidarität ist ein wichtiges Konzept, da sie eng mit sozialem Zusammenhalt verbunden ist (Paskov & Dewilde, 2012): Sie stärkt die Bindungen, die eine Gesellschaft zusammenhalten, weil Menschen sich miteinander verbunden fühlen. Solidarität spielt daher eine große Rolle beim Aufbau starker und geeinter Gemeinschaften. Wie wichtig Solidarität ist, zeigt auch ein Blick in die Geschichte. Während der Französischen Revolution war neben Freiheit und Gleichheit auch die Brüderlichkeit ein zentraler Wert – häufig übersetzt als Solidarität. Das verdeutlicht, wie eng Solidarität mit der Idee der Demokratie verknüpft ist (Gonthier, 2000).

Solidarität bezieht sich auf die Bereitschaft, anderen zu helfen oder die eigene Gruppe zu unterstützen, ohne sofort etwas dafür zurückzubekommen (De Beer & Koster, 2009). Andere betonen, dass echte Solidarität bedeutet, auch dann zu helfen, wenn dies den eigenen kurzfristigen Interessen widersprechen könnte (Van Oorschot, 2014).

Die EU definiert Solidarität als einen ihrer zentralen Werte in der Charta der Grundrechte. Zudem gehört es zu ihren wesentlichen Zielen, die Solidarität und den gegenseitigen Respekt zwischen den Völkern zu fördern, wie in Artikel 3 des Vertrags von Lissabon festgelegt.
https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/principles-and-values/aims-and-values_de



Wie bereit Menschen sind, Solidarität zu zeigen, hängt davon ab, wie verbunden sie sich mit anderen in der Gesellschaft fühlen (Paskov & Dewilde, 2012). Solidarität entsteht aus der Sorge um das Wohl anderer und der Gemeinschaft (Habermas, 1995). Sie ist daher eng mit Inklusion verbunden: Wen wollen wir unterstützen? Fühlen wir uns für alle verantwortlich oder nur für bestimmte Gruppen? Diese Fragen sind für die Demokratie wichtig, da eine starke und faire Gesellschaft alle ihre Mitglieder einbezieht und unterstützt.

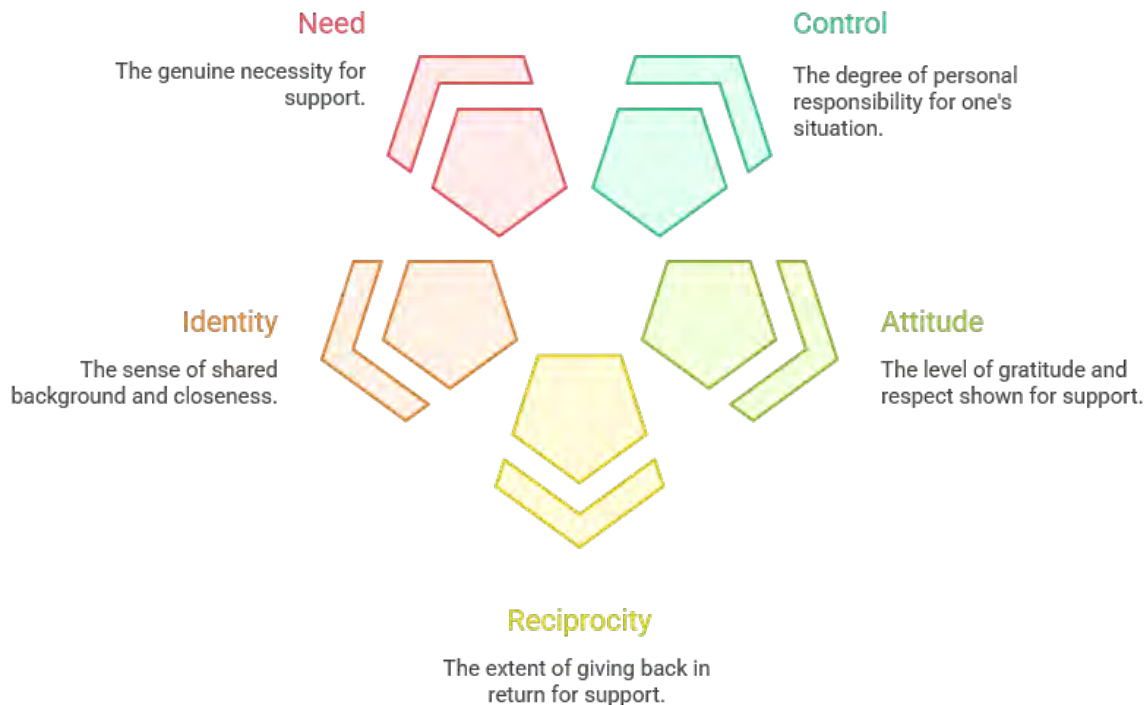
Früher beruhte Solidarität auf „**mechanischer Solidarität**“ (Durkheim, 1956): Menschen lebten in engen Gemeinschaften, teilten gemeinsame Normen, Werte und soziale, kulturelle, religiöse oder ethnische Hintergründe. Hilfe basierte auf dieser Gemeinsamkeit. In modernen, postindustriellen Gesellschaften werden Menschen individueller, und traditionelle Gemeinschaften wie Familie, Religion oder Nachbarschaft verlieren an Bedeutung. Manche befürchten deshalb einen Rückgang gemeinsamer Werte und sozialer Bindungen, was das Solidaritätsgefühl schwächen könnte (Koster, 2009; Komter & Vollebergh, 2002). Gleichzeitig gibt es „**organische Solidarität**“: Menschen sind durch unterschiedliche gesellschaftliche Rollen miteinander verbunden – etwa Landwirt*innen, Lehrkräfte oder Ärztinnen und Ärzte. Jeder ist auf andere angewiesen. Der Wohlfahrtsstaat organisiert diese gegenseitige Abhängigkeit über Systeme wie Gesundheitsversorgung, Bildung oder Arbeitslosenunterstützung. Wie diese Solidaritätssysteme funktionieren, hängt vom jeweiligen Wohlfahrtsstaats-typ ab (Arts & Gelissen, 2001; Paskov & Dewilde, 2012).



- **Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten** (z.B. skandinavische Länder) wollen alle Menschen gleichermaßen nach Bedarf unterstützen. Sie bieten breite und großzügige Leistungen für alle Bürgerinnen und Bürger.
- **Liberalen Wohlfahrtsstaaten** (z.B. die USA oder Großbritannien) erkennen ebenfalls Unterstützungsbedarf an, betonen jedoch Eigenverantwortung und erwarten, dass Menschen sich – wenn möglich – selbst helfen.
- **Konservative Wohlfahrtsstaaten** (z.B. Deutschland oder Frankreich) konzentrieren sich stärker auf die Unterstützung traditioneller sozialer Gruppen, wie Familien oder bestimmter Berufsgruppen, und halten Ressourcen eher innerhalb dieser Gruppen.

Auch wenn Solidarität ein gemeinsamer Wert in Europa ist, hängt die Ausgestaltung vom Wohlfahrtsstaats-typ (und weiteren Faktoren) ab. Zudem haben Menschen unterschiedliche Vorstellungen von Solidarität. Daher können manche Länder oder Gruppen höhere Solidaritätswerte zeigen als andere (z. B. Arts & Gelissen, 2001; Van Oorschot, 2006; Paskov & Dewilde, 2012), wie wir unten zeigen werden.

7.2 Solidaritätswerte: fünf Kriterien dafür, wer Unterstützung erhalten sollte



Die wichtige Rolle des Wohlfahrtsstaates bei der Bereitstellung von Solidarität im heutigen Europa wirft die Frage auf: Wer verdient Hilfe – und wer nicht? Um zu verstehen, wie Menschen diese Frage beantworten, haben Forschende das sogenannte Deservingness Framework entwickelt (Reeskens & van der Meer, 2019). Dieses Rahmenmodell bezieht sich nicht nur auf staatliche Unterstützung, sondern lässt sich auch auf den Alltag übertragen – etwa wenn entschieden wird, ob jemand Wohltätigkeit oder Unterstützung aus der Gemeinschaft erhalten sollte.

Das Deservingness Framework beruht auf fünf Kriterien, die das Akronym CARIN bilden (van Oorschot et al., 2017):

1. **Control** (Kontrolle) beschreibt, inwieweit eine Person selbst für ihre Notlage verantwortlich ist. Menschen zeigen mehr Solidarität, wenn jemand aus Gründen in Not gerät, die außerhalb seiner Kontrolle liegen – etwa durch Behinderung oder Alter. Das Kriterium lässt sich mit zwei Formen sozialer Ordnung verbinden. Erstens mit der moralischen Ordnung: Hilfe gilt eher als gerechtfertigt, wenn Personen als „gut“ und regelkonform wahrgenommen werden. Zweitens mit der Marktlogik, die individuelle Verantwortung betont und zwischen „verantwortungsvollen Gewinnern“, die Unterstützung verdienen, und „selbst verschuldeten Verlierern“, denen sie verweigert wird, unterscheidet.

2. **Attitude** (Einstellung) bezieht sich darauf, in welchem Maß eine hilfsbedürftige Person Dankbarkeit und Respekt für die erhaltene Unterstützung zeigt. Menschen sind eher bereit zu helfen, wenn jemand dankbar und respektvoll auftritt. Dieses Kriterium ist ebenfalls mit der moralischen Ordnung und normativer Konformität verknüpft, da Dankbarkeit für erhaltene Hilfe in vielen Gesellschaften als „richtige“ und sozial akzeptierte Haltung gilt.
 3. **Reciprocity** (Reziprozität) bezieht sich darauf, in welchem Maß eine hilfsbedürftige Person etwas für die erhaltene Unterstützung zurückgibt. Dies kann ein Beitrag zum Solidaritätssystem sein (z. B. durch Arbeit und Steuerzahlungen) oder ein Beitrag zur Gesellschaft allgemein (etwa durch Ehrenamt). Je mehr Reziprozität gezeigt wird, desto stärker sind die Solidaritätsgefühle. Dieses Kriterium steht in Verbindung zur Marktlogik und zur individuellen Verantwortung (vgl. Control): Personen in Not sollten zurückgeben, wenn sie dazu in der Lage sind.
 4. **Identity** (Identität) bezieht sich darauf, inwieweit sich Menschen mit einer hilfsbedürftigen Person identifizieren können, also wie ähnlich sie sich fühlen oder ob sie derselben Gruppe angehören – etwa durch gemeinsamen Hintergrund, Kultur oder räumliche Nähe. Dies zeigt, dass Solidarität oft von räumlicher, sozio-ökonomischer und kultureller Nähe abhängt. Das Kriterium lässt sich mit sozialer Vielfalt und der Unterscheidung zwischen Gruppen in der Gesellschaft verknüpfen.
 5. **Need** (Bedarf) bezieht sich darauf, wie stark eine Person tatsächlich auf Unterstützung angewiesen ist. Je grundlegender und notwendiger die Hilfe ist, desto berechtigter erscheint sie und desto mehr Solidarität wird empfunden. Dieses Kriterium ist eng mit Vorstellungen von Fairness und sozialer Ungleichheit verknüpft (Starkerklé, 2021).
- Zusammen erklären diese fünf Faktoren, warum Menschen (und Länder) darin variieren, wie viel Unterstützung sie geben möchten – und wem. Manche Gruppen erhalten mehr Sympathie und Hilfe, je nachdem, wie sie anhand der CARIN-Kriterien bewertet werden.



7.2.1. Anwendung von Solidaritätswerten: räumliche Solidarität

Wie oben erwähnt, spielt es für Solidarität eine wichtige Rolle, zu wem wir uns verbunden fühlen. Menschen sind oft eher bereit, anderen zu helfen, die ihnen geografisch näherstehen – etwa Personen aus derselben Stadt, Region oder demselben Land. Dieses Konzept der räumlichen Solidarität hängt mit dem Kriterium der „Identität“ zusammen. Je näher wir uns jemandem fühlen – weil er in unserer Nähe lebt, dieselbe Sprache spricht oder unsere Kultur teilt –, desto eher unterstützen wir diese Person. Dies wird als Proximity-Effekt bezeichnet: die Tendenz, mehr Solidarität mit Menschen zu zeigen, die uns „näher“ stehen.

Das Konzept der **räumlichen Solidarität** lässt sich in der Bildung für demokratische Teilhabe in der Sekundarstufe anhand greifbarer Messinstrumente umsetzen, zum Beispiel durch folgende Frage (EVS, 2017):

Inwieweit sorgen Sie sich um die Lebensbedingungen von

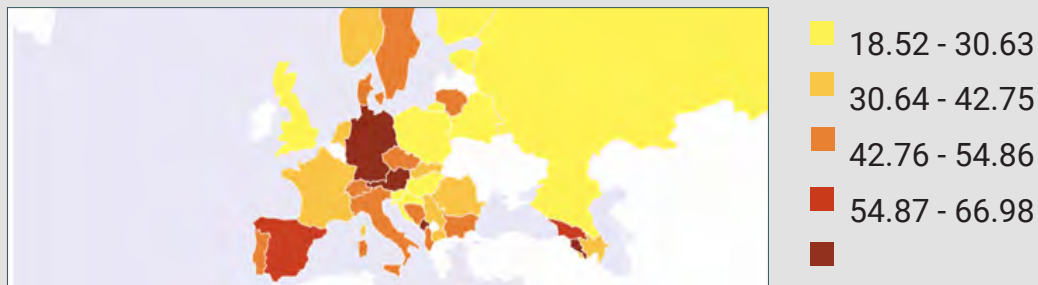
- *Menschen in Ihrer Nachbarschaft*
- *Menschen aus Ihrer Region*
- *Ihre Landsleute*
- *Europäer:innen*
- *Alle Menschen auf der ganzen Welt.*

1 Sehr stark; 2 Stark; 3 Etwas; 4 Nicht so sehr; 5 Überhaupt nicht;



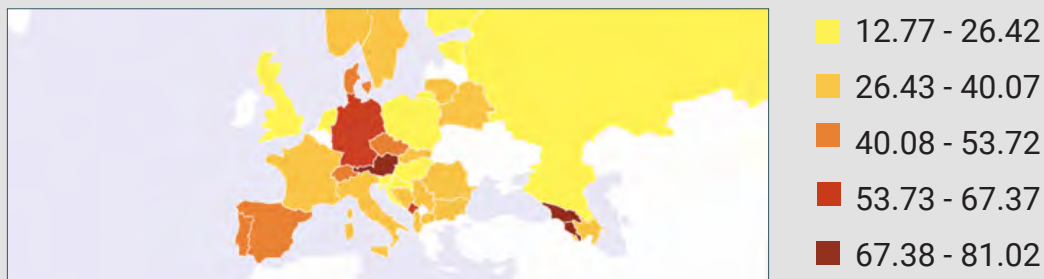
Abb. 7.1 bis 7.5 zeigen Unterschiede in der räumlichen Solidarität zwischen den europäischen Ländern und bestätigen die Annahme, dass sich Menschen stärker um die Lebensbedingungen von Personen in ihrer Nähe sorgen (Halman & Sieben, 2021). Dies weist darauf hin, dass geografische Nähe für Solidarität eine wichtige Rolle spielt.

Abb. 7.1 Anteil der Personen, die sich (sehr) stark um die Lebensbedingungen von Menschen in ihrer Nachbarschaft sorgen



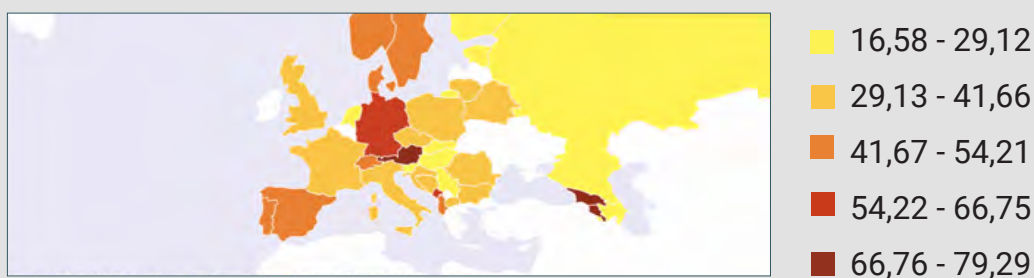
Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 7.2 Anteil der Personen, die sich (sehr) stark um die Lebensbedingungen von Menschen in ihrer Region sorgen



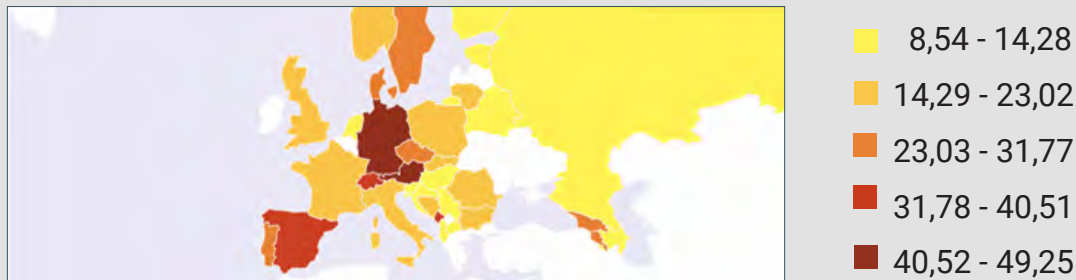
Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 7.3 Anteil der Personen, die sich (sehr) stark um die Lebensbedingungen von Menschen in ihrem Land sorgen



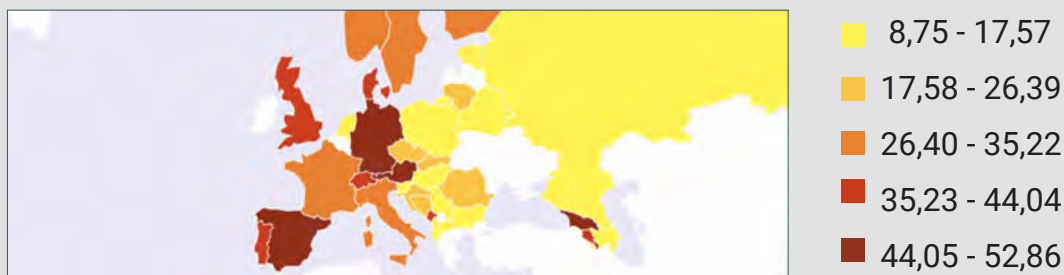
Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 7.4 Anteil der Personen, die sich (sehr) stark um die Lebensbedingungen von Menschen aus Europa sorgen



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 7.5 Anteil der Personen, die sich (sehr) stark um die Lebensbedingungen von Menschen in aus aller Welt sorgen



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

7.2.2. Anwendung von Solidaritätswerten: soziale Solidarität

Eine weitere Möglichkeit, Solidarität zu verstehen, besteht darin, zu betrachten, wem Menschen am ehesten Hilfe zuschreiben. Einige Gruppen gelten in der Gesellschaft als „hilfewürdiger“ als andere, was die Bereitschaft zur Unterstützung erhöht. In Bezug auf Empfänger staatlicher Sozialleistungen nennt die Literatur vier zentrale Gruppen: ältere Menschen, Arbeitslose, Migrantinnen und Migranten sowie kranke und beeinträchtigte Personen (van Oorschot, Roosma, Meuleman & Reeskens, 2017). Soziale Solidarität zeigt, dass Helfen nicht nur allgemein erfolgt, sondern davon ab-

hängt, wie Menschen die Bedürfnisse und Lebenslagen anderer einschätzen. Das Konzept der **sozialen Solidarität** kann folgendermaßen konkret gemessen werden (EVS, 2017):

Inwieweit sorgen Sie sich um die Lebensbedingungen der folgenden Gruppen, die in Ihrem Land leben:

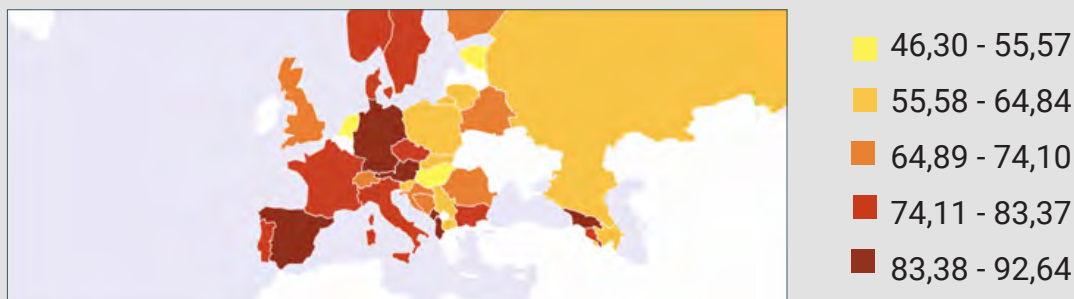
- Ältere Menschen
- Arbeitslose
- Zugewanderte
- Kranke und beeinträchtigte Menschen

1 Sehr stark; 2 Stark; 3 Etwas; 4 Nicht sehr; 5 Überhaupt nicht

Abb. 7.6 bis 7.9 zeigen Unterschiede in der sozialen Solidarität zwischen europäischen Ländern. Zudem zeigt sich ein durchgängiges Muster, eine „gemeinsame Hilfewürdigkeitskultur“: Ältere gelten als besonders hilfewürdig, gefolgt von kranken und beeinträchtigten Menschen; Arbeitslose werden als weniger hilfewürdig angesehen und Zugewanderte am wenigsten (Van Oorschot, 2005: 23). Dieses Muster entspricht den fünf oben beschriebenen Kriterien des Deservingness Framework:

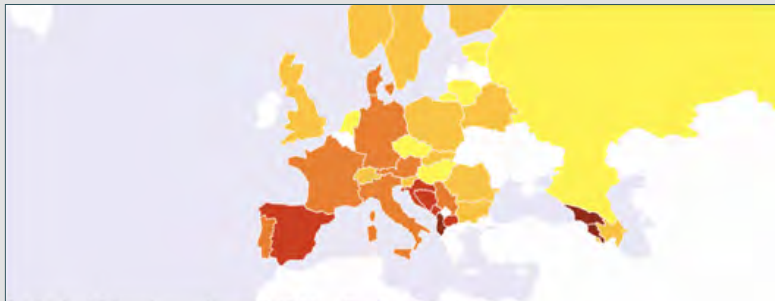
- Menschen können sich leichter mit **älteren Personen** identifizieren, weil sie denken: „Jeder, auch ich, wird irgendwann alt“ (Kriterien Kontrolle und Identität). Zudem gehen viele davon aus, dass ältere Menschen im Laufe ihres Lebens gearbeitet und zur Gesellschaft beigetragen haben und sich Unterstützung somit „verdient“ haben (Kriterium Reziprozität).
- **Kranke und beeinträchtigte Menschen** gelten ebenfalls als hilfewürdig, da sie tatsächliche Bedürfnisse haben und ohne eigenes Verschulden in ihrer Situation sind (Kriterien Bedarf und Kontrolle). Beim Kriterium Reziprozität schneiden sie etwas niedriger ab als ältere Menschen, da sie möglicherweise nicht dieselben Möglichkeiten hatten, im Laufe ihres Lebens in gleichem Maße zur Gesellschaft beizutragen.
- **Arbeitslose** werden dagegen häufig negativer bewertet. Studien zeigen, dass viele sie als weniger hilfewürdig ansehen, weil sie ihnen Arbeitsunwilligkeit oder den Missbrauch von Sozialleistungen unterstellen (Halvorsen, 2002; Furaker & Blomsterberg, 2003) – verbunden mit den Kriterien Kontrolle, Bedarf und Reziprozität. Daher wurden die Bedingungen für finanzielle Unterstützung bei Arbeitslosigkeit verschärft, was viele Europäer fair finden: Sie befürworten strengere Regeln wie den Nachweis aktiver Arbeitssuche (Meuleman et al., 2018).
- Schließlich gelten **Migrantinnen und Migranten** oft als am wenigsten hilfewürdig (Kootstra, 2016; Reeskens & van der Meer, 2019). Häufig fühlen sich Menschen ihnen weniger verbunden (Kriterium Identität); sie teilen möglicherweise nicht denselben Hintergrund, dieselbe Kultur oder Sprache, was es vielen schwerer macht, sich mit ihnen zu identifizieren (Holmes & Castañeda, 2016).

Abb. 7.6 Anteil der Personen, die sich (sehr) stark um die Lebensbedingungen älterer Menschen in ihrem Land sorgen



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

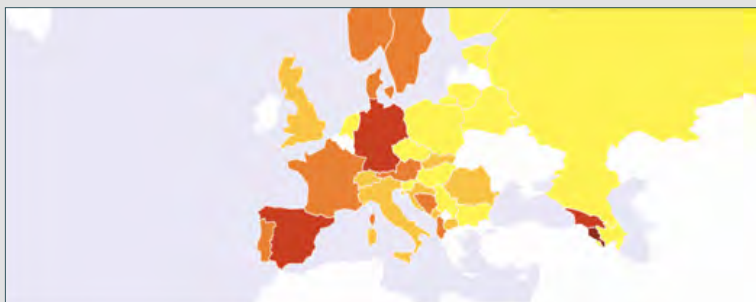
Abb. 7.7 Anteil der Personen, die sich (sehr) stark um die Lebensbedingungen arbeitsloser Menschen in ihrem Land sorgen



- 15.9 - 30.59
- 30.60 - 45.29
- 45.30 - 59.98
- 59.99 - 74.68
- 74.69 - 89.37

Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

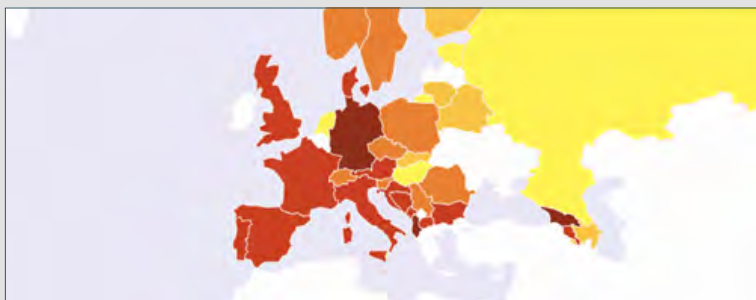
Abb. 7.8 Anteil der Personen, die sich (sehr) stark um die Lebensbedingungen Zugewanderter in ihrem Land sorgen



- 5.96 - 18.58
- 18.59 - 31.2
- 31.21 - 43.83
- 43.84 - 56.45
- 56.46 - 69.07

Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 7.9 Anteil der Personen, die sich (sehr) stark um die Lebensbedingungen kranker und beeinträchtigter Menschen in ihrem Land sorgen



- 39.08 - 50.33
- 50.34 - 61.58
- 61.59 - 72.84
- 72.85 - 84.09
- 84.10 - 95.34

Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

7.3 Unterschiede in Solidaritätswerten zwischen europäischen Ländern

Um Unterschiede in räumlicher und sozialer Solidarität zwischen europäischen Ländern zu erklären, lohnt sich zunächst ein Blick auf den **Wohlfahrtsstaatstyp**. Wie oben beschrieben, können großzügige Systeme – wie die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten in den nordischen Ländern (z. B. Schweden, Norwegen, Dänemark) – öffentliche Einstellungen zu Solidarität widerspiegeln. In diesen Ländern legen Menschen oft großen Wert auf Fairness und gegenseitige Unterstützung. Sozialdemokratische Systeme bieten Hilfe für alle und basieren auf der Idee gemeinsamer Verantwortung. Manche Forschende argumentieren, dass solche Systeme Solidarität sogar fördern können, weil sie als gesellschaftliche Norm gelten, der Bürgerinnen und Bürger folgen (Paskov & Dewilde, 2012). Andere weisen jedoch darauf hin, dass großzügige Wohlfahrtsstaaten unerwartete Nachteile haben können: Staatliche Hilfe ersetzt informelle Unterstützung (van Oorschoot, Arts & Halman, 2005). Wenn der Staat über formale Institutionen wie Gesundheitswesen oder Renten für Bedürftige sorgt, helfen Familien und Gemeinschaften möglicherweise weniger. Zudem zahlen Menschen in diesen Ländern hohe Steuern und könnten das Gefühl haben, ihren Beitrag bereits geleistet zu haben, so dass sie sich persönlich weniger verantwortlich fühlen (Paskov & Dewilde, 2012). Forschung zeigt tatsächlich, dass Personen in sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten geringere Solidaritätswerte aufweisen als in anderen Regimen (Gelis-

sen, 2000; Paskov & Dewilde, 2012).

Damit verbunden ist der sogenannte „national burden“-Effekt: Solidarität sinkt in Ländern **mit vielen Bedürftigen**. Wo der Anteil älterer Menschen, Arbeitsloser oder Migranten höher ist, empfinden Menschen das System als stärker belastet und sind weniger bereit zu unterstützen (van Oorschoot, Arts & Halman, 2005).

Dieser Belastungseffekt zeigt sich auch in **wirtschaftlichen Krisen**. Wenn Menschen selbst stärker unter finanziellen Problemen leiden, rücken eigene Sorgen in den Vordergrund, und der Blick für die Bedürfnisse anderer nimmt ab (Durr, 1993). Wie in Kapitel 2 beschrie-



ben, passt dies zur Modernisierungstheorie (Inglehart, 1990): In wohlhabenden, stabilen Ländern wachsen Menschen sicherer auf. Sind Grundbedürfnisse gedeckt, können sie sich eher mit Werten wie Gerechtigkeit, Gleichheit und Fürsorge beschäftigen – was Solidarität stärkt.

Schließlich spielt **Ungleichheit** eine wichtige Rolle. In ungleichen Gesellschaften führen verschiedene Gruppen sehr unterschiedliche Leben. Durch unterschiedliche sozioökonomische Lagen teilen Menschen oft keine gemeinsamen Lebenswelten, besuchen verschiedene Schulen und leben in getrennten Vierteln. Dadurch entstehen soziale und räumliche Distanzen, die Identifikation erschweren. Haben Menschen das Gefühl, wenig gemeinsam zu haben, sinkt die Bereitschaft, solidarisch zu handeln. In ungleicheren Gesellschaften ist Solidarität daher meist geringer (Paskov & Dewilde, 2012).

7.4 Individuelle Unterschiede in Solidaritätswerten: gesellschaftliche Gruppen

Bisher haben wir Unterschiede in räumlicher und sozialer Solidarität zwischen Ländern betrachtet und dafür das deservingness framework genutzt. Dieses Rahmenmodell kann jedoch auch dabei helfen zu erklären, warum sich Individuen innerhalb eines Landes in ihren Solidaritätswerten unterscheiden. Wichtige Faktoren sind Arbeitslosigkeit, Einkommen, Bildung, Alter, Migrationsstatus, Religion, Geschlecht und Familienstand.

Das Kriterium der Identität lässt sich auf **arbeitslose Personen** sowie auf Menschen anwenden, die ein erhöhtes Risiko haben, arbeitslos zu werden. Forschung zeigt, dass sie eher für Arbeitslosen-



unterstützung sind und mehr Solidarität mit Arbeitslosen empfinden (Iversen & Soskice, 2001), weil sie sich mit deren aktueller oder möglicher Lage verbunden fühlen. Ähnliches gilt für Menschen mit niedrigen **Einkommen** und geringerem **Bildungsniveau**: Sie sind stärker gefährdet, arbeitslos oder krank zu werden, und fühlen sich diesen Gruppen näher, was zu höherer Solidarität führen kann. Dennoch zeigen Studien, dass besonders höher Gebildete häufig höhere Solidaritätswerte besitzen (Van Oorschot, 2002). In höheren Bildungsgängen wird oft vermittelt, wie wichtig Demokratie, Gerechtigkeit und das Gemeinwohl sind – Werte, die die Bedeutung von Solidarität verdeutlichen (Gelissen, 2000; Paskov & Dewilde, 2012). Andere betonen, dass Solidarität auch eine Art „Luxus“ sein kann (Banks & Tanner, 1997): Menschen, die materiell abgesichert sind, können sich eher um die Bedürfnisse anderer kümmern. Deshalb zeigen Wohlhabendere häufig mehr Solidarität (Paskov & Dewilde, 2012).

Bezüglich des **Alters** zeigt Forschung, dass ältere Menschen oft solidarischer sind als jüngere (Paskov & Dewilde, 2012). Jüngere fühlen sich moralisch weniger verantwortlich (van Oorschot, 2002) und sind stärker auf ihr eigenes Leben fokussiert. Ältere und pensionierte Personen identifizieren sich zudem stärker mit anderen älteren, kranken oder beeinträchtigten Menschen.

Für **Migrantinnen und Migranten** wird eine ähnliche Argumentationslinie genutzt (Paskov & Dewilde, 2012). Sie fühlen sich der Gesamtbevölkerung ihres neuen Landes oft weniger verbunden. Wenn Menschen das Gefühl haben, nicht vollständig dazuzugehören, empfinden

sie möglicherweise weniger Verantwortung gegenüber anderen. Allgemein gilt: soziale und räumliche Nähe spielt eine Rolle. Je enger Menschen sich anderen fühlen, desto eher zeigen sie Solidarität.



Im Zusammenhang mit **Religion** wird Solidarität weniger über Identifikation erklärt als über moralische Verpflichtung. Religiöse Menschen spenden häufiger Zeit oder Geld für Bedürftige (Scheepers & Te Grotenhuis, 2005) und zeigen insgesamt häufig höhere Solidarität als nicht religiöse Personen (Paskov & Dewilde, 2012).

Zudem zeigen **Frauen** im Durchschnitt höhere Solidaritätswerte, da sie stärker Wert auf Fürsorge, gegenseitige Unterstützung und Verantwortung legen (Diekman & Sneider, 2010). Auch der **Familienstand** spielt eine Rolle: Personen in Beziehungen – insbesondere in der Ehe – sind eher gewohnt, Verantwortung für andere zu übernehmen, was sich auch in mehr Solidarität gegenüber der Gesellschaft ausdrücken kann (Paskov & Dewilde, 2012).

Wie in den Sozialwissenschaften üblich,

sprechen wir hier über probabilistische Zusammenhänge, nicht über deterministische. Das bedeutet: Ein bestimmter Faktor erhöht lediglich die Wahrscheinlichkeit eines bestimmten Ergebnisses, führt aber nicht zwangsläufig dazu. Wenn wir also sagen, „Menschen in sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten zeigen tendenziell weniger Solidarität“, heißt das nicht, dass jede Person dort weniger solidarisch ist, sondern dass dies statistisch häufiger vorkommt. Werte und Einstellungen sind komplex und hängen von vielen Einflüssen ab; Ausnahmen gibt es immer – sowohl auf individueller als auch auf Länderebene.

7.5 Schlussfolgerung

In diesem Kapitel haben wir Solidarität als die Bereitschaft definiert, anderen zu helfen oder die Gemeinschaft zu unterstützen – auch dann, wenn man selbst nicht direkt davon profitiert. Wir haben festgestellt, dass Solidarität ein zentraler Wert in europäischen Demokratien ist. In modernen, postindustriellen Gesellschaften hat Solidari-

tät einen organischen Charakter und ist eng mit dem Wohlfahrtsstaat verknüpft. Solidaritätswerte können sich auf räumliche Solidarität beziehen (Sorge um Menschen, die in der Nähe leben) oder auf soziale Solidarität (Sorge um bedürftige Gruppen in der Gesellschaft). Wie viel Solidarität wir empfinden, hängt von fünf Kriterien ab: ob die Menschen, die Hilfe benötigen, (1) selbst für ihre Situation verantwortlich sind (Kontrolle), (2) Dankbarkeit und Respekt zeigen (Einstellung), (3) etwas zurückgeben (Reziprozität), (4) uns ähnlich sind (Identität) und (5) tatsächliche Unterstützung brauchen (Bedarf). Unterschiede in räumlicher und sozialer Solidarität zwischen Ländern werden beeinflusst vom Wohlfahrtsstaatstyp, von makroökonomischen Bedingungen und vom Ausmaß der Einkommensungleichheit. Individuelle Unterschiede innerhalb von Ländern hängen unter anderem mit Arbeitslosigkeit, Einkommen, Bildung, Alter, Migrationsstatus, Religion, Geschlecht und Familienstand zusammen.

Bei der Betrachtung von Solidaritätswerten und den Unterschieden zwischen Ländern und Individuen ist es wichtig zu erkennen, dass Solidarität ein komplexes Phänomen ist.

Wir haben bereits auf unterschiedliche Perspektiven hingewiesen, etwa in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Solidarität und Wohlfahrtsstaatstyp oder Bildungsniveau, die zu gegensätzlichen Ergebnissen führen können (höhere versus niedrigere Solidarität). Zudem wirken Faktoren auf individueller und auf Länderebene nicht unabhängig voneinander, sondern können sich gegenseitig beeinflussen. Ein Beispiel:



Während wirtschaftlicher Schwierigkeiten – etwa im Zuge einer Rezession oder Finanzkrise – zeigen Menschen oft weniger Solidarität. Doch nicht alle Gruppen sind gleichermaßen betroffen. Personen mit geringem Einkommen oder niedrigerem Bildungsniveau leiden stärker unter wirtschaftlichen Problemen als wohlhabendere oder höhergebildete Menschen. Sie verlieren eher ihre Jobs oder haben größere Schwierigkeiten mit steigenden Lebenshaltungskosten. Diese Gruppen nehmen zudem häufiger wahr, dass sie mit anderen bedürftigen Gruppen – wie Arbeitslosen oder Migranten – um knappe Ressourcen wie Wohnraum, Arbeitsplätze oder Sozialleistungen konkurrieren. Wenn Menschen das Gefühl haben, dass Ressourcen begrenzt sind, sinkt häufig ihre Bereitschaft zu helfen, besonders wenn sie selbst in einer schwierigen Lage sind. Daher kann in Ländern mit geringem Wirtschaftswachstum die Solidarität insgesamt zurückgehen – besonders jedoch bei Personen mit niedrigerem Einkommen oder Bildungsniveau (Paskov & Dewilde, 2012).

Literaturverzeichnis

Abela, A. (2004) Solidarity and Religion in the European Union: A Comparative Sociological Perspective, in P. Xuereb (ed.) The Value(s) of a Constitution for Europe, pp. 71–101. Malta: European Documentation and Research Centre, University of Malta

Arts, W., & Gelissen, J. (2001). Welfare states, solidarity and justice principles: does the type really matter?. Acta Sociologica, 44(4), 283-299.

Banting, K., & Kymlicka, W. (2017). The

Beispielhafte Unterrichtsstrategie:

„Kopf Herz Hände“

Kontroverses Diskussionsthema: „Eine Gesellschaft ist fair, wenn sie sich um diejenigen kümmert, die arm und bedürftig sind – unabhängig davon, was sie der Gesellschaft zurückgeben.“

Visueller Input: „Fuck of the poor“
<https://youtu.be/4AhiElzMwLs>

Erklärende Theorien: Mechanische und organische Solidarität; CARIN-Kriterien der Hilfewürdigkeit



Siehe: <https://atlasofeuropeanvalues.eu/materials.html>

strains of commitment: The political sources of solidarity in diverse societies. Oxford: Oxford University Press.

Busemeyer, M. R., Rathgeb, P., & Sahn, A. H. (2021). Authoritarian values and the welfare state: the social policy preferences of radical right voters. West European Politics, DOI:

10.1080/01402382.2021.1886497.

De Beer, P., & Koster, F. (2009). Sticking Together or Falling Apart? Solidarity in an Era of Individualization and Globalization. Amsterdam University Press.

Durkheim, E. (1956). The Division of Labor in Society. New York: Free Press.

Durr, R. H. (1993). What moves policy sentiment?. American Political Science Review, 87(1): 158-170.

Derpmann, S. (2009). Solidarity and cosmopolitanism. Ethical theory and moral practice, 12(3), 303-315.

Furåker, B., & Blomsterberg, M. (2003). Attitudes towards the unemployed. An analysis of Swedish survey data. International Journal of Social Welfare, 12(3), 193-203.

Gelissen, J. (2000). Popular support for institutionalised solidarity: a comparison between European welfare states. International Journal of Social Welfare, 9(4), 285-300.

Gonthier, C. D. (2000). Liberty, equality, fraternity: the forgotten leg of the trilogy, or fraternity: the unspoken third pillar of democracy. McGill Law Journal (45), 567-589.

Habermas, J. (1995). Reconciliation through the public use of reason: Remarks on John Rawls's political liberalism. The Journal of Philosophy, 92(3), 109-131.

Halvorsen, K. (2002) Solidarity and the Legitimacy of the Welfare State: Attitudes to Abuse of Welfare Benefits in Scandinavian Countries. Florence: COST13 Working Group II meeting.

Holmes, S. M., & Castañeda, H. (2016). Representing the "European refugee crisis" in Germany and beyond: Deservingness and difference, life and death. American Ethnologist, 43(1), 12-24.

Iversen, T. & Soskice, D. (2001). An asset theory of social policy preferences. American Political Science Review 95(4): 875–893.

Jæger, M. M. (2008). Does left–right orientation have a causal effect on support for redistribution? Causal analysis with cross-sectional data using instrumental variables. International Journal of Public Opinion Research, 20(3), 363-374.

Kootstra, A. (2016). Deserving and undeserving welfare claimants in Britain and the Netherlands: Examining the role of ethnicity and migration status using a vignette experiment. European Sociological Review, 32(3), 325-338.

Koster, F. (2009). Sticking together or falling apart?: Solidarity in an era of individualization and globalization. Amsterdam University Press.

Likki, T., & Staerklé, C. (2014). A typology of ideological attitudes towards social solidarity and social control. Journal of Community & Applied Social Psychology, 24(5), 406-421.

Paskov, M., & Dewilde, C. (2012). Income inequality and solidarity in Europe. Research in Social Stratification and Mobility, 30(4), 415-432.

Reeskens, T., & van der Meer, T. (2019). The inevitable deservingness gap: A study into the insurmountable immig-

rant penalty in perceived welfare deservingness. *Journal of European Social Policy*, 29(2), 166-181.

Rowntree, B. S. (1902) *Poverty. A Study of Town Life*, London: Thomas Nelson and Sons

Rothstein, B. (2011). *The quality of government: Corruption, social trust, and inequality in international perspective*. Chicago: University of Chicago Press.

Scheepers, P., & Grotenhuis, M. T. (2005). Who cares for the poor in Europe? Micro and macro determinants for alleviating poverty in 15 European countries. *European Sociological Review*, 21(5), 453-465.

Staerklé, C. (2021) *Social Psychological Aspects of a Cultural Approach to Welfare Attitudes*. Pp 203-215 in Laenen, T., Meuleman, B., Otto, A., Roosma, F., & Van

Lancker, W. (Eds.). *Leading Social Policy Analysis from the Front*. KU Leuven: Centre for Sociological Research.

Van Oorschot, W. (2002). Individual motives for contributing to welfare benefits in the Netherlands. *Policy & Politics*, 30(1), 31-46.

Van Oorschot, W. (2005). *Immigrants, Welfare and Deservingness: Opinions in European Welfare States*. Aalborg Universitet: Centre for Comparative Welfare Studies, Institut for Økonomi, Politik og Forvaltning, Aalborg Universitet.

Van Oorschot, W. (2006). Making the difference in social Europe: deservingness perceptions among citizens of European welfare states. *Journal of European Social Policy*, 16(1), 23-42.

Van Oorschot, W. (2014). *Solidarity*. Pp 6216-6218 in Michaelos (Ed.) *Encyclopedia of quality of life and well-being research*. Dordrecht, the Netherlands: Springer.

Van Oorschot, W., Arts, W., & Halman, L. (2005). Welfare state effects on social capital and informal solidarity in the European Union: evidence from the 1999/2000 European Values Study. *Policy & Politics*, 33(1), 33-54

Van Oorschot, W., Roosma, F., Meuleman, B., & Reeskens, T. (Eds.). (2017). *The social legitimacy of targeted welfare: Attitudes to welfare deservingness*. Edward Elgar Publishing.

Dieses Kapitel basiert auf dem theoretischen Hintergrundbericht zur Solidarität, der unter www.atlas-europeanvalues.eu verfügbar ist. Wir haben neue Elemente ergänzt und die Literatur aktualisiert. Zudem wurde ChatGPT mit dem Prompt „Could you please improve this text to make it more accessible for democracy and civic education in secondary schools“ verwendet.

Gerechtigkeit

Kapitel 8





Zusammenfassung

Gerechtigkeit betrifft die Fairness in der Art und Weise, wie Menschen durch Recht und Regierung behandelt werden. Sie ist eng mit dem Konzept der Rechtsstaatlichkeit verbunden: Man geht davon aus, dass Gerechtigkeit dazu beiträgt, Freiheit und Gleichheit zu schützen, Machtmissbrauch zu verhindern und Menschen Möglichkeiten zu geben, Konflikte zu lösen und politisches Engagement zu zeigen. Gerechtigkeit ist daher mit Demokratie verknüpft und ein grundlegendes Ziel der EU.

Gerechtigkeitswerte stehen in engem Zusammenhang mit Bürgerrechten. Faire und gleiche Behandlung durch die Regierung ist in Gesetzen festgelegt, die von einem unabhängigen Justizsystem durchgesetzt werden; dies erfordert, dass Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in Justizinstitutionen haben. Gleichzeitig ist Gerechtigkeit auch mit Bürgerpflichten verbunden: handeln, ohne dem Kollektiv zu schaden. Gerechtigkeitswerte lassen sich eher instrumentell als moralisch erklären, da diese Werte eng mit den Erfahrungen der Menschen in Vergangenheit und Gegenwart verbunden sind und damit, wie sie beurteilen, ob Justizinstitutionen und das Gemeinwesen wirksam funktionieren.

Gerechtigkeit wird in Ländern ohne kommunistische Vergangenheit, mit längeren Demokratisierungstraditionen, besser funktionierender Demokratie und niedrigeren Korruptionsniveaus stärker wertgeschätzt.

Gerechtigkeit wird stärker von Personen geschätzt, die ein höheres Einkommen und höhere Bildungsniveaus haben, die religiös sind, die Frauen sind und die älter sind.

Die Umsetzung in der Bildung für demokratische Teilhabe in der Sekundarstufe kann erreicht werden, indem man sich auf greifbare Messgrößen konzentriert wie:

- *Vertrauen in das Justizsystem, die Polizei und den öffentlichen Dienst (Vertrauen in Justizinstitutionen)*
- Rechtfertigung schädlicher öffentlicher Handlungen (Akzeptanz von Verstößen gegen das Gemeinwohl):
 - Staatliche Leistungen beziehen, auf die man keinen Anspruch hat
 - Steuern hinterziehen, wenn man die Gelegenheit dazu hat
 - Während der Ausübung der eigenen Tätigkeit ein Bestechungsgeld annehmen
 - Im öffentlichen Verkehr ohne gültiges Ticket fahren

>> Beispielhafte Unterrichtsstrategie: "Wertekompass"

8.1 Einführung

Gerechtigkeit bedeutet Fairness in der Art, wie Menschen durch Gesetz und Regierung behandelt werden: Bürgerinnen und Bürger sollen angemessen und unparteiisch behandelt werden, unabhängig davon, wer sie sind. Das Prinzip der Gerechtigkeit ist eng mit der Idee der Rechtsstaatlichkeit verbunden. Das heißt, ein Land sollte ein starkes und faires Rechtssystem haben, das für alle gilt. Rechtsstaatlichkeit beruht auf vier wichtigen Grundideen (World Justice Project, o. J.). Erstens sind Institutionen (einschließlich der Regierung) und Bürger:innen denselben Gesetzen verpflichtet. Zweitens müssen Gesetze gerecht sein, also fair und klar formuliert.

Drittens muss die Regierung offen handeln und Gesetze müssen transparent sein. Und viertens sollte es zugängliche und unabhängige Justiz geben, sodass alle Menschen Zugang zu Recht und fairer Behandlung haben. Diese Ideen schützen Freiheit und Gleichheit, verhindern Machtmissbrauch und ermöglichen Konfliktlösung und politische Beteiligung. Gerechtigkeit ist daher eng mit Demokratie verbunden (Valentini, 2013).

Gerechtigkeit steht im Zentrum der Europäischen Union, da sie eines ihrer grundlegenden Ziele ist. Sie ist eng mit dem leitenden EU-Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verbunden. Mit Gerechtigkeit verbundene Rechte sind in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Kapitel VI) geschützt.



https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/principles-and-values/aims-and-values_de

Gerechtigkeit ist in dem oben beschriebenen Sinne eng mit den Rechten der Bürger:innen verbunden. Sie bedeutet, dass Menschen durch den Staat und seine Institutionen gerecht und fair behandelt werden. Alles staatliche Handeln beruht auf Verfassungen, Gesetzen und Verträgen, die von einem unabhängigen Rechtssystem getragen werden. Zugleich ist Gerechtigkeit auch mit Pflichten der Bürger:innen verbunden. Denn Gerechtigkeit ist eine ethische Idee: Eine „gerechte“ Person handelt in der Regel moralisch richtig und ist bereit, jedem und jeder das Zustehende zu geben. Aus gesellschaftlicher Perspektive bezieht sich Gerechtigkeit auf bürgerschaftliches Verhalten, also gesetzestreu handeln, das dem Gemeinwohl nicht schadet. Gerechtigkeitswerte betreffen daher sowohl Gerechtigkeit als System (Rechtsstaatlichkeit) als auch den Respekt vor dem Gemeinwohl. Studien zeigen, dass Gerechtigkeit in Europa hoch geschätzt wird, auch wenn zwischen den Ländern Unterschiede bestehen (Hough, Jackson & Bradford, 2013; Schaap & Scheepers, 2014; Sieben & Halman, 2015), wie weiter unten gezeigt wird.

8.2 Gerechtigkeitswerte: Vertrauen in Institutionen und Akzeptanz von Verstößen gegen das Gemeinwohl

Die genannten Bürgerrechte und -pflichten bieten einen Ausgangspunkt zur Beschreibung von Gerechtigkeitswerten und zur Erklärung von Unterschieden zwischen Ländern und sozialen



Gruppen. Bürgerrechte im Bereich der Gerechtigkeit betreffen das Funktionieren des Rechtssystems, das fair und zuverlässig für alle Bürger:innen arbeiten soll. Dafür benötigen Justizinstitutionen das Vertrauen der Bevölkerung. Gleichzeitig müssen Bürger:innen ihren Pflichten nachkommen, Gesetze einhalten und dem Gemeinwohl nicht schaden. Beide Aspekte sind eng verknüpft: Wer dem Justizsystem vertraut, erkennt dessen Legitimität an und ist eher bereit, Regeln zu befolgen und mit Institutionen zu kooperieren (Hough, Jackson & Bradford, 2013).

Manche Menschen unterstützen Gerechtigkeit stärker als andere, indem sie Justizinstitutionen mehr Vertrauen entgegenbringen und häufiger gesetzestreu handeln. Da es sich bei Gerechtigkeitswerten um ethische Vorstellungen von richtig und falsch handelt, lassen sich diese Unterschiede auch **moralisch** erklären. Traditionell spielten religiöse Institutionen dabei eine wichtige Rolle, etwa durch Lehren, die Respekt vor Autoritäten förderten und Regelverstöße sanktionierten, wie die Hellfire-Hypothese von Hirschi und Stark (1969) beschreibt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass säkulare Menschen unmoralisch sind oder abweichendes Verhalten ak-

zeptieren (vgl. Widdows, 2004). Auch die Annahme eines moralischen Verfalls durch religiösen Rückgang in Europa wird von der Forschung nicht bestätigt: Säkularisierung geht nicht mit mehr Egoismus oder antisozialem Verhalten einher (Storm, 2016).

Daher verweist die Literatur auf eine zweite, vermutlich passendere Perspektive zur Erklärung von Gerechtigkeitswerten: einen pragmatischen und **instrumentellen Ansatz** (Hough, Jackson & Bradford, 2013). Menschen vertrauen Justizinstitutionen, wenn sie diese positiv bewerten und das System als wirksam wahrnehmen. Ein ähnlicher Mechanismus zeigt sich bei politischer Unterstützung: Vertrauen in staatliche Akteure wächst, wenn deren Leistung positiv eingeschätzt wird. Solche Bewertungen beruhen auf persönlichen Erfahrungen mit Justizinstitutionen, direkt oder indirekt etwa durch Medienberichte. Der instrumentelle Ansatz gilt auch für die (Nicht-)Akzeptanz von Hand-

lungen, die dem Gemeinwohl schaden. Wenn Menschen den Eindruck gewinnen, dass sich rechtswidriges Verhalten lohnt – etwa wegen geringer Strafen oder eines ineffektiven Rechtssystems –, steigt die Bereitschaft, solches Verhalten zu unterstützen. Auch dies hängt eng mit persönlichen Erfahrungen zusammen.



8.2.1. Anwendung von Gerechtigkeitswerten: Vertrauen in Justizinstitutionen

Wie oben beschrieben, bezeichnet Gerechtigkeit die Idee, dass Menschen durch Staat und Gesetz fair behandelt werden. Damit dies funktioniert, müssen Bürger:innen sich auf Justizinstitutionen verlassen und ihnen Vertrauen entgegenbringen. Öffentliches Vertrauen in die Justiz trägt dazu bei, Überzeugungen über die Legitimität dieser Institutionen zu stärken. Dadurch erhalten sie Autorität, was wiederum Kooperation und Regelbefolgung fördert.

Dies betrifft zunächst das Justizsystem selbst: Gerichte auf regionaler, nationaler und supranationaler Ebene, ihre Richter:innen, Staatsanwält:innen und Anwält:innen, ebenso wie Strafverfolgungsbehörden wie die Polizei. Da-

rüber hinaus umfasst es Vertrauen in Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Organisationen, die Gesetze und politische Maßnahmen umsetzen, etwa Verwaltungen auf nationaler und regionaler Ebene. Von all diesen staatlichen Akteuren werden Fairness und Unparteilichkeit erwartet.

Das Konzept des **Vertrauens in Justizinstitutionen** lässt sich in der schulischen Bildung für demokratische Bürgerschaft in der Sekundarstufe durch eine konkrete Messung umsetzen, etwa mit folgender Frage (EVS, 2017):

Wie viel Vertrauen haben Sie in

- *das Justizsystem*
- *die Polizei*
- *den öffentlichen Dienst.*

Ist es (1) sehr groß, (2) ziemlich groß, (3) nicht sehr groß oder (4) nicht vorhanden?

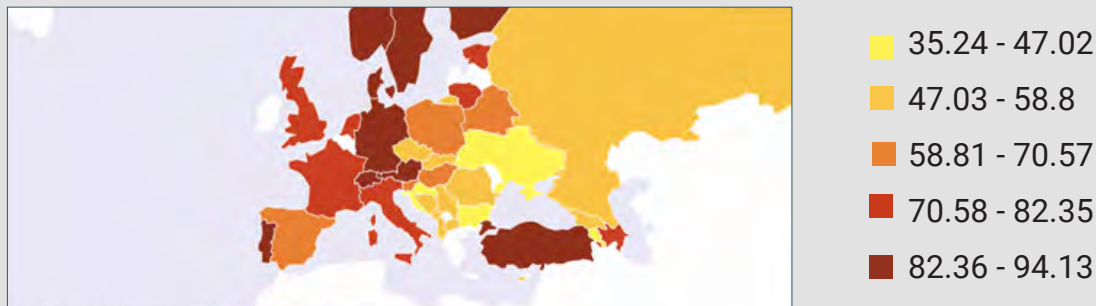
Die Abbildungen 8.1 bis 8.3 zeigen Unterschiede im Vertrauen in Justizinstitutionen zwischen den Ländern Europas.

Abb. 8.1 Anteil der Menschen, die großes oder ziemlich großes Vertrauen in das Justizsystem haben



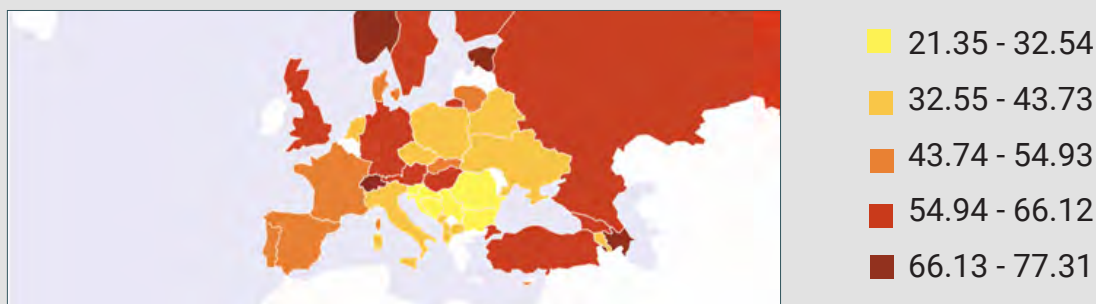
Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 8.2 Anteil der Menschen, die großes oder ziemlich großes Vertrauen in die Polizei haben



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 8.3 Anteil der Menschen, die großes oder ziemlich großes Vertrauen in den öffentlichen Dienst haben



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

8.2.2. Anwendung von Gerechtigkeitswerten: Akzeptanz von Verstößen gegen das Gemeinwohl

Wie oben dargestellt, lassen sich Gerechtigkeitswerte auch über ihre moralische Dimension erfassen. Bürger:innen haben neben Rechten auch Pflichten und sollen so handeln, dass sie dem Gemeinwohl nicht schaden. Daher betrachten wir auch die **Akzeptanz von Verstößen gegen das öffentliche Interesse**. Diese lässt sich wie folgt konkret messen (EVS, 2017):

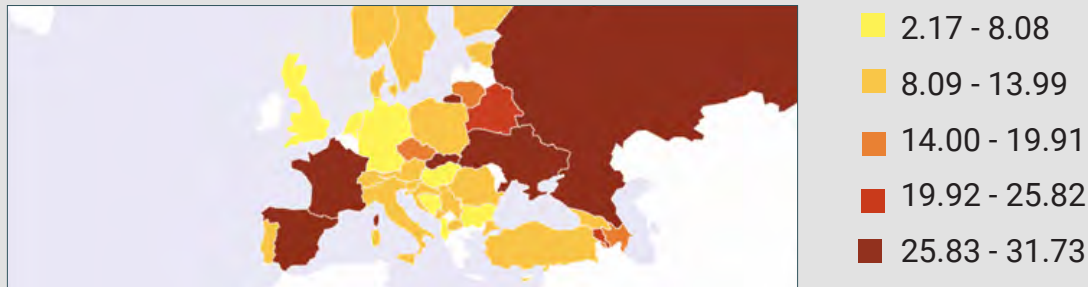
Bitte geben Sie für jede der folgenden Handlungen an, ob sie immer gerechtfertigt, niemals gerechtfertigt oder etwas dazwischen ist:

- *Unrechtmäßiges Beziehen staatlicher Leistungen*
- *Steuern hinterziehen, wenn man die Möglichkeit dazu hat*
- *Eine Bestechung im Rahmen der eigenen Tätigkeit annehmen*
- *Schwarzfahren*

Bitte geben Sie Ihre Antwort auf einer Skala von 1 („niemals gerechtfertigt“) bis 10 („immer gerechtfertigt“) an.

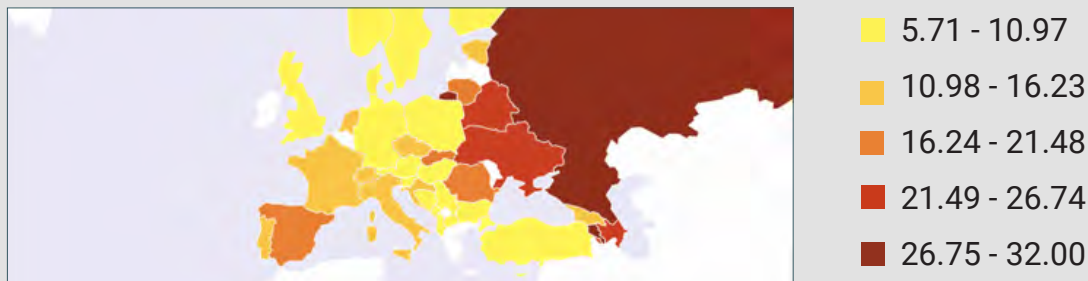
Abbildungen 8.4 bis 8.7 zeigen Unterschiede in der Akzeptanz entsprechender Handlungen zwischen den Ländern Europas. Insgesamt sind in Europa eher niedrige Werte der Akzeptanz von Handlungen zu beobachten, die dem Gemeinwohl schaden. Die höchsten Werte finden sich in Ländern, die früher Teil der Sowjetunion

Abb. 8.4 Durchschnittliche Bewertung auf einer Skala von 0 („niemals gerechtfertigt“) bis 100 („immer gerechtfertigt“): unrechtmäßiges Beziehen staatlicher Leistungen



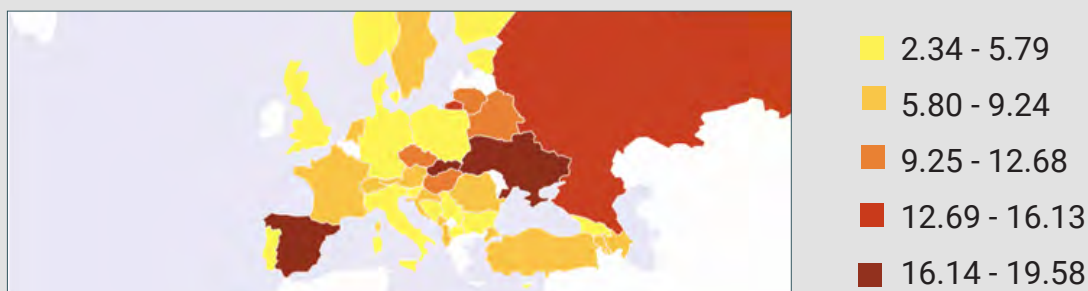
Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 8.5 Durchschnittliche Bewertung auf einer Skala von 0 („niemals gerechtfertigt“) bis 100 („immer gerechtfertigt“): Steuerhinterziehung



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

Abb. 8.6 Durchschnittliche Bewertung auf einer Skala von 0 („niemals gerechtfertigt“) bis 100 („immer gerechtfertigt“): Bestechung annehmen



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

⁸ Meinungen auf der ursprünglichen Skala (1–10) wurden in eine Skala von 0–100 umgerechnet.

Abb. 8.7 Durchschnittliche Bewertung auf einer Skala von 0 („niemals gerechtfertigt“) bis 100 („immer gerechtfertigt“): Schwarzfahren



Quelle: www.atlasofeuropeanvalues.eu

8.3 Unterschiede in Gerechtigkeitswerten im europäischen Vergleich

Wir können den zuvor beschriebenen theoretischen Rahmen des instrumentellen Ansatzes nutzen – der Bewertungen und persönliche Erfahrungen mit dem Funktionieren von Justizinstitutionen und dem Gemeinwesen in den Mittelpunkt stellt –, um Unterschiede in Gerechtigkeitswerten zwischen europäischen Ländern zu erklären.

Zunächst verweist die Literatur auf das **Erbe kommunistischer Herrschaft**. Studien zeigen, dass das Vertrauen in Justizinstitutionen in osteuropäischen Ländern geringer ist als in westeuropäischen (Hough, Jackson & Bradford, 2013; Schaap & Scheepers, 2014). Zudem ist die Akzeptanz von Verstößen gegen das Gemeinwohl in postsozialistischen Staaten relativ hoch, insbesondere in Ländern, die früher Teil der Sowjetunion waren (Listhaug & Ringdal, 2004; Frey & Torgler, 2007; Halman & Sieben, 2014). Diese Befunde werden mit der historischen Vergangenheit der Länder erklärt (siehe auch Trüdinger &

Hildebrandt, 2012; Sieben & Halman, 2015): Während der Sowjetzeit übte der kommunistische Staat strenge Kontrolle aus, was bei vielen Menschen Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen erzeugte. In Ländern mit dieser Erfahrung fühlen sich Menschen oft bis heute distanziert vom Staat. Dadurch empfinden sie möglicherweise weniger Verantwortung für die Erfüllung bürgerschaftlicher Pflichten wie das ehrliche Zahlen von Steuern. Entsprechend sind sie eher bereit, Verhaltensweisen wie Sozialleistungsbetrug oder Steuerhinterziehung zu akzeptieren, obwohl diese dem Gemeinwohl schaden.

Dies verdeutlicht auch, dass die Art der Regierungsführung beeinflusst, wie Menschen über Gerechtigkeit denken. In demokratischen Staaten setzt die Regierung nicht auf Angst oder Zwang wie totalitäre Regime. Stattdessen beruhen Demokratien darauf, dass Bürger:innen sich freiwillig an Gesetze halten und staatliche sowie justizielle Institutionen respektieren (Inglehart & Welzel, 2005). Daher handeln Menschen in Ländern mit **längerer demokratischer Tradition** oder **besser funktionierender Demokratie** eher pflichtbewusst und orien-

tieren sich stärker am Gemeinwohl.

Wendet man den Ansatz wahrgenommener Erfahrungen mit dem Funktionieren von Justizinstitutionen und dem Gemeinwesen an, zeigt sich zudem die Bedeutung von **Korruption** für Gerechtigkeitswerte. Korruption ist ein zentraler Indikator für Fairness und Unparteilichkeit staatlichen Handelns und gilt als wichtiger Maßstab für Regierungsqualität (Uslaner, 2017). Sie verletzt das Prinzip transparenter Regierungsführung, untergräbt Legitimität und verstärkt soziale Ungleichheiten (Kääriäinen, 2007). Entsprechend zeigen Studien, dass in Ländern mit höherem (wahrgenommenem) Korruptionsniveau das Vertrauen in Justizinstitutionen wie die Polizei geringer ist (Kääriäinen, 2007). Gleichzeitig ist dort die Akzeptanz von Verstößen gegen das Gemeinwohl höher (Halman & Sieben, 2015).

Abschließend wird der Blick auf **kollektivistische Kulturen** gerichtet. In manchen Gesellschaften steht die Gruppe oder Gemeinschaft stärker im Mittelpunkt; man spricht von kollektivistischen Kulturen. Individualistische Kulturen hingegen betonen

persönliche Freiheit und Unabhängigkeit. In kollektivistischen Kulturen lernen Menschen häufiger, Gruppennormen zu befolgen und die Interessen der Gemeinschaft über die eigenen zu stellen (Hofstede, 2001). Dies könnte erwarten lassen, dass dort mehr Wert auf öffentliches Verhalten und Regeln gelegt wird. Forschungsergebnisse zeigen jedoch keinen starken Zusammenhang zwischen der kulturellen Ausrichtung eines Landes und der Toleranz gegenüber Handlungen, die dem Gemeinwohl schaden (Halman & Sieben, 2015).

8.4 Individuelle Unterschiede in Gerechtigkeitswerten: gesellschaftliche Gruppen

Bisher haben wir Unterschiede in Gerechtigkeitswerten zwischen Ländern betrachtet und diese mithilfe des instrumentellen Ansatzes erklärt, der Bewertungen und persönliche Erfahrungen mit Justizinstitutionen und dem Gemeinwesen in den Mittelpunkt stellt. Dieser Ansatz hilft auch, Unterschiede zwischen Individuen innerhalb von Län-



dern zu verstehen. Ergänzend greifen wir erneut auf die moralische Perspektive zurück, da auch sie hierfür relevant ist. Betrachtet werden Einkommen, Bildung, Religion, Geschlecht und Alter.

Zunächst zeigen Studien, dass Personen mit höherem **Einkommen** mehr Vertrauen in Justizinstitutionen wie die Polizei haben (Kääriäinen, 2007). Gleichzeitig akzeptieren sie eher Handlungen, die dem Gemeinwohl schaden (Marriott, 2017; Sieben & Halman, 2015). Instrumentell lässt sich dies damit erklären, dass rechtswidriges Verhalten wie Steuerhinterziehung oder Bestechung für wohlhabendere Personen oft größere Vorteile bringt, da sie über mehr Ressourcen verfügen.

Menschen mit höherem **Bildungsniveau** sind hingegen meist weniger bereit, Verstöße gegen das Gemeinwohl zu akzeptieren (Sieben & Halman, 2013). Bildung fördert analytische Fähigkeiten, das Verständnis komplexer Zusammenhänge und die Einsicht in die Bedeutung gesellschaftlicher Beteiligung und des Gemeinwohls (Vogt, 1997). Daher lehnen höher Gebildete

schädigendes Verhalten häufiger ab.

Aus moralischer Perspektive spielt **Religion** eine wichtige Rolle für gesetzestreuere Verhalten, wie die Hellfire-Hypothese von Hirschi und Stark (1969) zeigt. Religiöse Menschen gelten daher als weniger tolerant gegenüber gemeinwohlschädlichen Handlungen. Besonders relevant ist regelmäßiger Kirchenbesuch, da moralische Lehren dort wiederholt vermittelt und gemeinsam geteilt werden, was zur Verinnerlichung strengerer Normen beiträgt (Moore & Vanneman, 2003).

Unterschiede zwischen Frauen und Männern sind insgesamt gering. Frauen zeigen etwas häufiger Akzeptanz für Verstöße gegen das Gemeinwohl (Sieben & Halman, 2015), eine klare Erklärung dafür fehlt jedoch.

Schließlich vertrauen jüngere Menschen dem Justizsystem tendenziell weniger und akzeptieren eher gemeinwohlschädliches Verhalten (Halman & Sieben, 2014; Halman, 2011). Ältere Menschen haben häufiger traditionellere und religiösere Wertvorstellungen, geprägt durch Zeiten größerer Unsicherheit (Inglehart, 1997). Zudem deutet Forschung darauf hin, dass Menschen mit zunehmendem **Alter** gesetzestreuer werden und sich stärker am Gemeinwohl orientieren (Halman, 2011).

Abschließend ist zu betonen, dass die Sozialwissenschaften nach allgemeinen Mustern suchen. Diese sind probabilistisch, nicht deterministisch: Bestimmte Faktoren erhöhen die Wahrscheinlichkeit bestimmter



Einstellungen, legen sie aber nicht fest. Aussagen über Gruppen oder Länder beschreiben daher Tendenzen, keine festen Regeln. Individuelle und nationale Ausnahmen sind stets möglich.

8.5 Schlussfolgerung

In diesem Kapitel haben wir Gerechtigkeit als Fairness in der Art definiert, wie Menschen durch Gesetz und Regierung behandelt werden. Gerechtigkeit ist mit dem Konzept der Rechtsstaatlichkeit verbunden und soll dazu beitragen, Freiheit und Gleichheit zu schützen, Machtmissbrauch zu verhindern und Wege zur Konfliktlösung sowie zur politischen Beteiligung zu eröffnen. Sie steht daher in engem Zusammenhang mit Demokratie und ist ein grundlegendes Ziel der Europäischen Union. Gerechtigkeitswerte lassen sich mit Bürgerrechten verknüpfen, da faire und gleiche Behandlung durch den Staat in Gesetzen verankert ist, die von einem unabhängigen Rechtssystem durchgesetzt werden. Dies setzt Vertrauen der Bürger:innen in Justizinstitutionen voraus. Gleichzeitig geht Gerechtigkeit mit bürgerschaftlichen Pflichten einher, nämlich so zu handeln, dass dem Gemeinwohl kein Schaden entsteht. Gerechtigkeitswerte lassen sich besser durch einen instrumentellen als durch einen moralischen Ansatz erklären, da sie eng mit vergangenen und gegenwärtigen Erfahrungen sowie mit Bewertungen der Funktionsweise von Justizinstitutionen und des Gemeinwesens verbunden sind. Unterschiede in der Unterstützung von Gerechtigkeit zwischen Ländern hängen unter anderem mit dem Erbe kommunistischer Herrschaft, dem Grad der Demokratie und dem Ausmaß von Korruption zusammen. Individuelle Unterschiede innerhalb

von Ländern lassen sich mit Faktoren wie Einkommen, Bildung, Religion, Geschlecht und Alter in Verbindung bringen.

Abschließend ist das Zusammenspiel von Makroebene (Länder) und individueller Ebene (gesellschaftliche Gruppen) hervorzuheben. Diese Bedingungen wirken nicht getrennt voneinander, sondern beeinflussen sich gegenseitig. So wurde zuvor gezeigt, dass Religion unehrliches Verhalten einschränken kann (Stack & Kposowa, 2006). Religiöse Menschen messen Gerechtigkeit häufig einen hohen Stellenwert bei und akzeptieren seltener Handlungen, die dem Gemeinwohl schaden, etwa Steuerhinterziehung oder Bestechung. Dies gilt jedoch nicht überall in Europa. In Osteuropa ist der Zusammenhang zwischen Religion und Unterstützung von Gerechtigkeit schwächer ausgeprägt (Halman & Van Ingen, 2013). Ein Grund dafür ist, dass kommunistische Regierungen Religion früher kontrollierten oder unterdrückten (Tomka, 2005). In manchen Ländern übernahm der Staat die Rolle, die Religion sonst bei der Vermittlung gesetzestreuer Normen spielt. Dadurch verlor Religion dort an Einfluss auf die Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen (vgl. Stark, 2001).

Beispielhafte Unterrichtsstrategie:

“Wertekompass”

Kontroverse Themen zur Diskussion: *Inwieweit halten Sie die folgenden Dinge für akzeptabel? Homosexualität; Abtreibung; Scheidung; Euthanasie; unrechtmäßiger Bezug staatlicher Leistungen; Steuerhinterziehung; Annahme von Bestechung; Schwarzfahren*

Werte:
0 = absolut nicht;
10 = absolut ja

Erklärende Theorien: Private und öffentliche Toleranz / Moraltheorie; Modernisierungstheorie

Siehe: <https://atlasofeuropeanvalues.eu/materials.html>



Dieses Kapitel basiert teilweise auf dem theoretischen Hintergrundbericht zu Toleranz, der unter www.atlasofeuropeanvalues.eu verfügbar ist. Ergänzt wurden neue Aspekte sowie aktuelle Literatur. Zudem wurde ChatGPT mit der Aufforderung genutzt, den Text für Demokratie- und politische Bildung in der Sekundarstufe verständlicher zu formulieren.

Literaturverzeichnis

Frey, B.S. & Torgler B. (2007). Tax morale and conditional cooperation. *Journal of comparative economics*, 35(1), 136-159.

Halman, L. (2011). ‘Moet kunnen’, toch? Pp 39-50 in Halman, L. & Sieben, I. (Eds). *Respect man! Tolerantie, solidariteit en andere moderne waarden*. Tilburg: Celcus

Halman, L., Reeskens, T., Sieben, I., & Van Zundert, M. (2022). *Atlas of European Values: Change and continuity in turbulent times* (p. 96). Open Press Tilburg University.

Halman, L., & Sieben, I. (2014). 13. Public Good Morality in Europe: An Impact of Communist Rule?. PP 277-309 in W. Arts & L. Halman (Eds.) *Value Contrasts and Consensus in Present-Day Europe*. Leiden, the Netherlands: Brill Publishers.

Halman, L., & Van Ingen, E. (2013). Secularization and the sources of morality: Religion and morality in contemporary Europe. In *Religion and civil society in Europe* (pp. 87-107). Springer, Dordrecht.

Hirschi, T., & Stark, R. (1969). Hellfire and delinquency. *Social Problems*, 17(2), 202-213.

Hofstede, G. (2001). *Culture's consequences: Comparing values, behaviors, institutions and organizations across nations*. Sage publications.

Hough, M., Jackson, J., & Bradford, B. (2013). Trust in justice and the legitimacy of legal authorities: topline findings from a European comparative study. In *The Routledge handbook of European criminology* (pp. 243-265). Routledge.

Inglehart, R. (1997). Modernization and postmodernization in 43 societies. Princeton university press.

Inglehart, R., & Welzel, C. (2005). Modernization, cultural change, and democracy: The human development sequence. Cambridge university press.

Kääriäinen, J. T. (2007). Trust in the police in 16 European countries: A multilevel analysis. *European journal of criminology*, 4(4), 409-435.

Listhaug, O., & Ringdal, K. (2004). Civic Morality in Stable, New, and Half-hearted Democracies. Pp. 341-362 in: W. Arts, & L. Halman (Eds.), *European Values at the Turn of the Millennium*. Leiden: Brill.

Marriott, L. (2017). An investigation of attitudes towards tax evasion and welfare fraud in New Zealand. *Australian & New Zealand Journal of Criminology*, 50(1), 123-145.

Rubin, E.L. (2015). *Soul, Self, and Society: The New Morality and the Modern State*. Oxford: Oxford University Press.

Schaap, D., & Scheepers, P. (2014). Comparing citizens' trust in the police across European countries: An assessment of cross-country measurement equivalence. *International Criminal Justice Review*, 24(1), 82-98.

Sieben, I., & Halman, L. (2015). Morality and the public good in post-socialist European states. *Studies of Transition States and Societies*, 7(1): 7-26.

Stack, S., & Kposowa, A. (2006). The effect of religiosity on tax fraud acceptability: A cross-national analysis. *Journal for the scientific study of religion*, 45(3), 325-351.

Stark, R. (2001). Gods, rituals, and the moral order. *Journal for the Scientific Study of Religion*, 40 (4), 619-636.

Storm, I. (2016). Morality in Context: A Multilevel Analysis of the Relationship between Religion and Values in Europe. *Politics and Religion* 9(2016), 111-138.

Tomka, M. (2005). *Church, state and society in Eastern Europe*. Washington: The Council for Research in Values and Philosophy.

Trüdinger, E. M., & Hildebrandt, A. (2013). Causes and contexts of tax morale: rational considerations, community orientations, and communist rule. *International Political Science Review*, 34(2), 191-209.

Uslaner, E. M. (2017). Political trust, corruption, and inequality. In *Handbook on political trust* (pp. 302-315). Edward Elgar Publishing.

Valentini, L. (2013). Justice, disagreement and democracy. *British Journal of Political Science*, 43(1), 177-199.

Vogt, W. P. (1997). *Tolerance and Education: Learning to live with diversity and difference*. Thousand Oaks, CA: Sage Publications.

Widdows, H. (2004). Religion as a Moral Source: Can Religion Function as a Shared Source of Moral Authority and Values in a Liberal Democracy? *The Heythrop Journal* 45(2), 197-208.

World Justice Project (n.d.). Our definition: Rule of Law. World Justice project. Retrieved from <https://worldjusticeproject.org/about-us/overview/what-rule-law>

Europäische Werte in der Demokratiebildung: eine Zusammenfassung in drei Übersichten

Kapitel 9





Zusammenfassung

In diesem abschließenden Kapitel präsentieren wir eine kurze Zusammenfassung des Berichts in drei Übersichten. Diese unterstreichen die Bedeutung europäischer Werte für die Umsetzung in der Bildung für demokratische Bürgerschaft in der Sekundarstufe.

Übersicht 1: Europäische Werte – Definitionen, Konzepte für die Umsetzung in der Bildung und konkrete Messansätze

Übersicht 2: Makrobedingungen, die europäische Werte beeinflussen

Übersicht 3: Individuelle Bedingungen, die europäische Werte beeinflussen

9.1 Übersicht 1: Europäische Werte

Die erste Übersicht bietet kurze Definitionen der sechs zentralen europäischen Werte: Demokratie, Pluralismus, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Jeder Wert ist mit zwei theoretischen Konzepten verknüpft, die sich in der Bildung für demokratische Bürgerschaft in der Sekundarstufe umsetzen lassen. Ergänzt werden diese durch konkrete Messansätze, die als Grundlage für Unterrichtsstrategien mit je einem Beispiel pro Wert dienen.

Demokratie

Unterstützung eines politischen Systems, in dem Bürger:innen die Entscheidungsgewalt haben.

>> *Beispielhafte Unterrichtsstrategie "INSERT"*

Konzept für die Umsetzung in der Bildung	Konkrete Messung
Diffuse politische Unterstützung (allgemeine Überzeugungen zum politischen System: Demokratie)	1. Wie wichtig ist es für Sie, in einem demokratisch regierten Land zu leben? Bitte antworten Sie auf einer Skala von (1) überhaupt nicht wichtig bis (10) absolut wichtig. 2. Was halten Sie von diesen politischen Systemen zur Regierung eines Landes? Ist dies eine (1) sehr gute, (2) ziemlich gute, (3) ziemlich schlechte oder (4) sehr schlechte Regierungsform? • Einen starken Führer haben, der sich nicht mit Parlament und Wahlen auseinandersetzen muss • Expert:innen Entscheidungen treffen lassen, basierend auf dem, was sie für das Land am besten halten • Das Land vom Militär regieren lassen • Ein demokratisches politisches System haben
Spezifische politische Unterstützung (positive Bewertung von Regierung und Parlament)	Wie viel Vertrauen haben Sie in: • Parlament • Politische Parteien • Regierung Ist es (1) sehr hoch, (2) ziemlich hoch, (3) nicht sehr hoch oder (4) gar nicht vorhanden?

Pluralismus

Unterstützung der Idee, dass Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, Kulturen, Überzeugungen und Meinungen in einer demokratischen Gesellschaft zusammenleben können.

>> *Beispielhafte Unterrichtsstrategie "Schachbrett"*

Konzept für die Umsetzung in der Bildung	Konkrete Messung
Soziale Distanz gegenüber religiösen und ethnischen Fremdgruppen (Akzeptanz von Fremdgruppen als Nachbar:innen)	Gibt es Gruppen von Menschen, die Sie nicht gern als Nachbar:innen hätten? • Jüdinnen und Juden • Roma • Muslim:innen • Christ:innen • Menschen anderer Hautfarbe • Migrant:innen
Wahrgenommene ethnische Bedrohung (Gefühl kultureller oder wirtschaftlicher Konkurrenz durch Migrant:innen)	Bitte geben Sie bei den folgenden Aussagen an, wo Sie Ihre Meinung auf der Skala (1–10) einordnen. • Migrant:innen nehmen Einheimischen Arbeitsplätze weg – Migrant:innen nehmen Einheimischen keine Arbeitsplätze weg • Migrant:innen verschärfen Kriminalitätsprobleme – Migrant:innen verschärfen Kriminalitätsprobleme nicht • Migrant:innen belasten das Sozialsystem eines Landes – Migrant:innen belasten das Sozialsystem nicht • Es ist besser, wenn Migrant:innen ihre eigenen Bräuche und Traditionen bewahren – es ist besser, wenn Migrant:innen ihre eigenen Bräuche und Traditionen nicht bewahren



Freiheit

Unterstützung der Idee, dass alle Menschen ihr Leben frei nach eigenen Vorstellungen leben können, ohne Druck oder Zwang durch Staat oder andere Personen.

>> *Beispielhafte Unterrichtsstrategie "Meinungslinie"*

Konzept für die Umsetzung in der Bildung	Konkrete Messung
Gefühl freier Wahl (Gefühl, das eigene Leben völlig frei und selbstbestimmt zu kontrollieren)	Manche Menschen haben das Gefühl, ihr Leben völlig frei selbst bestimmen zu können, andere meinen, ihr Handeln habe keinen wirklichen Einfluss auf das, was ihnen widerfährt. Bitte geben Sie an, wie viel Freiheit und Kontrolle Sie über den Verlauf Ihres Lebens empfinden. Antworten Sie auf einer Skala von (1) gar keine bis (10) sehr viel.
Permissivität (Rechtfertigung von Homosexualität, Abtreibung, Scheidung und Euthanasie)	Bitte geben Sie für jede der folgenden Handlungen an, ob sie immer gerechtfertigt, niemals gerechtfertigt oder etwas dazwischen ist: • Homosexualität • Abtreibung • Scheidung • Euthanasie (das Leben unheilbar kranker Menschen beenden) Antwort auf einer Skala von (1) niemals gerechtfertigt bis (10) immer gerechtfertigt



Gleichheit

Unterstützung der Idee, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleiche Rechte haben.

>> *Beispielhafte Unterrichtsstrategie "Vier Ecken"*

Konzept für die Umsetzung in der Bildung	Konkrete Messung
Einstellungen zur Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen Leben (Bewertung der Fähigkeiten von Männern im Vergleich zu Frauen in öffentlichen Ämtern)	Bitte geben Sie zu jeder der folgenden Aussagen an, wie stark Sie zustimmen oder widersprechen: (1) stimme voll zu, (2) stimme zu, (3) stimme nicht zu oder (4) stimme überhaupt nicht zu. • Insgesamt sind Männer bessere politische Führungspersonen als Frauen. • Eine universitäre Ausbildung ist für einen Jungen wichtiger als für ein Mädchen. • Insgesamt sind Männer bessere Führungskräfte in der Wirtschaft als Frauen.
Einstellungen zur Gleichstellung der Geschlechter im privaten Leben (Bewertung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Müttern)	Bitte geben Sie zu jeder der folgenden Aussagen an, wie stark Sie zustimmen oder widersprechen: (1) stimme voll zu, (2) stimme zu, (3) stimme nicht zu oder (4) stimme überhaupt nicht zu. • Wenn eine Mutter berufstätig ist, leiden die Kinder. • Eine Arbeit ist in Ordnung, aber was die meisten Frauen wirklich wollen, sind ein Zuhause und Kinder. • Alles in allem leidet das Familienleben, wenn die Frau einer Vollzeitbeschäftigung nachgeht. • Die Aufgabe des Mannes ist es, Geld zu verdienen; die Aufgabe der Frau ist es, sich um Haushalt und Familie zu kümmern.

Solidarität

Die Bereitschaft, anderen zu helfen oder die eigene Gruppe zu unterstützen, ohne dafür unmittelbar eine Gegenleistung zu erwarten

>> *Beispielhafte Unterrichtsstrategie "Kopf Herz Hände"*

Konzept für die Umsetzung in der Bildung	Konkrete Messung
Räumliche Solidarität (Sorge um die Lebensbedingungen von Menschen im näheren Umfeld)	In welchem Ausmaß fühlen Sie sich besorgt über die Lebensbedingungen von • Menschen in Ihrer Nachbarschaft • Menschen aus Ihrer Region • Ihre Landsleute • Europäer:innen • Alle Menschen auf der Welt Ist dies (1) sehr stark, (2) stark, (3) bis zu einem gewissen Grad, (4) eher wenig oder (5) überhaupt nicht?
Soziale Solidarität (Sorge um die Lebensbedingungen von Menschen in Not)	In welchem Ausmaß sind Sie besorgt über die Lebensbedingungen der folgenden Gruppen, die in Ihrem Land leben: • Ältere Menschen • Arbeitslose • Migrant:innen • Kranke und Menschen mit Behinderungen Ist dies (1) sehr stark, (2) stark, (3) bis zu einem gewissen Grad, (4) eher wenig oder (5) überhaupt nicht?



Gerechtigkeit

Unterstützung der Idee von Fairness in der Behandlung von Menschen durch Gesetz und Regierung.

>> *Beispielhafte Unterrichtsstrategie "Wertekompass"*



Konzept für die Umsetzung in der Bildung	Konkrete Messung
Vertrauen in Justizinstitutionen (Vertrauen in das Justizsystem, die Polizei und den öffentlichen Dienst)	Wie viel Vertrauen haben Sie in: • das Justizsystem • die Polizei • den öffentlichen Dienst Ist es (1) sehr viel, (2) ziemlich viel, (3) nicht sehr viel oder (4) gar keines?
Akzeptanz von Verstößen gegen das Gemeinwohl (Rechtfertigung gemeinwohlschädlichen Handelns)	Bitte geben Sie für jede der folgenden Handlungen an, ob sie immer gerechtfertigt, niemals gerechtfertigt oder etwas dazwischen ist: • Unrechtmäßiger Bezug staatlicher Leistungen • Steuerhinterziehung, wenn man die Möglichkeit dazu hat • Eine Bestechung im Rahmen der eigenen Tätigkeit annehmen • Schwarzfahren im öffentlichen Verkehr Antwort auf einer Skala von (1) niemals gerechtfertigt bis (10) immer gerechtfertigt

9.2 Übersicht 2: Makrobedingungen, die europäische Werte beeinflussen

Die zweite Übersicht stellt zentrale Makrobedingungen vor, die die europäischen Werte Demokratie, Pluralismus, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit beeinflussen. Diese Makrobedingungen (Ländermerkmale) lassen sich in wirtschaftliche, historische und kulturelle sowie weitere Bedingungen gliedern. Die Übersicht zeigt, wie diese mit der Unterstützung der Bevölkerung für die sechs Werte zusammenhängen, und gibt Beispiele dafür, wie sich diese Ländermerkmale messen lassen.

Makrobedingungen	Höhere (+) oder geringere (–) Unterstützung europäischer Werte
Wirtschaftliche Bedingungen	
Wirtschaftlicher Wohlstand (z. B. BIP pro Kopf)	Demokratie (+) Pluralismus (+) Freiheit (+) Gleichheit (+) Solidarität (+)
Wirtschaftswachstum (z. B. Wachstum des BIP pro Kopf)	Pluralismus (+)
Pluralismus (+)	Pluralismus (–) Solidarität (–)
Einkommensungleichheit (z. B. Gini-Koeffizient)	Solidarität (–)
Historische und kulturelle Bedingungen	
Demokratische Tradition (z. B. Jahre der Demokratie)	Demokratie (+) Gerechtigkeit (+)
Kommunistisches Erbe (z. B. Teil der Sowjetunion)	Gerechtigkeit (–)
Säkularisierung (z. B. Anteil nichtreligiöser Menschen in der Bevölkerung)	Freiheit (+) Gleichheit (+)

Religiöse Vielfalt (z. B. Religionsvielfaltsindex des PEW-Instituts)	Pluralismus (-)
Andere Bedingungen	
Funktionsweise der Demokratie (z. B. Demokratieindex der Economist Intelligence Unit)	Demokratie (+) Gerechtigkeit (+)
Korruptionsniveau (z. B. Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International)	Demokratie (-) Gerechtigkeit (-)
Große Fremdgruppen in der Gesellschaft (z. B. Anteil von Migrant:innen)	Pluralismus (-) Solidarität (-)
Erwerbsbeteiligung von Frauen (z. B. Erwerbsquote von Frauen)	Gleichheit (+)
Sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat (z. B. SE, NO, DK, IS, FI)	Solidarität (-)

9.3 Übersicht 3: Individuelle Bedingungen, die europäische Werte beeinflussen

Abschließend zeigt die dritte Übersicht zentrale individuelle Bedingungen, die die europäischen Werte Demokratie, Pluralismus, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit beeinflussen. Sie verdeutlicht, wie persönliche Merkmale mit der individuellen Unterstützung dieser Werte zusammenhängen. Zudem zeigt die Aggregation dieser individuellen Bedingungen, wie die Zusammensetzung der Bevölkerung eines Landes die Unterstützung dieser Werte prägt, etwa wenn ein höherer Bildungsstand der Bevölkerung mit stärkerer Unterstützung für Demokratie verbunden ist.

Individuelle Bedingungen	Höhere (+) oder geringere (–) Unterstützung europäischer Werte
Einkommensniveau	Demokratie (+) Pluralismus (+) Freiheit (+) Solidarität (–) Gerechtigkeit (+)
Bildungsniveau	Demokratie (+) Pluralismus (+) Freiheit (+) Gleichheit (+) Solidarität (+) Gerechtigkeit (+)
Arbeitslose (im Vergleich zu Erwerbstätigen)	Pluralismus (–) Solidarität (+)
Leben in städtischen Gebieten (im Vergleich zu ländlichen Regionen)	Freiheit (+) Gleichheit (+)
Religiös (im Vergleich zu nichtreligiös)	Demokratie (+) Pluralismus (–) Freiheit (–) Gleichheit (–) Solidarität (+) Gerechtigkeit (–)

Ältere Menschen (im Vergleich zu Jüngeren)	Demokratie (–) Pluralismus (+) Freiheit (–) Gleichheit (–) Solidarität (+) Gerechtigkeit (+)
Frauen (im Vergleich zu Männern)	Demokratie (–) Pluralismus (+) Gleichheit (+) Solidarität (+) Gerechtigkeit (–)
Verheiratet (im Vergleich zu nicht verheiratet)	Solidarität (+)

Impressum

Diese Publikation wurde im Rahmen des Erasmus+-Projekts
VAL-YOU – Förderung europäischer Werte und Resilienz in der schulischen Bildung entwickelt.
(Projektnummer: 2024-1-DE03-KA220-SCH-000253176).

Dieses Dokument wurde erstellt von

Inge Sieben und Quita Muis
Institut für Soziologie
Jean-Monnet-Exzellenzzentrum für Europäische Werte
Universität Tilburg

Redaktion & Layout

Wisamar Bildungsgesellschaft gemeinnützige GmbH

Haftungsausschluss



Von der Europäischen Union finanziert. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen jedoch ausschließlich denen des Autors bzw. der Autoren und spiegeln nicht zwingend die der Europäischen Union oder der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die EACEA können dafür verantwortlich gemacht werden.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0).
Eine Kopie dieser Lizenz finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/>